

Otto Hammann

Um den Kaiser

Erinnerungen aus den Jahren

1906-1909

Um den Kaiser

Erinnerungen aus den Jahren 1906—1909

von

Otto Hammann



1 9 1 9

Verlag von Reimar Hobbing in Berlin

Alle Rechte vorbehalten
Copyright by Reimar Hobbing, Berlin

Spamer'sche Buchdruckerei in Leipzig

Inhalt.

Seite

I. Der wiedergewählte Kanzler 1

Rückblick auf die Algierkonferenz. — Respekt und Liebe. — Die kaiserliche Dankdepeche an den brillanten Sekundanten Soluchowski. — Tschirshky rät dem Kaiser zu einer ruhigen stetigen Politik. — Mais c'était plus fort que lui. — Lansdowne und Balfour über den Kaiser. — Besuch des Königs Eduard in Friedrichshof. — Beginn des Konflikts mit dem Zentrum. — Ablehnung des Staatssekretärs für die Kolonien. — Kolonialskandale. — Erni. — Berufung Dernburgs. — Absolutistische Säge. — „Schwarzseher dulde ich nicht.“ — Fürst Eulenburg in Rominten. — Versimmung gegen Bülow. — Dernburg und die Eiterbeule. — Bruch mit dem Zentrum. — „Wenn Sie wollen, haben Sie die Krisis.“ — Die „Hottentottenwahlen“. — Philis Reh zerrissen.

II. Zwischenspiel: Die Tafelrunde 15

Harden's Kampfansage. — Der Hartner aus der Uckermark, der Süße und „Er“. — Friedensstifter. — Fürst Eulenburg naht sich wieder dem Hof. — Der Kampf beginnt von neuem. — Endlich nach fünf Monaten erfährt „Er“ durch den Kronprinzen die Skandalgerüchte. — Säuberung bei Hofe. — Graf Kuno Moltke klagt. — Die Prozesse. — Das Ende der „gräßlichen Geschichte“. — Frau v. Elbe und Herr v. Hofstein. — Bismarck über die Gefährlichkeit von Geistesleuten für das dramatische Temperament des Kaisers. — Die Weibmänner. — Wie erklärt sich die lange Dauer der Kamarilla?

III. Die konservativ-liberale Paarung 24

Wie das Schlagwort entstand. — Das mangelhaft gekuppelte Dreigespann. — Nur ein Virtuose der parlamentarischen Taktik konnte es lenken. — Groflende Haltung des Zentrums. — Graf Posadowski und Studt scheiden aus. — Rollenwidriger Seitenprung des Abgeordneten Raumann. — Der Kaiser gegen die Liberalisierung Preußens. —

Blodtrifis. — Der Streit um den Sprachenparagraphen im Vereinsgesetz. — Das Enteignungsgesetz für die Ostmarken. — Bülow's Rechtfertigung. — Ein Erlebnis in der Provinz Posen. — Oberpräsident Schwarzkopf. — Der Block auf der Höhe.

IV. Das Ende der Politik der zwei Eisern 35

Stellenwechsel in der Diplomatie. — Herr v. Kiderlen als Nachfolger des Staatssekretärs v. Tschirschny vom Kaiser abgelehnt. — Reformgedanken im Auswärtigen Amt. — Stellung des Kanzlers zu dem englischen Vorschlag, auch die Abrüstungsfrage auf das Programm der zweiten Haager Friedenskonferenz zu setzen. — Neue deutsch-französische Handel in Marokko. — Veröhnlichere Stimmung auf beiden Seiten. — Wärmere Temperatur in den deutsch-englischen Beziehungen. — Der englisch-russische Vertrag über Persien, Afghanistan und Tibet. — Seine Bedeutung für die Stellung Deutschlands in Europa. — Rußland macht die Italiener in der Adriafrage scharf. — Das Land der Mitte kann nicht mehr zwischen England und Rußland optieren. — Fürst Bülow macht im Reichstag gute Miene zum bösen Spiel. — Englische und deutsche Arbeiterführer für einen englisch-deutsch-französischen Dreibund. — Umorientierung der deutschen Politik nach dem Westen? — Das Haupthindernis für deutsch-englische Verständigung der deutsche Flottenbau. — Falsche politische Psychologie.

V. Der Vorbote des Weltkrieges 47

König Eduards Reise nach Neval. — Die Döberitzer Rede. — England und Rußland im nahen Orient. — Scheitern einer Verständigung über den Flottenbau. — Der Kaiser und Hardinge in Friedrichshof 1908. — Der deutschfreundliche Schatzkanzler Lloyd George. — Das Aufkommen der Jungtürken. — Uehrenthal überrascht alle Welt mit der Annexion Bosniens. — Buchlau. — Der überrumpelte Herr v. Józowski. — Die großserbische Bewegung. — Der Diplomatenstreit um die Konferenz. — Der entscheidende deutsche Erlass nach Petersburg. — Warum ein Zusammenprall der großen Mächtegruppen vermieden wurde. — Graf Schlieffens Schilderung der wahren Lage. — Das Eintreisungsgesetz noch nicht getroffen. — Höhepunkt des Wirkens Bülow in der auswärtigen Politik.

VI. Der Novembersturm 62

Warum der Kanzler das Kaiserpaar 1907 nicht nach London begleitete. — Die ruhigen Tage von Highcliffe Castle. — Der Brief an

Lord Tweedmouth. — Der Zwischenfall Hill. — Selbstherrliche Eingriffe in den Gang der äußeren Politik. — Gespräche des Kaisers in Sizilien. — Die Wolffsche Depesche über den Artikel des Daily Telegraph. — Bestürzung im Auswärtigen Amt. — Die Wirkung im Lande. — Die vier Anklagepunkte. — Verlauf der Reichstagsdebatten am 10. und 11. November. — „Durchlaucht, sprechen Sie!“ — Der Kaiser in Donaueschingen. — Die Audienz vom 17. November. — Das drohende Interview mit Hale. — Erkrankung des Kaisers. — Keine Ein- und Umkehr.

VII. Fürst Bülow's Ausgang 76

Schleppende Beratung der Finanzreform. — Wird Bülow bleiben oder gehen? — Die „Kaiserlichen“ und das „falsche Spiel“ Bülow's. — Die Aussprache mit dem Kaiser vom 11. März 1909. — Nur halbe Versöhnung. — Bülow's „Tränen“. — Ballin beim Kaiser. — Die letzte Rede im Reichstage. — Der vom Novembersturm zurückgebliebene Stoll.

VIII. Epilog 83

Betrachtungen eines stillen Mannes. — Der „junge“ Kaiser. — Kam er mit einer geistigen Abweichung zur Macht? — Kritik und Wahrheit. — Zum Lernen gab es keine Zeit. — Die Jugendeindrücke. — „Das ist Großpapa gewesen.“ — Kaiser Friedrich's Klagen über Untreue und Hang zur Überhebung. — Die Anfänge der Verstimmung gegen Bismarck. — Geheimberichte über den Gesundheitszustand. — Die weiten Räume der Unwirklichkeit. — Der „fortgeschickte“ und der „majorisierte“ Kaiser. — „Majestät muß Sonne haben.“ — Selbstgebaute Potemkinsche Dörfer. — Die Nörgler und die Schmeichlerschar. — Der mystische Heilbringerwahn. — Kriegsgott oder Weltfriedensrichter? — Als Herrscher und Mensch war er gegen den Krieg. — Seine wirkliche Schuld am Kriege. — Die Tragik des Friedenskaisers. — Der junge Kaiser und der alte Fritz.

I. Der wiedergenesene Kanzler.

Auf den Verlauf der Algeciras-Konferenz konnte das deutsche Volk nicht mit ungemischter Freude zurückblicken. Schon in den Osterbetrachtungen der deutschen Presse 1906 kam mannigfach Sorge und Mißmut über die Stellung Deutschlands in der Welt zum Ausdruck. Auf der Konferenz war der deutsche Rechtsstandpunkt, daß die Basis eines internationalen Vertrages, in diesem Falle des Madrider Vertrages über die Handelsfreiheit in Marokko, nicht ohne Zustimmung der Signatarmächte verrückt werden dürfe, allseits anerkannt, die offene Tür eines an zwei wichtigen Welt Handelsstraßen gelegenen Wirtschaftsgebietes gesichert worden. Der Erfolg schien mager gegenüber dem großen Aufwand heftiger Gesten und hätte sich gewiß auch ohne den Apparat einer Konferenz erreichen lassen. Vor allem konnten die Erfahrungen auf der Konferenz selbst auch die treuesten Anhänger der kaiserlichen Politik nachdenklich machen.

Deutschland hatte die Marokkokonferenz erzwungen. Niemand im Ausland war der Konferenzgedanke angenehm gewesen: den Franzosen nicht, weil ihre ganze bisherige Marokkopolitik damit unterbunden wurde, den Engländern nicht, weil sie sich schon endgültig zu Frankreichs Gunsten aus Marokko zurückgezogen hatten, den Italienern nicht, weil sie damit in eine äußerst heikle Lage, einen Konflikt zwischen Bündnis- und Vertragspflichten, gerieten, den Russen nicht, weil ihnen andere Dinge viel größere Sorgen bereiteten als das für sie gleichgültige Scherifenland, den Spaniern nicht, weil sie im Besitze eines Teilungsvertrages mit Frankreich waren. Was endlich Osterreich-Ungarn und die Vereinigten Staaten be-

trifft, so konnte zwar auf ihre unbedingte Unterstützung des von Deutschland verfolgten Grundsatzes der offenen Tür gerechnet werden, dagegen stand von vornherein fest, daß sich die Vereinigten Staaten in bezug auf die politische Seite der Marokkofrage passiv verhalten würden.

Wir standen also von vornherein zwei gegen fünf. Ein Bundesgenosse und ein alter Freund und Nachbar schienen sich von uns abgekehrt zu haben, obgleich jener nur Vorteile von dem Dreibund genossen und dieser alle Ursache hatte, für die Haltung Deutschlands während seiner eben erst erfahrenen äußeren und inneren Mißgeschicke dankbar zu sein. In Algieras hatte sich die schon gleich nach der Rückkehr Wittes aus der amerikanischen Friedensstadt Portsmouth nach Europa angeknüpfte englisch-russische Verbindung zur Regelung alter Streitigkeiten im mittleren Asien noch fester gestaltet. Das sah alles in der Tat wie eine Schwächung der internationalen Stellung des Deutschen Reiches aus.

In der äußeren Politik ist der Respekt wichtiger als die Liebe. Au Zuneigung der fremden Völker hatten wir in Algieras nichts gewonnen und mußten uns damit trösten, noch die alte Achtung vor unserer inneren Stärke zu besitzen. Der Grundzug unserer künftigen Politik konnte kein anderer sein als Festigung unserer Kraft und nach außen eine nüchterne, sachliche, von Mänken und Animositäten freie Behandlung der Staatsgeschäfte. Keine unnütze Geschäftigkeit, kein Anbiederei oder Aufdrängen, noch weniger Händelsucht, sondern sicheres Ruhen auf unserem eigenen Schwergewicht.

Für die Durchführung eines solchen Programmes hing das meiste von der persönlichen Haltung des Kaisers ab, der seit anderthalb Jahrzehnten so oft durch plötzliche Entschlüsse, rein persönliche Kundgebungen, pomphafte Drohungen wechselnd mit einladenden Freundlichkeiten, auch unbedachter Mitteilbarkeit in privaten Gesprächen amtliche Verjuche einer ruhigen und stetigen Politik durchkreuzt hatte.

Die ernste Erkrankung des Fürsten Bülow bei Beginn der Marokkodebatte im Reichstage am 5. April 1906 nahm dem Kanzler monatelang die Möglichkeit, seinen persönlichen Einfluß

auf den Kaiser wie früher geltend zu machen. Gleich der erste selbstherrliche Akt, den der Kaiser in dieser Zeit unternahm, hatte, so wohlgemeint er war, nicht die erwartete gute Wirkung: die kaiserliche Dankdepesche an den österreichisch-ungarischen Minister des Auseren Grafen Soluchowski für seine Dienste als „brillanter Sekundant auf der Menjur“ in Algeciras wurde in weiten Kreisen des Donaureiches, besonders in Ungarn als Demütigung empfunden, und die offiziellen Blätter in Berlin, Wien und Budapest mußten sich bemühen, dem Ausbruch von Unfreundlichkeiten Einhalt zu tun. Noch schlimmer war die Wirkung in Italien. Das Lob des einen Bundesgenossen wurde als Tadel des anderen aufgefaßt, man sprach sogar von einem deutsch-italienischen Zwischenfall.

Von allen Staatssekretären des Auswärtigen Amtes während der Regierungszeit Wilhelms II. befaß wohl der Sachse Herr v. Tschirschky am meisten die kaiserliche Gunst. Im Reichstag machte er keine glückliche Figur, ihm fehlte ganz die Gabe der freien Rede, das Sprechen vor einer großen Korona verursachte ihm, dem häufigen Gast im Dapperschen Sanatorium in Kissingen, physische Beschwerden. In manchen Stücken war er das gerade Gegenteil von Bülow, nicht sehr gewandt in der Unterhaltung, hölzern im Ton, mehr geradeaus sachlich bestrebt und in schwierigen Lagen leicht die Unglücksmiene aufsetzend, nicht frei von innerlichem Hochmut, ohne sich dessen bewußt zu sein, unempfindlich für Presselob und -tadel. Wie Bülow aber kannte er gut die besondere Eigenart des Kaisers, daß man nur unter vier Augen mit ihm offen und eindringlich sprechen durfte, Einwände und Ratschläge dagegen in Gegenwart Dritter, auch wenn es nur die nächsten Hofleute waren, leicht die dann zur Schau getragene überlegene Herrscherwürde empfindlich berühren konnten. Während der Erkrankung und des darauffolgenden langen Erholungsurlaubs des Kanzlers in Norderney bekam die nahe persönliche Fühlung des Staatssekretärs mit dem Kaiser erhöhte Bedeutung. Ganz im Sinne des Fürsten Bülow ergriff Herr v. Tschirschky auf einer Reise des Kaisers nach den Nordseehäfen eine günstige Gelegenheit, um dringend zu einer ruhigen Politik unter Verzicht auf internationale Kundgebungen

aller Art zu raten. Der Kaiser nahm die Mahnung freundlich auf. *Mais c'était plus fort que lui.* Bald darauf kündigte er einen für den Juni in Aussicht genommenen intimen Besuch bei dem Kaiser Franz Joseph in Schönbrunn ohne Vorwissen seiner nächsten amtlichen Berater an. Über diese neue Pöflichkeit zeigte sich in Wien mehr Verlegenheit als Freude, und bei der Koalition der Linken in Ungarn steigerte sich Argwohn beinahe zu offener Feindseligkeit. Deshalb und vielleicht auch infolge des am 31. Mai beim Hochzeitstag des Königs Alfons in Madrid verübten Bombenanschlages stiegen dem Kaiser selbst Bedenken gegen die Wiener Reise auf. Der Botschafter Graf Wedel in Wien wurde zwei Tage vor dem Besuchstermin (6. Juni) gefragt und meldete, daß eine Absage im letzten Augenblick ungeheueres Aufsehen machen würde und daß auch keine Demonstrationen zu erwarten wären. Der Kanzler empfahl dem Kaiser schriftlich eine geschickte Sprache in Schönbrunn, keine Ausbrüche gegen Italien oder Rußland, wohl aber Bereitwilligkeit zur Besserung des Verhältnisses zu England.

In der Tat kam es vor allem darauf an, mit England wieder auf einen freundlicheren Fuß zu kommen. Nach Beendigung des großen Marokkostreites konnte man auf bessere Erfolge der Annäherungsbestrebungen in beiden Völkern hoffen, als den früheren beschieden waren. Seit Ende 1905 war in England ein liberales Kabinett unter Campbell-Bannerman am Ruder. Blieb auch die Ententepolitik die gleiche wie früher, so waren doch von den neuen Männern Grey, Asquith, Haldane, Lloyd George nicht so scharfe Töne zu erwarten, als die Unionisten Balfour und Lansdowne noch kurz vor ihrem Rücktritt in Bankettreden ange schlagen hatten. Bei Lansdowne hieß es, England sei von Zeit zu Zeit durch den Umstand behindert worden, daß es sich in verschiedenen Teilen der Welt Rivalitäten gegenüber befunden habe, die für niemand anders von Vorteil sein könnten als für einen verschlagenen Monarchen, der es verstehe, sie auszunutzen. Balfour sagte, er glaube nicht an einen künftigen Krieg, sofern nicht Völker oder Staatsoberhäupter ihn herbeiführten, die ihre nationalen Ausdehnungspläne nur dadurch verwirklichen zu können glaubten, daß sie die Rechte ihrer Nachbarn mit Füßen

träten. So stand Wilhelm II. schon neun Jahre vor dem Weltkriege, gewiß nicht ohne eigene Schuld, aber bei genauer Würdigung seines eigentümlichen Geistes doch mit Unrecht, in dem Ruf eines verschlagenen Kriegsdrängers.

Die Besuche deutscher Bürgermeister und Journalisten im Sommer 1906 verliefen befriedigend. Wesentlichen Anteil an der freundlichen Aufnahme hatte der Herausgeber der Review of Reviews und große Pazifist Mr. Stead. Allzu viel für die Zukunft durfte man sich freilich nicht versprechen. Wichtiger war es, daß auf der Kurzreise des Königs Eduard nach Böhmen eine Begegnung mit seinem kaiserlichen Neffen nicht wieder unterblieb. Beide Herrscher waren Gäste der Schloßherrin von Friedrichshof bei Cronberg, der jüngsten Schwester des Kaisers, Prinzessin Margarete von Hessen. In Gegenwart des Staatssekretärs v. Tschirschky und des englischen Botschafters in Berlin Lascelles wurden auch politische Gespräche geführt, die Hauptsache war aber, daß in dem persönlichen Verhältnis der beiden Herrscher die alten Trübungen geschwunden zu sein schienen. Kurz nach der Begegnung kam der britische Kriegsminister Lord Haldane nach Berlin, um auf Einladung des Kaisers der Laufe des ersten Sohnes des Kronprinzenpaares beizuwohnen und militärische Einrichtungen zu studieren.

Nach seiner Rückkehr erklärte er in einer Rede, die Beziehungen zu Deutschland hätten sich gebessert. Um die in England noch immer vorhandenen Besorgnisse wegen der von Deutschland gegen den Hereroaufstand aufgebotenen Kriegsmacht zu beschwichtigen, verwies er darauf, daß demnächst die Hälfte der Truppen zurückgezogen werden würde.

Während somit von einer Entspannung an einer gefährlichen Stelle der äußeren Lage gesprochen werden konnte, bereitete sich im Innern ein Konflikt mit dem Zentrum, der stärksten bürgerlichen und seit dem Ende des neuen Kurses im Reichstag den Ausschlag gebenden Partei vor, der zur Auflösung des Reichstages, einer schweren Niederlage der Sozialdemokratie und dem Experiment einer Mehrheitsbildung ohne das Zentrum führte.

Der Streit drehte sich zunächst um die Verwaltung der Schutz-

gebiete, in der allerlei Mißbräuche eingerissen waren. Die Geschäfte an der Zentralstelle in Berlin waren längst über den Rahmen einer Abteilung des Auswärtigen Amtes hinausgewachsen. Es hatte nicht genügt, daß der Direktor in allen inneren Verwaltungsfragen der Schutzgebiete dem Reichskanzler unmittelbar unterstellt wurde. Was dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes an Verantwortlichkeit verblieb, war viel mehr, als sich mit seinen übrigen Pflichten vereinigen ließ. Die Geschäftsüberlastung, der der frühere Staatssekretär Frhr. v. Richthofen erlegen war, rührte wesentlich von der Kontrolle über die Kolonialabteilung her. Nach dem Entwurf des Reichshaushalts für 1906/07 sollte deshalb die Kolonialabteilung in ein Reichskolonialamt mit einem Staatssekretär an der Spitze verwandelt werden.

Gegen die Neuerung zeigten sich sogleich starke Widerstände im Zentrum und in der damals in die achtzig Stimmen zählenden sozialdemokratischen Fraktion. In der Haushaltskommission wurde eine ganze Reihe von Beschwerden über Eigenmächtigkeiten von Beamten in den Kolonien vorgebracht. Eine schneidige Rede des Obersten v. Deimling für neue Mittel zur vollständigen Unterdrückung des Eingeborenenaufstandes in Südwestafrika verschärfte noch die ungünstige Stimmung. Sachlich machte man gegen die Umwandlung der Kolonialabteilung in ein Staatssekretariat geltend, daß ein selbständiges Kolonialamt leicht in Reibungen mit dem Auswärtigen Amt geraten und kolonialer Ueberreifer der auswärtigen Politik Schwierigkeiten bereiten könnte. Auch persönliche Motive schienen mitzuspielen: Der für das neue Reichsamt in Aussicht genommene Erbprinz Ernst von Hohenlohe-Langenburg, der seit Weihnachten die Geschäfte der Kolonialabteilung führte, wurde als Gegner des Zentrums beargwöhnt. Trotzdem gelang es dem Kanzler, in der zweiten Lesung im Plenum, acht Tage vor seiner Erkrankung, einen Beschluß herbeizuführen, der sich mit 127 Stimmen gegen 110 für die Genehmigung der Forderung aussprach. In der dritten Lesung am 26. Mai jedoch fehlte die parlamentarische Geschicklichkeit des Fürsten Bülow, 142 Abgeordnete gegen 119 lehnten die Stelle eines Staatssekretärs ab. Eine gleiche Niederlage erlitt die Regie-

rung mit zwei anderen Forderungen, der Gewährung einer Beihilfe für die Ansiedler in dem südwestafrikanischen Aufstandsgebiet und der Fortführung der Bahn Lüderichbucht—Kubub bis nach Keetmanshoop.

Am wenigsten gerechtfertigt war die Ablehnung des Bahnbaues, denn die Verpflegung der im Süden kämpfenden Truppen bot große Schwierigkeiten und wäre ohne den Beistand der Kapkolonie nicht möglich gewesen. Den Süden aufgeben, wie es die Opposition wollte, hieß die Zurückziehung der Truppen nach der Heimat verzögern. Die noch kämpfenden Hottentotten wären dann weiter nach Norden vorgeedrungen und hätten mit dem noch nicht in den Konzentrationslagern gesammelten Teil der Hereros die Farmer aufs neue bedroht. Auch wirtschaftlich versprach der Bau für die Zeit nach Beendigung des Guerillakrieges beträchtliche Vorteile, wie denn überhaupt die Eisenbahn nach den trüben Erfahrungen der letzten Jahre auf kolonialem Boden wirksamer erschien als die Kanone.

Die Haltung des Zentrums ließ, auch von seinem eigenen Parteistandpunkt aus gesehen, die alte Klugheit vermissen. Nachdem das Zentrum neuerdings wieder bei einer Vermehrung der Flotte um sechs große Kreuzer und einer Erhöhung der Reichseinnahmen durch neue Steuern (auf Bier, Zigaretten, Fahrkarten, Erbschaften) als Regierungsstütze aufgetreten war, hätte es nicht, im eigenwilligen Widerspruch mit der gerade von Zentrumsabgeordneten geübten, überscharfen Kritik von Kolonialschäden, gegen ernste Reformvorschläge den Ausschlag zu geben und sich damit den Vorwurf eines Mißbrauchs seiner parlamentarischen Machtstellung auszusprechen brauchen.

Nach Schluß des Reichstages setzten sich die Enthüllungen von Kolonialskandalen in der Presse fort. Darunter befand sich mancher getretene Quark, der von einzelnen Blättern aus Mangel an Augenmaß als „Panama“ und „Schlammvulkan“ aufgetragen wurde. Da war einem als technischen Hilfsarbeiter herangezogenen Offizier a. D. eine nach dem Pensionsgesetz anfechtbare Aufwandsentschädigung gezahlt worden. Da hatten ein paar Offiziere der Schutztruppe das Geld für Zutrittskarten zu einem Wohltätigkeits-

fest aus einem Fonds erhalten, zu dessen Gunsten das Fest veranstaltet war, so daß also der Betrag in denselben Fonds zurückfloß. Da wurde der Vertrag mit einer Versicherungsgesellschaft bemängelt, weil der Sohn eines Subalternbeamten Angestellter der Gesellschaft war. Immerhin blieb noch genug Auffälliges und Tadelnswertes übrig, darunter ein Monopolvertrag mit einer Gesellschaft für Tropenausrüstung, bei der der Landwirtschaftsminister v. Podbielski stiller Teilhaber war.

Für den nicht unwahrscheinlichen Fall, daß der stellvertretende Kolonialdirektor Erbprinz von Hohenlohe, der sein Amt mit Fleiß und bestem Willen verwaltete, aber den peinlichen Kolonialdebatten im Reichstage nicht gewachsen war, zurücktreten würde, dachte Fürst Bülow daran, den Gouverneur von Ostafrika Graf Goetzen zum Nachfolger mit der Aussicht auf den künftigen Staatssekretärposten vorzuschlagen. Der Kaiser wollte jedoch vorläufig nicht darauf eingehen; „Erni“ habe nicht einen Ehrenposten, sondern eine Arbeitsstelle erlangen wollen und damit allen Fürsten ein gutes Beispiel gegeben; ihn jetzt gehen zu lassen, sähe so aus, als ob er dem Zentrum, das von Anfang an gegen ihn gewesen sei, geopfert würde. Der Kaiser war dem Zentrum nicht gewogen, nicht sowohl wegen dessen katholischer Tendenzen als weil sein absolutistischer Geist jeder Partei abgeneigt sein mußte, die eine ähnliche parlamentarische Macht ausgeübt hätte wie das Zentrum im Reichstage.

Im August 1906 hielt ich mich auf Wunsch des Kanzlers einige Tage in Norderney auf. Er besprach mit mir die innere Lage und legte mir unter anderem eine Meldung des vortragenden Rates in der Reichskanzlei vor, worin Herr v. Loebell mitteilte, daß ihm von einem alten Afrikaner (Frhr. v. Eberstein) der Direktor der Darmstädter Bank, Bernhard Dernburg, als ein Mann bezeichnet worden sei, der vielleicht geeignet wäre, die koloniale Mißwirtschaft zu beseitigen und der Kolonialabteilung in Berlin einen neuen praktischen Geist beizubringen.

Ich kannte Dernburg nur flüchtig, empfahl aber dringend, einen energischen Kaufmann wie Dernburg zu berufen. Nach einem so ungewöhnlichen Schritt werde zunächst größere Ruhe eintreten,

das Breittreten der sogenannten Kolonialskandale erschwert werden und die Ansicht Fuß fassen, daß es dem Kanzler ernst sei mit der Kolonialreform. Die Entlassung Ernsts sehe dann auch nicht mehr wie ein neues Zugeständnis an das Zentrum aus. Lobeck wurde angewiesen, mit Dernburg in Verbindung zu treten und dann das Einverständnis des Kaisers vom Fürsten Bülow leicht erreicht.

Dagegen trat in jenem Sommer, in dem infolge des langen Erholungsurlaubes Bülows die ständige persönliche Fühlung mit dem Kaiser fehlte, der absolutistische Zug im Wesen des Kaisers bei mehreren Gelegenheiten scharf hervor. Während der Nordlandreise kam ein Immediatbericht des preussischen Staatsministeriums, der im Anschluß an die Geburt des ersten Sohnes des Kronprinzenpaares den Erlaß einer Amnestie vorschlug, mit sehr ungnädigen Bemerkungen aus Molde zurück. Jetzt aus heiterem Himmel wegen der Geburt eines Enkels eine Amnestie an höchster Stelle zu befehlen, sei ungebührig, das Ministerium hätte zu warten, bis der Souverän ihm seine Anregungen zugehen ließe. Gleichwohl gelang es den Bemühungen Bülows, zu den Lauffestlichkeiten Ende August eine Amnestie für Strafen wegen Majestätsbeleidigungen zu erwirken. Ferner: Nach dem Paradenmahl am 2. September, dem auch der Reichskanzler beiwohnte, zeigte sich der Kaiser aufgebracht darüber, daß die Bahn von Kubus nach Keetmanshoop nicht ohne Einwilligung des Reichstages und gegen den ablehnenden Beschluß in der letzten Tagung sogleich in Angriff genommen werden sollte. Am nächsten Tage, bei einem gemeinsamen Vortrag des Kanzlers, des Generalstabschefs v. Moltke und des Chefs des Militärkabinetts Grafen v. Hülsen, gab der Kaiser nur widerwillig nach. Es blieb aber eine Verstimmung gegen Bülow zurück.

Die Gelegenheit, in friederizianischen Erinnerungen zu schwelgen, die sich bei den auf den Sebantag folgenden Manövern in Schlesien bot, wurde vom Kaiser reichlich ausgenutzt. Bei dem für die Provinz Schlesien gegebenen Mahle in Breslau fiel das Wort: „Dem Lebenden gehört die Welt, und der Lebende hat recht. Schwarz-ischer dulde ich nicht, und wer sich zur Arbeit nicht eignet, der scheide aus und suche sich ein besseres Land.“ In einer englischen Zeitschrift

war ein Artikel erschienen, der die überlegene Bedeutung tüchtiger Monarchen gegenüber parlamentarischen Staatsmännern hervorhob. Im friederizianischen Stil verfügte der Kaiser ungefähr so: Zirkuliert beim Staatsministerium. Mögen sich meine ministres das Wort des alten Homer: „Einer sei der Herr, einer sei König“, ad notam nehmen und den Schluß obigen artikuli ordentlich sich einprägen.

Bis der Reichskanzler die Geschäfte in Berlin in vollem Umfange aufnahm, tauchten immer wieder Gerüchte auf, daß weder seine Gesundheit noch seine Stellung gesichert sei. In Rominten war Fürst Philipp zu Eulenburg wieder Gast des Kaisers. Sein mystisch um den Kaiser schwärmender Geist hielt für einen etwaigen Kanzlerwechsel den Gedanken bereit: S. M. macht mit Tschirschky auswärtige Politik, das Innere besorgt kein Diplomat, sondern ein starker Mann, der uns von Sozialdemokraten und Zentrum zu befreien hätte. Fürst Philipp sollte sogar schon in der Sorge um Bernhard Bülow's Gesundheit Julius Moltke, den Generalstabschef — Julius war ein in der Hofgesellschaft willkürlich gebrauchter Vorname — als Nachfolger bezeichnet haben. Dabei spielte der umgetaufte Generalstabschef offenbar nur eine passive Rolle, er war viel zu ehrlich und allen Mänken abhold, wußte auch, daß der General v. Caprivi vor ihm als Kanzler die Bekanntschaft mit dem Parlament und große Redegabe vorausgehabt hatte. Bülow ließ sich durch diese Gerüchte nicht beunruhigen, er fühlte sich wieder gesund und wußte, daß es ihm nicht schwer fallen würde, kommende Mißhelligkeiten mit dem Kaiser zu überwinden.

Es dauerte nicht lange, daß sich ein neuer, zwar nicht folgen-schwerer, aber doch für das Verhältnis des Kaisers zum Reichstag bezeichnender Zwischenfall ereignete. In der Wedekindschen Fürstenkorrespondenz hatte der Kaiser gelesen, daß der Kanzler vor Eröffnung des Reichstages eine Reihe von Parlamentariern zu vertraulichen Besprechungen empfangen würde. Der Kaiser bat darauf den Kanzler brieflich, solche Empfänge zu unterlassen. Wenn es sich um wichtige Vorlagen, Flotte, Armee, Schule usw. handele, möchten solche Vorbesprechungen zweckmäßig sein, aber sonst ginge das Drein-

reden von Abgeordneten in die Regierungsgeschäfte nicht an. In der Antwort wurde zugegeben, daß die Übergriffe von Zentrumsabgeordneten in den inneren Kolonialdienst den Widerstand des Reichskanzlers herausforderten, eine Beschränkung des Verkehrs mit Abgeordneten auf das Nötigste zugesagt und zugleich auf den demnächstigen Empfang des Zentrumsführers Spahn vorbereitet, dem klargemacht werden sollte, daß die Angebereien katholischer Beamten, der Mißbrauch amtlicher Aktenstücke und die Nebenregierung der Mission in Logo aufhören müßten. Etwas Ähnliches, nur in viel schärferen Formen, hatte man schon in den letzten Tagen der Amtszeit des Fürsten Bismarck nach dem Empfange Windthorst's erlebt.

Die unbefriedigenden Ergebnisse der auswärtigen Politik, die Kolonialskandale und neue Betätigungen des persönlichen Regiments hatten in weiten Kreisen großes Unbehagen erregt. Im Reiche wimmelte es von Schwarzsehern, die der Kaiser eben erst in Breslau verbannt hatte. Es konnte nicht ausbleiben, daß die Verdrossenheit im Lande auch im Reichstage widerhallte. Gleich nach Beginn der Arbeiten kam durch eine Interpellation des Abg. Wassermann die internationale Lage zur Debatte. Der Kanzler war darauf gefaßt. Seine fast zweistündige Rede über auswärtige Politik hatte in der Presse keinen durchschlagenden Erfolg, konnte ihn nach Lage der Dinge nicht wohl haben. Für die Besserung des Verhältnisses zwischen Deutschland und England verlangte er Zeit und Geduld und fügte hinzu: „Der Stand des politischen Barometers ist jetzt glücklich von Regen und Wind auf veränderlich gegangen. Forcieren läßt sich das nicht.“ In der Debatte kehrten auch Klagen über impulsive Reden und persönliches Regiment wieder. Mit einer sehr geschickten Mischung von Lob und Warnung half er sich über das heikle Thema hinweg: Lob für die starke Persönlichkeit des Kaisers und ein deutlicher Wink gegen zu häufiges Hervortreten und zu weit getriebenen Subjektivismus, was wohl einen Minister veranlassen könnte, die Verantwortung vor Krone, Land und Geschichte abzulehnen.

Nur wenige dachten an einen schweren Konflikt zwischen der Regierung und einer Mehrheit des Reichstages. Das änderte sich

sogleich nach dem ersten Auftreten des neuen Herrn der Kolonialverwaltung im Reichstage. Am 3. Dezember 1906 brachte der Zentrumsabgeordnete Koeren im eigenen Namen, ohne seine Fraktion vorher in Kenntnis gesetzt zu haben, neue Enthüllungen vor, die sich hauptsächlich auf Angaben eines gemäßigten Bureauvorstehers in Loko, namens Wiszuba, stützten. Der Reichsschatzsekretär Frhr. v. Stengel mußte von seinem Platze am Regierungstische weichen, dem neuen Kollegen in spe Raum für die mitgebrachten Aktenstöße zu geben. Was Dernburg aus amtlichen Schriftstücken vorlas, war geeignet, starke Übertreibungen wirklicher Mißstände und unzulässige Einmischungen Koerens in die Exekutive zu erweisen. In Rede und Widerrede wurde der Kampf mit Keulenschlägen geführt. Den Höhepunkt erreichte er mit dem von Dernburg hinausgeschmetterten Wort: Diese Eiterbeule mußte aufgestochen werden und sie ist aufgestochen! Nicht nur die Nationalliberalen und die Freisinnigen spendeten starken Beifall, sondern auch die Konservativen; das Zentrum schwieg.

Wie sollte sich der Kanzler zu dieser das ganze Zentrum tief berührenden Szene stellen? Er konnte, ohne sein Ansehen zu schädigen, nichts anderes tun, als den Draufgänger Dernburg und seine temperamentvolle Abwehr ungerechtfertigter Pressionen zu decken und gutzuheißen. Aber ein Bruch mit dem Zentrum ward noch nicht sichtbar. In der Öffentlichkeit war der Eindruck der Kampfszene im allgemeinen sehr stark, aber in bezug auf die Folgen nicht einheitlich. Der Germania war es ein Rätsel, warum der neue Herr einen so scharfen persönlichen Zusammenstoß herbeigeführt habe. Protestantische Kulturkämpfer sprachen von einem Gefühl der Befreiung, das durch das Land gehe! Alte liberale Gegner des Fürsten Bülow sahen voraus, daß die Geschichte doch wieder mit einem faulen Frieden zwischen dem vermeintlich innere Krisen scheuenden Kanzler und der auf die Erhaltung ihrer parlamentarischen Macht bedachten Zentrumsparthei enden würde.

Dem Reichstage lagen zwei Nachträge zum Haushalt vor. Der eine verlangte von neuem den schleunigen Bau der Bahn Kubub—Kreetmanshoop, der andere 29 220 000 Mark als Restausgabe

im laufenden Rechnungsjahr für die in Südwestafrika kämpfenden Truppen. In der Kommission kam es zu keiner Einigung. Das Zentrum bestand auf einem Abstrich von 8 Millionen Mark von der beantragten Summe und verlangte außerdem eine Bestimmung, nach der die Truppenstärke auf dem Kriegsschauplatz vor völliger Einstellung der Operationen von einem bestimmten Termin ab auf 2500 Mann heruntergesetzt werden sollte. Die zweite Lesung im Plenum verlief unter größter Spannung. Unter Berufung auf militärische und zivile Gutachten, daß die geforderte Truppenstärke für die völlige Niederwerfung des Aufstandes unerlässlich sei, erklärte der Kanzler gleich bei Beginn der Debatte, ein Zurückschrecken vor dem letzten Opfer komme einer nationalen Versündigung gleich und einen solchen Beschluß, eine solche Kapitulation werde er nicht unterschreiben. Diese ungewöhnlich scharfe Sprache wurde von den Führern des Zentrums als Brüstierung empfunden, die keinen Versuch einer Verständigung mehr aufkommen ließ. Fürst Bülow richtete unmittelbar vor der Abstimmung noch einen Appell in kurzen drastischen Sätzen an das Haus: „M. H., da draußen stehen unsere Soldaten, das sind Deutsche, die haben gekämpft, die haben Anstrengungen erduldet, die sind im Begriff, die letzten Reste des Gegners niederzuringen; sollen sie zurück, weil die Regierung aus Kleinmut, aus Scheu, aus parlamentarischen oder Parteirücksichten ihr. . . Heldenmut vor dem Feinde in Stich läßt? Man hat mir das alberne Wort in den Mund gelegt: nur keine inneren Krisen. Wenn Sie wollen, haben Sie die Krisis. Vor wenigen Minuten hat man mir das Gerücht zugetragen, ich gäbe nur Direktiven der obersten Stelle nach, der Guerillakrieg in Südwestafrika sei eine Art militärischer Sport. Niemand drängt mich, niemand schiebt mich. Ich brauche keine Direktive, um zu erkennen, daß hier nationale Notwendigkeiten vorliegen, und um danach zu verfahren.“ Düsteres Schweigen im Zentrum, stürmischer Beifall bei den anderen bürgerlichen Parteien, Zischen bei den Sozialdemokraten.

Bei der Abstimmung wurde ein freisinniger Vermittlungsversuch mit 175 gegen 171 Stimmen, darauf die Regierungsvorlage mit 177 gegen 168 Stimmen abgelehnt. Sogleich zog der Kanzler

die rote Mappe mit dem Auflösungsbehl hervor, der noch vor seiner Verkündigung von den Tribünen mit ordnungswidrigem Händeklatschen begrüßt wurde.

An Kampfesheize hatten die Hottentottenwahlen, wie Bebel sie taufte, nur in den Attentats- und in den Kartellwahlen (1878 und 1887) ihresgleichen. Nicht nur Dernburg beteiligte sich in Rede und Schrift an der Wahlbewegung, auch der Kanzler griff mit zwei Kundgebungen, dem Silvesterbrief und einer Tischrede, in sie ein. Der zahlenmäßigen Stärke der Zentrumsfraktion konnte kein Abbruch getan werden, ihrer parlamentarischen Macht war nur durch Minderung der sozialdemokratischen Mandate beizukommen. Der Kampf ging daher mit Hilfe des stark erregten Nationalgefühls am heftigsten gegen die Sozialdemokraten. Ihre Niederlage war überraschend groß, am meisten hatten sie in rein evangelischen Gebieten unter dem Vorwurfe zu leiden, sich als „Schleppenträger der Schwarzen“ erwiesen zu haben; im Königreich Sachsen fehlten von 22 sozialdemokratischen Vertretern nur 13, in Thüringen von 12 nur 3 in den Reichstag zurück. Der Erfolg beruhte weniger auf einem Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen, als auf der starken Beteiligung der Partei der Nichtwähler an dieser Wahl.

Im Feuer des Wahlkampfes hatte sich der öffentliche Geist in Deutschland augenscheinlich beträchtlich gewandelt. Die Klagen über Reichsverdrossenheit verstummten. Auch das Kaiserthema trat bis auf weiteres zurück. Das Bürgertum frohlockte in dem Glauben, daß die sozialdemokratischen Bäume doch nicht in den Himmel wachsen würden. Das in den kolonialen Streiffragen unterlegene, aber mit vermehrtem Mandatsbesitze aus den Wahlen hervorgegangene Zentrum fühlte sich innerlich gestärkt in dem Bewußtsein, daß der Zentrumsturm immer noch unüberwindlich sei. Optimisten sahen eine neue Zeit heraufdämmern. Das eine war jedenfalls sicher: Die Stellung des Kanzlers hatte sich durch den Beweis von Entschlußkraft vorläufig außerordentlich gefestigt, nach außen und nach innen, nach oben wie nach unten. Das Netz, das Fürst Phil auf der Nordlandfahrt und in Rominten gesponnen haben sollte, war zerrissen.

II. Zwischenspiel: Die Tafelrunde.

Im Sommer 1906 erschien im Format einer alten Bilderbibel ein auf dem Deckel mit dem schwarzen Preußenaar geziertes, innen mit allen Feinheiten der Buchdruckerkunst ausgestattetes Hohenzollernbuch, zu dem auch ein Lesepult gehörte. Der Preis für das Exemplar nebst Zubehör soll in die Tausende gegangen sein. Soweit ich weiß, erschien das Prunkwerk nicht im Buchhandel, sondern wurde nur an Auserwählte abgegeben. Sein Urheber, Fürst Eulenburg, erhielt bald darauf den hohen Orden vom Schwarzen Adler.

In einem Artikel der „Zukunft“, vom 17. November 1906, der „Präludium“ überschrieben war, stand am Ende der Satz: „Heute weise ich offen auf Philipp Friedrich Karl Alexander Botho Fürsten zu Eulenburg und Hartefeld, Grafen von Sandels, als auf den Mann, der mit unermüdlichem Eifer Wilhelm dem Zweiten zugerannt hat und heute noch zuraunt, er sei berufen, allein zu regieren und dürfe, als unvergleichlich Begnadeter, nur von dem Volkensitz, von dessen Höhe herab ihm die Krone verliehen ward, Licht und Beistand erhoffen, erstehen; nur ihm sich verantwortlich fühlen. Das unheilvolle Wirken dieses Mannes soll wenigstens nicht im Dunkel fortwähren.“ Eine politische Kampfansage, vielleicht nur ein Schreckschuß, allerdings nicht nur gegen den Liebenberger Schloßherrn, sondern auch gegen andere Mitglieder der engsten Tafelrunde des Kaisers, von denen vorher mit behutsamer Zweideutigkeit gesagt war: „Lauter gute Menschen. Musikalisch, poetisch, spiritistisch und in ihrem Verkehr, mündlichen und brieflichen, von rührender Freundschaftlichkeit.“

Acht Tage darauf brachte dieselbe Wochenschrift unter allerlei scharfen „Momentaufnahmen“ auch diese: „November 1906, Nacht, offenes Feld im Uckergebiet. Der Harfner: Hast du's gesehen? Der Süße: Schon Freitag. Der Harfner: Meinst du, daß noch mehr kommt? Der Süße: Wir müssen mit der Möglichkeit rechnen; er scheint orientiert, und wenn er Briefe kennt, in denen vom Liebchen die Rede ist — Der Harfner: Undenkbar! Aber sie lassen's überall abdrucken. Sie wollen uns mit Gewalt an den Hals. Der Süße: Eine Hexenzunft! Vorbei! Vorbei! Der Harfner: Wenn nur Er nichts davon erfährt.“

Was war das? Der Harfner aus der Uckermark, der früher Troubadour hieß, war leicht zu erkennen, auch in der vorangegangenen Kampfansage mit seinem wahren Namen genannt worden. Aber der „Süße“, das „Liebchen“ und „Er“? Wer sollte das sein? In der Hofgesellschaft begann ein Gewispere und Geraune voll Angst und Schadenfreude, je nachdem, auch in der Diplomatie und unter hohen Offizieren in Berlin und Potsdam gab es neben des gleichen Makels Teilhaftigen genug unschuldig Wissende. In diesen Kreisen hatte man sogleich erkannt, daß unter dem Süßen nur der Stadtkommandant Generalleutnant Graf Moltke, der auch schon in dem Artikel „Präludium“ als besonderer Freund Philis genannt war, und unter „Er“ der Kaiser gemeint sein konnte. In der Tagespresse wurde die sonderbare Nachbildung der unheimlichen Faustizene nachgedruckt, die Geschichte war pikant und versprach, noch pikanter zu werden. So kam die Sensation bald in weite Kreise.

Nur einer erfuhr nichts davon, „Er“, den die Sache doch beinahe am meisten anging. Kein Kanzler, kein Chef des Zivilkabinetts, keine Oberhofcharge wagte es, ihm anzudeuten, welcher Hexensabbat am helllichten Tage vor der weitesten Öffentlichkeit drohte. Niemand wollte das heiße Eisen anfassen, weil jeder wußte, wie schwer sich solche Sachen beweisen lassen, und darum sich scheute, vielleicht als falscher Angeber in Ungnade zu fallen, statt dem Kaiser und dem Lande einen großen Dienst zu erweisen. Für den Fürsten Bülow wäre die Aufgabe, den Kaiser auf die

Gerüchte gegen die Tafelrunde aufmerksam zu machen, äußerst unangenehm gewesen, da er seit Jahrzehnten mit dem Fürsten Eulenburg und seiner Familie in freundlichem Verkehr gestanden hatte. Da es sich zunächst um Angelegenheiten des Hofstaates handelte, konnte das weitere den hierfür zuständigen Würdenträgern überlassen bleiben.

Eine Weile lang ließ Harden seine Waffen ruhen. Der Grund war, daß die Gegenseite im Dezember 1906 Friedensverhandlungen durch Neutrale eingeleitet hatte. Hierbei stellte sich Harden auf den Standpunkt: Er wäre froh, wenn er sich nicht mehr mit der Gefahr zu beschäftigen brauche, daß abnorm empfindende Männer am Hofe ihr süßlich kränkliches Wesen, spiritistische Künste, mystischen Kaiserkult weiter trieben. Käme es heraus, ehe der Kaiser einzugreifen vermöchte, so würde es den schlimmsten Skandal geben, den wir erlebt hätten. Die Möglichkeit, nicht mehr auf diese Dinge hinzuweisen, träte ein, sobald der Fürst seine Hand aus dem politischen Spiele ließe, aus dem Räte der Krone verschwände und auch den Stadtkommandanten nicht als seinen Vertreter für Personalien und Hofpolitik bestellte. Der auf dieser Basis von den Friedensstiftern erreichte Pakt wurde nicht gehalten. Fürst Eulenburg zog sich zwar auf längere Zeit nach Territet am Genfer See zurück, tauchte dann aber wieder in Wiesbaden auf, wo der Kaiser erwartet wurde. Nun brach auch Harden wieder sein Schweigen.

Der Kaiser wußte noch immer nichts von den Andeutungen und Gerüchten, daß eine Anzahl von anormal empfindenden oder homoeruellen Personen einen Ring um ihn gebildet hatten und einen für Kaiser und Reich schädlichen Einfluß ausübten. Endlich, nach Verlauf von fünf Monaten und nach mancherlei entscheidungslosen Überlegungen der Hofgenerale Graf von Hülsen-Häseler, v. Pleßsen und v. Hahnke, wagte es der Kronprinz, seinem Vater die dringend nötige Aufklärung zu geben.

Der Kaiser war sehr aufgebracht, nicht gegen den Kronprinzen, sondern weil man ihm erst jetzt Kenntnis von den Gerüchten gegeben habe. Der Vertreter des abwesenden Polizeipräsidenten, Geheimrat Friedheim, wurde geholt und beauftragt anzuzeigen, wem

alles aus der Nähe der Majestäten perverse Neigungen nachzuweisen seien. Dem Fürsten Eulenburg wurde bedeutet, daß sein Erscheinen bei Hofe bis auf weiteres nicht erwünscht sei. General von Hahnke war sogar dafür, ihm sogleich den Schwarzen Adler zu entziehen. Der Stadtkommandant und der General à la suite Graf Wilhelm Hohenau wurden aufgefordert, Klage gegen Harden anzustrengen und sich vor Gericht zu rechtfertigen. Graf Hohenau zog es vor, es nicht auf gerichtliche Erörterungen ankommen zu lassen, sondern sofort zu verschwinden. Der Stadtkommandant ging in den einseitigen Ruhestand und erhob nach einem vergeblichen Versuche, durch einen verspäteten, den Weg der sachlichen Aufklärung verdunkelnden Ehrenhandel die Sache aus der Welt zu bringen, Beleidigungsklage bei dem bürgerlichen Gericht.

Dieser Entschluß war begreiflich, aber in seinen Folgen äußerst verhängnisvoll. Kamen die bisher nur angedeuteten Enthüllungen erst unter Beweis vor Gericht, so war nicht abzusehen, welcher Riesenskandal daraus entstehen würde, und niemand hatte mehr die Macht, im Kaiser- und Reichsinteresse die Aufwühlung des übelsten Schmutzes aufzuhalten. Es dauerte gut zwei Jahre, daß sich die Welt in einer Reihe von Prozessen immer wieder mit diesem Sumpf zu beschäftigen hatte.

Ich denke natürlich nicht daran, noch einmal in den Pfuhl hineinzusteigen, und beschränke mich darauf, den äußeren Verlauf, mit Einschluß der wiederholt von der Justiz geleisteten Seltsamkeiten, zu skizzieren.

In dem ersten Verfahren Moltke gegen Harden vor dem Schöffengericht (Oktober 1907) ist der Verteidigung weitester Spielraum gelassen. Die Probe, die Harden von seinem auch von zünftigen Juristen anerkannten Scharfsinn und von seiner forensischen Beredsamkeit ablegt, gelingt vollkommen. Das Tribunal wird zur Szene. Harden muß sich gefallen lassen, in der Tagespresse daran erinnert zu werden, daß er seine Laufbahn als Schauspieler begonnen hat. Schlussergebnis: Freispruch, Triumph des Angeklagten.

Der Staatsanwalt, der vorher den Antrag Moltkes, Anklage im öffentlichen Interesse zu erheben, abgelehnt hat, greift nun ein,

so daß die Sache noch einmal in erster Instanz vor die Strafkammer kommt. Vorher Auftreten des Fürsten Eulenburg in dem Prozeß Fürst Bülow gegen Brand, Herausgeber einer Zeitschrift für Homosexuelle, „Gemeinschaft der Eigenen“, in der Fürst Bülow völlig grundlos unsittlichen Verkehrs mit einem Untergebenen beschuldigt worden war. Eulenburg als Zeuge benutzt die Gelegenheit, um Verfehlungen gegen den § 175 für sich abzuschwören. Eine Milderung der kaiserlichen Stimmung gegen ihn ist wahrzunehmen, doch darf er bei Hofe nicht wieder erscheinen.

In dem zweiten Verfahren in Sachen Moltke gegen Harden (Dezember 1907) lassen Vorsitzender und Staatsanwalt auf Antrag des Nebenklägers die Entkräftung des im ersten Verfahren abgelegten Zeugnisses der Frau v. Elbe, geschiedenen Gräfin Moltke, zu, lehnen dagegen Beweisangebote gegen den Zeugen Fürsten Eulenburg ab, der seinen Eid aus dem Brand-Prozeß wiederholt und dahin erweitert, daß er auch keine „Schmutzereien“ mit anderen Männern getrieben habe. Ergebnis: Verurteilung Hardens zu vier Monaten Gefängnis. Apotheose für Moltke und Eulenburg.

Im April 1908 folgte in München ein an sich gleichgültiger Beleidigungsprozeß Hardens, in dem der Kläger einen Teil seines in Berlin zurückgewiesenen Beweismaterials gegen Eulenburg vorbringt. Abscheuliche Schmutzereien aus früherer Zeit werden von zwei Mittätern, einem Milchhändler und einem Schifferknecht, unter Eidessdruck gestanden. Ergebnis: Moralische Vernichtung Eulenburgs. Notwendige Folge: Meineidprozeß gegen ihn.

Nach langen Verhandlungen vor dem Schwurgericht, die sich neben den Münchener Fällen noch auf andere Greuel erstrecken, wird der Angeklagte vernehmungsunfähig und ist es nach den Gutachten der von Jahr zu Jahr nach Liebenberg entsandten Sachverständigenkommission bis auf diesen Tag geblieben. —

In dem ganzen Drama spielte, vom ursprünglichen politischen Gesichtspunkt aus gesehen, Graf Moltke immer nur eine Nebenrolle, die Hauptperson war von vornherein und blieb Fürst Eulenburg, Kopf und Seele der Tafelrunde.

Nach dem Münchener Prozeß war der ehemalige Stadtkommandant, dem niemand eigene politische Antriebe nachsagen konnte, fast ganz in den Hintergrund getreten. Trotzdem drohte nach dem Zusammenbruch Eulenburgs noch ein Schlußakt. Sollte sich Harden nach den errungenen Erfolgen mit der ihm im zweiten erstinstanzlichen Verfahren von der Berliner Strafkammer zudiktierten Gefängnisstrafe beruhigen und sie abbüßen? Er hatte beim Reichsgericht Revision eingelegt, und dieses entschied im Mai 1908 aus rechtlichen und prozessualen Gründen auf Rückverweisung an die Strafkammer. Es setzten nun Bemühungen nicht nur von Freunden Hardens, sondern auch des Kanzlers ein, um der ganzen „gräßlichen Geschichte“ ohne eine neue für den Grafen Moltke gefährliche Beweisaufnahme ein Ende zu machen. Die Möglichkeit dafür schien gegeben, wenn beide Gegner auf Grund eines Austausches von Erklärungen die Strafkammer bäten, das Verfahren einzustellen. Harden hatte in seinen Angriffen immer von einem Kreis von Männern von süßlichem Wesen und normwidrigen Empfindungen, nicht von homosexuellen Betätigungen geschrieben. Graf Moltke war bereit, die Erklärung Hardens, daß er ihn in seiner Wochenschrift nicht der Homosexualität beschuldigt habe, anzunehmen. Beide Gegner, in der Frage der Einstellung des Verfahrens einig, stießen jedoch ebenso wie die Bemühungen des Kanzlers zunächst auf die formalistische Mauer der Justiz. Die Strafkammer war bei ihrer Beurteilung davon ausgegangen, daß in den Artikeln trotz der nur andeutenden Formen doch eine schwere Beleidigung des Nebenklägers enthalten wäre. Auch kam juristisch in Betracht, daß es sich um eine öffentliche Anklage handelte. Es mußte also nochmals vor der Strafkammer verhandelt werden, jedoch kam es auf Antrag des Oberstaatsanwalts wie des Nebenklägers und des Angeklagten nicht zu einer Beweisaufnahme. Das Gericht verurteilte diesmal nur zu einer Geldstrafe. Harden verzichtete auf Revision, nachdem Graf Moltke eine für die Öffentlichkeit bestimmte, das loyale Vorgehen seines Gegners anerkennende Erklärung abgegeben hatte. So unterblieb endlich doch eine gegen das Staatsinteresse grob verstoßende, wahrscheinlich vermehrte und verschärfte Neuauflage der

häßlichen Geschichten der Tafelrunde. Diese Kamarilla war tot und kam auch später nicht wieder zum Leben. —

Harden hatte manchen verhöhnt und verlegt. Seine Feder war mitunter ätzend scharf, auch wo sich Schonung empfahl. Er hatte auch Feinde in der eigenen Zunft, politische und literarische Gegner, wie jeder starke Satiriker. Während seines Feldzugs gegen das heimlich-unheimliche „Grüppchen“ um den Kaiser herum warf ihm ein Teil der Presse vor, er wäre ein Werkzeug der Nachsicht der Frau v. Elbe und des Herrn v. Holstein. Harden konnte jedoch nachweisen, daß ihn weder die geschiedene Frau des Grafen Runo v. Moltke noch die dem Liebenberger einst engbefreundete, später aber bitter verfeindete „graue Eminenz“ zu seinem Kampf gegen die Tafelrunde angereizt, er also weder Hinterfrauen noch Hintermänner hatte. Noch häufiger wurde ihm nachgesagt, daß sein Tun nicht der Absicht, Schädlinge aus der Nähe des Kaisers zu entfernen, sondern der Sensations- und Gewinnsucht des Publizisten und Zeitschriftenbesizers entsprungen sei. Dagegen spricht schon seine Zusicherung an den Beauftragten Eulenburgs vom Dezember 1906, schweigen zu wollen, wenn der Gegenpart sich künftig dem kaiserlichen Hofe fernhalte. Auch hatte er bereits Mitte Dezember 1906 in einem Gespräch mit dem Grafen Ernst zu Reventlow, wie dieser in einem der Prozesse bezeugte, geäußert, ihm komme es nur auf den politischen Zweck an, und um ihn zu erreichen, habe er in den ersten Artikeln die Normwidrigkeit der Männer der Liebenberger Gruppe andeuten müssen, weil daraus auch die politische Schädlichkeit dieser Gruppe herzuleiten sei. In der Tat waren, wie Fürst Bismarck nach seinem Rücktritt nicht nur zu Harden, sondern auch zu anderen Personen mit Bezug auf Eulenburg und dessen Freundesliebe geäußert hat, unmännliche Naturen, Spiritisten, Geisterseher, Schönredner für das dramatische Temperament des Kaisers besonders gefährlich.

Harden scheint überhaupt nicht damit gerechnet zu haben, daß einer der aus politischen Gründen Angegriffenen es wagen würde, das Gericht zur Aufklärung der Sachlage, unvermeidlich auch der höchstpersönlicher Art, in Anspruch zu nehmen. In der kritischen

Periode, als es sich darum handelte, die Verhandlung in Sachen Moltke gegen Harden in zweiter Instanz zu verhindern, sind mir eine größere Anzahl Briefe von Vermittlern, darunter Wallins, und solcher Hardens selbst an sie, zur Kenntnis gekommen, aus denen unwiderleglich hervorging, daß Harden mit allem Eifer Skandal verhindern, nicht Skandal machen wollte. —

Hat die Darstellung dieser im Gerichtssaal sich abspielenden höfischen Episode noch irgendwelchen Wert? Ich glaube doch. Vor allem drängt sich die für den künftigen Geschichtschreiber nicht gleichgültige Frage auf: Wie kommt es, daß der Berliner und Potsdamer Hof unter Wilhelm II. so viel Weibmänner — zu den hier genannten kam noch ein Duzend andere hinzu — anzog, und daß der Kaiser, der selbst ein Vollmann war und ist und dem nichts ferner liegt als süßliches Wesen, so lange ahnungslos einen Kreis von mehr oder weniger anormal Veranlagten in seiner nächsten Umgebung ertragen konnte? Wo ist der Erklärungs- richtiger der Berührungspunkt?

In den „homosexuellen“ sehen verständige Beurteiler Unglückliche, unter einem unüberwindlich regelwidrigen Naturtrieb Leidende, nicht Lasterhafte, nicht Verbrecher. Leute, die durch Geständnisse einzelner und eigene Beobachtungen Einblicke in ihr geistiges und seelisches Leben gewinnen konnten, schildern sie als vielseitig begabt, namentlich für Musik, schöne Literatur, Theater, das politische Welttheater nicht ausgeschlossen, sie bringen es aber nur selten über einen höheren Grad von Dilettantismus hinaus zu wahrer Meisterschaft. Mit Ausnahme vielleicht der Schauspielerei. Schauspieler müssen sie ja auch im gewöhnlichen Leben sein, um zu verheimlichen, daß ihr Lusttrieb pervers ist, und um dem Vorwurf der Lasterhaftigkeit bei dem natürlich gearteten Volke zu entgehen. Sie haben ein tiefes Mitgefühl für alle leidende Kreatur. (Philis schrieb über sich selbst an seinen intimen Freund Fr. v. Farenheid: „So sehr fühle ich mich Gefühlsmensch, daß ich mich instinktiv Charakteren gegenüber in innere Opposition gedrängt sehe. Auf der Bühne sind Charaktere notwendig; in der Geschichte machen sie mir Freude; im Verkehr sind sie unbequem, ja unetraglich.“) Ihre Erotik ist

mehr Liebeln als Liebe, ihr Haß ist gekränkte Eigenliebe oder weibliche Eifersucht. Im Bewußtsein ihrer subjektiven Unverantwortlichkeit für das, was uns anderen als Entartung erscheint, stehen sie in fortwährendem stillem Kampfe mit der Umwelt.

Nicht das süßliche Wesen, auch nicht das Adorantentum, das vom Fürsten Eulenburg gepflegt wurde, kann, wie ich glaube, die Stärke und die lange Dauer des Kamariläeinflusses von Weibmännern am Hofe Wilhelms II. zur Genüge erklären. Das Entscheidende lag vielmehr beim Kaiser selbst, in bestimmten Anlagen von Jugend auf, in seinem Mangel an Menschenkenntnis, in der Unwirklichkeit der Welt, in der sein Geist lebte. Darüber noch einiges mehr im letzten Kapitel.

III. Die konservativ-liberale Paarung.

Zunächst ein Kuriosum, wie Schlagworte entstehen. Auf dem Wahle, das ein kolonialpolitischer Ausschuß von Führern liberaler Berufe am 19. Januar 1907, kurz vor der Hauptwahl zum Reichstag in Berlin veranstaltete, wollte Fürst Bülow eine Rede halten. In dem Entwurf stand, die koloniale Tätigkeit fordere die Paarung liberalen Geistes mit konservativer Besonnenheit, und es sei hoffentlich nicht zu optimistisch, das Zusammengehen konservativer und liberaler Parteien am 13. Dezember, dem Tag der Auflösung, als einen Wendepunkt für unser inneres Parteileben zu betrachten. Bei der Vorbesprechung über den Entwurf warf Herr v. Loebell ein, seine alten Parteigenossen seien leicht empfindlich, wenn immer nur den Liberalen Geist zugesprochen würde. Nach mehreren mißglückten Versuchen, eine andere Fassung zu finden, schlug ich vor, dann eben auch den Konservativen „Geist“ zu bewilligen. So kam die Paarung konservativen Geistes mit liberalem Geiste zustande und wurde dann allgemein vom Kolonialen auf das Innere übertragen.

Bei den Wahlen hatte das Schlagwort seine Wirkung getan. Ob aber die konservativ-liberale Paarung auf lange Zeit die innere Lage beherrschen würde, mußte vom ersten Tage an zweifelhaft erscheinen. Die inneren Gegensätze zwischen rechts und links waren zu groß. Das Wort Grillparzers, daß Osterreich mit seinen untereinander hadernden Nationalitäten widersinnig gekuppelten Pferden gleiche, traf auch auf die Paarung zu, wenigstens waren es widerwillig gekuppelte Pferde, die künftig den Reichswagen ziehen sollten.

Hätte Eugen Richter, der Eigensinnige, noch gelebt, wäre die Paarung wahrscheinlich nicht zustande gekommen. Seine Nachfolger ließen sich bei ihrer Teilnahme an der neuen, nach französischem Muster „Block“ genannten Mehrheit von der Absicht leiten, die Gelegenheit zur Erlangung möglichst beträchtlicher liberaler Zugeständnisse, wenn möglich auch in Preußen, wahrzunehmen. Die Konservativen fügten sich nur zögernd und gelassen der Neubildung ein. Erstens mußte man sich einem Kanzler erkenntlich erweisen, unter dem ein neuer Zolltarif und neue Handelsverträge mit erhöhten landwirtschaftlichen Zöllen zustande gebracht worden waren und der sich die Inschrift auf seinen Leichenstein wünschte: Dieser ist ein agrarischer Kanzler gewesen. Zweitens war immer noch das Zentrum da, mit dem im Notfall wieder ein schwarz-blauer Bund geschlossen werden konnte. Drittens fühlten sie sich stark genug, um eine Übertragung der Blockpolitik auf Preußen zu verhindern, wo in den Klassenwahlen zur zweiten Kammer und im Herrenhaus die starken Wurzeln ihrer Macht lagen. Mit wirklicher Begeisterung wurde die aus den Wahlen hervorgegangene Mehrheit nur von der nationalliberalen Partei in frohem Gedenken an das Kartell vor zwanzig Jahren begrüßt. Sie war in sich geschlossen und bildete den Kern des Blockes, während die bürgerliche Linke noch immer dreigespalten war (freisinnige Vereinigung, freisinnige Volkspartei und deutsche Volkspartei) und auf der Rechten noch die kleinen Fraktionen und Gruppen Deutsche Reichspartei, wirtschaftliche Vereinigung und Antisemiten saßen, deren Stimmen zur Mehrheitsbildung unentbehrlich waren.

Ein Virtuose der parlamentarischen Taktik gehörte dazu, das künstliche Gebilde — es war von Stuck und nicht von Stein — vor dem Zerfall zu bewahren und gebrauchsfähig zu erhalten. Nur Fürst Bülow konnte sich zutrauen, mit einem so mangelhaft gekuppelten Dreigespann über schwieriges Gelände zu fahren. Der taktische Plan war ja ziemlich einfach: Links bremsen, rechts gut zureden, erst die leichteren Wege fahren, und wenn es einmal stockte oder gefährlich wurde, abschnellen und Attacke reiten gegen die Sozialdemokratie. Probatum fuit. Aber die Ausführung war doch

aufserordentlich schwer. Es konnte jeder Tag einen störenden Zwischenfall bringen, irgendein Heißsporn vorprellen und die alten Gegensätze verschärfen oder gar von oben ein Donnerwetter dazwischenfahren und Berwirrung stiften.

Und das Zentrum? Ja, wenn es möglich gewesen wäre, von ihm wohlwollende Neutralität zu erlangen! Dazu ließ es die tiefe Verstimmung gegen die Person des Kanzlers so bald nicht kommen. Nachdem das Zentrum ein Jahrzehnt lang die Regierung bei allen wichtigen Gesetzen unterstützt hatte, fühlte es sich durch die überraschende Eile bei der Auflösung des Reichstags — sie wurde schon nach der zweiten Lesung des Nachtrags für Südwestafrika vorgenommen, während die Zentrumsführer noch mit einer Verständigung in dritter Lesung gerechnet hatten — schwer verletzt. Der Kanzler dachte natürlich nicht an eine dauernde Ausschaltung einer so großen Partei und hat später wiederholt im Reichstage erklärt, daß ihm die Unterstützung jeder Partei willkommen sei. Einer allmählichen Milderung des Mißwillens im Zentrum gegen die Person des Fürsten Bülow stand besonders ein unglückliches Wort entgegen, das er unmittelbar nach den Stichwahlen zu einem amerikanischen Journalisten gesprochen hatte. In einer Antwort auf die Frage, ob der Sieg der nationalen Parteien die deutsche Regierung zu einer aggressiven auswärtigen Politik veranlassen werde, hieß es: „Man irrt sich sehr, wenn man die nationale Stimmung bei den Wahlen für nationalistisch oder chauvinistisch hält. Der Reichstag ist gewählt gegen die antinationale Arroganz einer wider-natürlichen Parteikonstellation. Diese Arroganz hat das nationale Empfinden des Volkes empört.“ Der Abg. Spahn wies den Vorwurf in einer der ersten Sitzungen des neuen Reichstags sehr spitz mit der Bemerkung zurück, daß der Fürst dieser „arroganten“ Politik bisher seine bedeutendsten Erfolge zu verdanken gehabt habe. Außerdem unterließen es die Zentrumsabgeordneten, ihre Karten im Kanzlerhaus abzugeben, was bedeutete, daß sie nicht mehr eingeladen zu werden wünschten und es vorzogen, in feindlicher Zurückhaltung zu warten, bis ihre Zeit wieder gekommen sei.

Die Frühjahrstagung war kurz und galt vor allem neben

kleineren Gesetzen dem Reichshaushalt fürs kommende Jahr. Die erste Maßregel, die man als ein Zugeständnis an die linke Blockseite ansehen konnte, war ein Stellenwechsel. Der Staatssekretär des Innern Graf v. Posadowski war mit dem Zentrum, namentlich bei der Beratung des Zolltarifs und sozialpolitischer Entwürfe, gut gefahren. Die neue Ära gefiel ihm nicht, er ließ es merken, im Juni 1907 bekam er seinen Abschied. Gleichzeitig trat auch der preußische Kultusminister Studt, ein stockkonservativer Mann, von seinem Posten zurück!

Die ersten sachlichen Proben auf das Blockexperiment konnten erst in der Herbsttagung gemacht werden. Die dringlichste Aufgabe wäre nach dem Fehlschlag der letzten sog. Finanzreform eine Vermehrung der Reichseinnahmen um 4—500 Mil. M. gewesen, eine Summe, die in jener glücklichen Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs für ungeheuer galt. Bei den gerade auf diesem Gebiete bestehenden Gegensätzen zwischen rechts und links hätte die Regelung dieser Frage für die konservativ-liberale Paarung, noch bevor sie einigermaßen eingespielt war, gefährlich werden können, weshalb sie aufs nächste Jahr verschoben wurde. Milde rung der Strafen für Majestätsbeleidigungen, Reichsvereinsgesetz, Börsenreform waren leichtere Aufgaben, wenn sie auch immer genug Schwierigkeiten boten. Inzwischen hatte schon ein im Sinne des Kanzlers rollenwidriger Seitensprung des Abg. Raumann das künftige Zusammenspiel der neuen Mehrheit auf der Reichstagsbühne arg gefährdet. Im August 1907 trat Raumann in mehreren Artikeln mit der Forderung der Liberalisierung des preußischen Staats, vor allem durch schleunige Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts hervor. Er erzielte damit zwar eine größere Einnütigkeit unter den drei Parteien der bürgerlichen Linken, die ihrer späteren Verschmelzung vorarbeitete, zugleich aber wirkte der Vorschlag wie eine Sprengpatrone für den Block im Reiche. Während der Vorstoß den Blockgegnern, Zentrum und Sozialdemokratie, natürlich willkommen war, frugen mittelparteiliche Blätter, ob denn der Freisinn mit seiner zur Unzeit erhobenen Forderung immer noch die Partei der verpaßten Gelegenheiten bleiben wollte, und erklärte die

Kreuzzeitung, daß an das preußische Klassenwahlsystem trotz seiner Mängel nicht gerührt werden dürfe. Ohne sie war eine schleunige Behandlung der preußischen Wahlreform schon deshalb ausgeschlossen, weil die laufende Legislaturperiode des Landtags im kommenden Frühjahr zu Ende ging und bis dahin eine ernsthafte Wahlreform überhaupt nicht erledigt werden konnte. Bei dem Vortrage des Fürsten Bülow in Wilhelmshöhe (August 1907) zeigte sich der Kaiser über die in der Presse der Linken breit erörterte Forderung einer Liberalisierung Preußens sehr erregt, und der Kanzler hatte Mühe, ihn im Interesse der Blockpolitik von schnellen Entschlüssen abzuhalten. Erst nach Jahr und Tag war es so weit, daß die Thronrede zur Eröffnung des Landtags verkündete: „Es ist mein Wille, daß die Vorschriften über das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erfahren, welche der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Erstarkung staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls entspricht. Ich erblicke darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart.“ Der Widerstand der Konservativen erwies sich stärker als der königliche Wille, selbst in dem von der Thronrede gezogenen engen Rahmen kam keine Reform zustande, bis der 9. November 1918 eine über alles vorher für möglich gehaltene weit hinausgehende Radikalisierung Preußens brachte.

Die praktische Arbeit, die der Block in dem Wintersemester 1907/8 leisten sollte, begann mit einer Blockkrisis. Der Kanzler hatte beim Beginn der Generaldebatte über den Reichshaushalt die Mehrheitsparteien dringend zur Verträglichkeit und zur Vorsicht, „namentlich im Anfang“, aufgefordert. Statt dessen kam es unmittelbar darauf zu heftigem Aufeinanderprallen liberalen und konservativen Geistes, erst wegen der Streiffrage, ob direkte Reichsteuern eingeführt werden sollten, dann wegen des Entwurfes eines Vereinsgesetzes, den ein Abgeordneter der Linken als einen Schlag ins Gesicht des Freisinnes bezeichnete, endlich nach einer Aufsehen erregenden Rede des nationalliberalen Abgeordneten Paasche, die sich unter Angriffen auf den Kriegsminister v. Einem mit den im Zusammenhang mit dem Prozeß Moltke-Harden enthüllten sittlichen

Verfehlungen im Potsdamer Offizierkorps beschäftigt hatte. Vor Beginn der Sitzung am 4. Dezember erschien Fürst Bülow im Reichstag, ließ die Führer der Blockparteien zu sich bitten und erklärte ihnen: es sei aussichtslos, die Geschäfte im Sinne der am 13. Dezember 1906 begonnenen Politik zu führen, wenn die zum Zusammenwirken berufenen Parteien fortfahren würden, gegeneinander und gegen die Regierung zu kämpfen. Am nächsten Tage gaben die Führer Erklärungen im Plenum ab, die darin übereinstimmten, daß die Blockpolitik fortgesetzt und unterstützt werden soll. Dabei machten die Konservativen die Klausel: „soweit sie sich mit unseren Grundsätzen verträgt“, während sich die Freisinnigen die Wahrung ihrer politischen Grundsätze vorbehielten, so daß noch genug Spielraum für neuen Streit unter den Blockparteien übrigblieb.

Die Hauptaufgaben der Tagung, an denen sich die konservativ-liberale Paarung erproben sollte, waren in einer vom Leichterem zum Schwereren aufsteigenden Reihenfolge: Milderung der Strafen für Majestätsbeleidigungen, Börsenreform, Vereins- und Versammlungsgesetz. Der erste dieser Entwürfe wurde schnell erledigt. Auch der zweite, die Börsenreform, bereitete keine großen Schwierigkeiten, da die Agrarier gegen die Beseitigung des Börsenregisters und des Verbots des Terminhandels in Bergwerks- und Industrieaktien keine besonderen Einwände erhoben und sich damit zufrieden gaben, daß das Termingeschäft an der Produktenbörse erschwert wurde. Dagegen mußte der Block bei der dritten Aufgabe, der endlichen Vereinheitlichung des Vereins- und Versammlungsrechts für das Reich, wieder eine schwere Belastung überstehen. Die Kommission stritt mehr als ein Vierteljahr lang über das Mehr oder Weniger von freiheitlichem Geist, in dem die Vorlage Gesetz werden sollte. Der Streit ging hauptsächlich um den sog. Sprachenparagraphen. Grundsätzlich sollten die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen nur in deutscher Sprache geführt werden. Die Bestimmung zielte hauptsächlich auf die polnische Bevölkerung der Ostmarken und auf die polnischen Arbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ab. Mit Not und Mühe kam in der Kommission ein Kom-

promiß zustande, nach dem in den gemischtsprachigen Landesteilen der Gebrauch der fremden Muttersprache für die nächsten zwanzig Jahre gestattet werden sollte, wenn die Fremdsprachigen 60 % der Gesamtbevölkerung übersteigen und wenn die Versammlung mindestens drei Tage vorher der Polizei angezeigt ist. Schon die gequälte Sprache des Beschlusses verriet die Schwere der Geburt. Nicht nur Zentrum, Polen und Sozialdemokraten kämpften scharf dagegen, sondern auch Mitglieder der bürgerlichen Linken erklärten den Paragraphen für ein häßliches Attentat auf die Muttersprache, und die Gruppe Barth, v. Gerlach, Breitscheid nahm sogar das Kompromiß zum Anlaß, um bald darauf aus der Gemeinschaft der liberalen Vereinigung auszuscheiden. Im Plenum wurde der gemilderte Sprachenparagraph in zweiter Lesung mit 196 gegen 177 Stimmen angenommen, bei der Schlußabstimmung über das ganze Gesetz war das Stimmenverhältnis 194:168.

Zu gleicher Zeit wurde in beiden Häusern des preußischen Landtags über ein Gesetz zur Stärkung des Deutschtums in Westpreußen und Posen verhandelt, dessen Kernstück der Erwerb von Grundstücken im Wege der Enteignung war. Im Sommer 1907 hatte Fürst Bülow noch starke Bedenken gegen dieses Gewaltmittel. Rücksichten auf die Blockpolitik im Reiche kamen dabei nicht in Betracht, denn an eine konservativ-liberale Paarung konnte damals noch niemand denken. Die Zweifel lagen teils in der Enteignung selbst, teils in der Sorge vor einer Niederlage. Daß Zentrum, Polen und Freisinnige scharfe Gegner sein würden, ließ sich mit Sicherheit annehmen. Die Mittelparteien würden wohl zustimmen, zweifelhaft dagegen war die Haltung der über 144 Mandate verfügenden konservativen Rechten. Von ihr hing nicht nur das Ergebnis im Abgeordnetenhaus ab, sondern auch die Mehrheitsbildung in dem überwiegend konservativen Herrenhause. Erst nachdem man Grund hatte anzunehmen, daß der Abg. v. Heydebrand mit seiner Fraktion die Regierung unterstützen würde, ging die Vorlage an das Abgeordnetenhaus. Ernster als in der zweiten Kammer war der Widerstand in der ersten. Unter den Gegnern der Enteignung befanden sich Kardinal Fürstbischof Kopp, der voraus sagte, daß solche

Ausnahmemaßregeln die Bevölkerung in die Arme des polnischen Radikalismus treiben würden, ferner neben Großgrundbesitzern, wie Graf Mirbach, Graf von der Schulenburg-Grünthal, Graf Tiele-Winkler, auch der Generallandschaftsdirektor v. Tschammer und der Generalfeldmarschall Graf v. Haeßeler. In seiner Verteidigung der Enteignungsbefugnis konnte sich Fürst Bülow darauf berufen, daß schon Fürst Bismarck bei Beginn der Ansiedelungspolitik 1886 erklärt hatte, sie werde ohne die Möglichkeit, die Enteignung anzuwenden, auf einen toten Strang geraten. Diese Erinnerung trug nicht wenig dazu bei, daß im Herrenhaus eine Mehrheit von 143 gegen 111 Stimmen die Vorlage guthieß.

Jahrelang wurde von der Möglichkeit, mit Hilfe der Enteignung das nötige Land für die deutsche Ansiedlung zu erlangen, kein Gebrauch gemacht. Unter dem Einfluß des Chefs des Zivilkabinetts v. Valentini, der ein Gegner der Maßregel war, hatte der Kaiser verfügt, daß jeder Enteignungsfall ihm zur Genehmigung vorgelegt werden sollte. Auch dem Landwirtschaftsminister Frhrn. v. Schorlemer schien es gut, nur mit großer Vorsicht von der zweischneidigen Waffe Gebrauch zu machen. Soviel ich weiß, ist nur in wenigen ausgesuchten Fällen, in denen es sich nicht um alten Familienbesitz handelte oder der Eigentümer dauernd im Auslande wohnte, das Gesetz angewandt worden. Bald stellte sich heraus, daß dem praktischen Vorteil für die deutsche Ansiedlung doch der politische Schaden einer starken Förderung der antideutschen Agitation unter der polnischen Bevölkerung gegenüberstand.

Fürst Bülow hatte in seiner „Deutschen Politik“ auch über die Ostmarkenpolitik und über die Notwendigkeit ihrer Stetigkeit geschrieben. Als Ziel bezeichnet er die Versöhnung der Staatsangehörigen polnischer Nationalität mit dem preußischen Staat und der deutschen Nation. Kann man schon zweifelhaft sein, ob die Anwendung von Ausnahmegesetzen, wie dem Enteignungsgesetz, eine geeignete Maßregel war, so kam es doch für das Versöhnungsziel jedenfalls viel mehr auf den Kampf um die Seelen an, als auf den Kampf um den Boden. Wie stand es da? Mochten die polnischen Staatsangehörigen

polnisch sprechen, wenn sie nur begonnen hätten, allmählich nicht mehr deutschfeindlich zu fühlen und zu denken. Wieviel ist aber in Schule und Verwaltung geschehen, was in dem polnischen Bevölkerungsteil den Eindruck abstoßender Unterdrückung machen mußte und den großpolnischen Agitatoren in die Hände arbeitete!

Umtlich habe ich mich niemals mit der Ostmarkenfrage zu beschäftigen gehabt. Ich konnte mich darauf berufen, daß ich nach dem Osten hin nicht über Küstrin hinausgekommen war und mir folglich das Haupterfordernis für ein Mitreden mangelte, nämlich die Kenntnis von Land und Leuten. Unter Volksteilen von verschiedener Sprache und Nationalität Versöhnung zu stiften, ist eine vorwiegend volkpsychologische Aufgabe, bei deren Lösung es mehr auf den Augenschein als auf Hörensagen ankommt. Erst in den Jahren nach Bülow's Rücktritt führte mich mein Weg öfters zur Zeit der Hühnerjagd nach einer von Polen bewohnten Gegend der Provinz Posen. Auf einer Fahrt über Land fiel mir ein auf freiem Felde stehendes, wie es schien unbenutztes Lehmgebäude auf. Auf meine Frage nach der Bestimmung des Gebäudes gab mir der Gutsbeamte, mit dem ich fuhr, ein Deutscher aus Schlesien, folgende Auskunft: „Darin steckt ein Stück Ostmarkenpolitik.“ „Wie so?“ „Ein polnischer Bauer aus dem Dorf da drüben wollte hier auf seinem Grund und Boden für einen seiner Söhne, der heiraten wollte, einen Hof bauen, dazu gehörte neben der Scheune ein kleines Wohnhaus. Die Errichtung einer Feuerstelle ist jedoch genehmigungspflichtig, und die Erlaubnis wurde versagt.“ „Das wird wohl ein Ausnahmefall gewesen sein.“ „Nein, ganz und gar nicht, die Absicht von oben ist ja gerade, mit der besonderen Genehmigungspflicht neuer Feuerstellen die Ansiedelung polnischer Bauernsöhne zu verhindern. In Tausenden von Fällen ist ebenso verfahren worden. Sie können sich denken, wie erbitternd solche Eingriffe in die natürlichen Rechte des Besitzers und Familienvaters auf die ebenso empfindliche wie betriebame Bevölkerung der polnischen Dörfer wirken muß. Wenn doch die deutsche Verwaltung vernünftiger wäre und von solchen Schikanen abließe!“ Ein solches Bild sagt mehr als lange Erörterungen.

Freilich: Man kann sagen, daß auch ohne die Enteignung, ohne den Sprachenparagraphen und ohne die Unterdrückungsmaßregeln in Verwaltung und Schule das heimliche Sehnen des größten Teils der preußischen Polen nach Wiedervereinigung mit den russischen Polen daselbe geblieben wäre, wie es das ganze vorige Jahrhundert ausgedauert hatte. Aber es bleibt deshalb doch wahr, daß die harte Methode der Germanisierungspolitik die Absonderungsbestrebungen mehr gefördert als gehindert hat. Fürst Radziwiłł ist häufig als Sprecher im Reichstag und im Herrenhaus für die Loyalität der großen Mehrheit seiner Stammesgenossen eingetreten, die auch in ernstesten äußeren Gefahren nicht verzagt hätte und nicht versagen würde. Nicht als schlauer Schönfärber, sondern als ehrlicher Optimist unterschätzte er den Wandel, der in den letzten Jahrzehnten in der Stimmung der polnischen Bürger und Bauern eingetreten war. Die Führung war immer mehr vom adligen Grundbesitz an das demokratisch organisierte Bürgertum in den Städten übergegangen. Wohl haben im Weltkriege die polnischen Soldaten ihre Schuldigkeit getan, wieviel verhaltener Groll aber vorhanden war, zeigte sich nach der deutschen Niederlage in dem wilden Ausbruch fanatischen Hasses gegen die deutschen Mitbewohner der Ostmarken als Folge der falschen politischen Psychologie bei der Behandlung der Polengefahr. Der Oberpräsident Schwarzkopf hatte bald nach Antritt seines Amtes die Fehler erkannt, ein rascher Tod ließ ihm keine Zeit, sie wieder gutzumachen.

Nach der glücklichen Überwindung des Streites um das Vereinsgesetz war der Block auf der Höhe. Es waren wirkliche liberale Errungenschaften, die mit Hilfe des Blocks zustande gekommen waren. Von den nationalliberalen und freisinnigen Blättern wurde das Ergebnis der Tagung mit größter Genugtuung begrüßt und der konservativ-liberalen Paarung noch eine lange Dauer gewünscht. Von der Kölnischen Zeitung bekam Fürst Bülow das Lob, daß hinfort von einem Kanzler nicht bloß der schönen Reden, sondern auch der Taten gesprochen werden dürfte. Auch der Kaiser war mit den Erfolgen Bülows sehr zufrieden und ließ seine Anerkennung öffentlich kundgeben. Solange die kaiserliche Huld für den Kanzler

vorhielt, war für den Block nichts zu fürchten. Wenn dagegen durch einen bösen Zwischenfall das kaiserliche Vertrauen erschüttert werden sollte, war damit zu rechnen, daß die Konservativen, denen innerlich doch der erprobte Bund mit dem Zentrum lieber war als liberale Errungenschaften, aus der Blockgemeinschaft austreten würden. Dieser böse Zwischenfall trat wirklich ein und machte, nicht unmittelbar, aber in seinen Folgen, der konservativ-liberalen Paarung, als sie vor ihrer schwierigsten Probe stand, und zugleich dem amtlichen Wirken des Fürsten Bülow ein Ende.

IV. Das Ende der Politik der zwei Eisern

Für den Herbst 1907 stand ein Wechsel in der Leitung des Auswärtigen Amtes bevor. Der Staatssekretär v. Tschirschky, steif und unbeholfen im Verkehre mit dem Parlament, sehnte sich nach einem Posten, auf dem er mit größerer Ruhe seine diplomatischen Fähigkeiten entwickeln konnte. Die Gelegenheit, seinen Wunsch zu erfüllen, ergab sich, als der Botschafter Graf Wedel in Wien ausersehen wurde, an Stelle des Fürsten Hohenlohe-Langenburg Statthalter in den Reichslanden zu werden. Diese Wahl war eine gute Wahl. Graf Wedel, zugleich General und Diplomat, besaß große Würde ohne Aufspielerei, Ernst ohne Schroftheit und hat sein schwieriges Amt mit wohlwollendem Verständnis für die elsäß-lothringische Bevölkerung, auch zur Zeit des Zaberner Konfliktes zwischen Militär und Zivil, geführt. Die Botschaft in Wien erhielt Herr v. Tschirschky. Für den Posten des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt kamen drei Diplomaten in Betracht, der Gesandte in Bukarest v. Kiderlen, der für den fähigsten politischen Kopf unter den deutschen Diplomaten galt, der geschäftsgewandte Unterstaatssekretär v. Mühlberg und der Botschafter v. Schön in Petersburg. Kiderlen, einst, als er noch vortragender Rat im Auswärtigen Amt und dann Gesandter in Hamburg war, der ständige Begleiter des Kaisers auf Reisen, war seit langem in Ungnade gefallen, weil sein Witiz gelegentlich auch höchste Personen nicht geschont hatte. Er war so verklatscht worden, daß der Kaiser wiederholt den Gedanken, Kiderlen an die Spitze des Auswärtigen Amtes zu berufen, mit der Begründung abwies, es sei ihm unmöglich, wieder persönliche Beziehungen mit ihm anzuknüpfen, er habe aber nichts

dagegen, daß Kiderlen den Botschafterposten in Konstantinopel bekomme, wenn dieser einmal frei werde. Der Kandidat des Kaisers war von vornherein Herr v. Schön. Mit allerlei gesellschaftlichen Talenten ausgerüstet, der Rede genügend mächtig, ohne übertriebenen Ehrgeiz, im Verkehr mit dem Kaiser frei und offen, ist er als Staatssekretär immer sowohl mit dem Reichstag wie mit dem Kaiser gut ausgekommen. Als er zur Zeit der bosnischen Krisis erkrankte, setzte es der Kanzler durch, daß Kiderlen als besonderer Kenner der Balkanangelegenheiten zur Vertretung Schöns ins Amt berufen wurde. Der Kaiser überwand seine persönliche Abneigung, und infolgedessen wurde Kiderlen später, nach Schöns Versetzung nach Paris, doch noch Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

In den letzten Jahren der Kanzlerschaft des Fürsten Bülow wiederholten sich in Presse und Reichstag die Klagen über Mängel unserer Diplomatie und des inneren Dienstes im Auswärtigen Amt, für die der aufgeklärte und vorurteilslose Kanzler volles Verständnis hatte. In einem Brief aus Norderney vom Sommer 1907 schrieb er, die politische Abteilung mit ihren fünf vortragenden Räten sei überlastet, es müßten mehr Stellen angefordert werden, ob nicht in der handelspolitischen und der Rechtsabteilung oder in den Konsulaten brauchbare Kräfte für die politische Abteilung und die diplomatischen Außenposten zu finden wären, die Hauptstützen des Fürsten Bismarck: Bucher, Abeken, R. Lindau, Kayser, Busch seien doch auch keine zünftigen Diplomaten gewesen. In meiner Antwort wies ich darauf hin, daß Politik, Handel, Recht und Presse getrennt nebeneinander bearbeitet würden, statt nach dem Regionalsystem eng verbunden zu sein, zur Entlastung des Staatssekretärs seien zwei Unterstaatssekretäre nötig, von denen der eine hauptsächlich den Verkehr mit dem Reichstage zu übernehmen hätte. Daß für den innere und äußere Politik umfassenden Pressedienst ein vortragender Rat mit drei Hilfsarbeitern und zwei Expedienten ganz unzureichend und eine viel größere Organisation nötig war, stand schon lange fest. Herr v. Schön sah die bestehenden Mängel wohl, brachte es aber in der kurzen Zeit seiner Leitung des Amtes nur zu neuen Vorschriften für die Ausbildung der jungen Diplomaten, um

einen besseren Nachwuchs zu erzielen. Herr v. Kiderlen war ganz Mann der alten Schule, überhaupt Gegner einschneidender Neuerungen, hätte am liebsten alles allein gemacht und wäre besonders bei seiner Unterschätzung der wirtschaftlichen Angelegenheiten für ein enges Zusammenarbeiten der politischen Referenten mit denen der Handelsabteilung nicht zu haben gewesen. —

Die auswärtige Politik des Fürsten Bülow blieb weiter von dem Gedanken beherrscht, zu einem besseren Verständnis mit England zu gelangen. Die Aufgabe war im allgemeinen dadurch erschwert, daß das Mißtrauen gegen seine Person in der englischen Öffentlichkeit andauerte. Die erste sachliche Schwierigkeit entstand daraus, daß die englische Regierung auf die russische Einladung zu einer neuen internationalen Friedenskonferenz den Vorschlag machte, im Haag auch die Frage der Abrüstung aufs Tapet zu bringen. Der Botschafter Graf Metternich riet in Hinblick auf mögliche neue Verdächtigungen in der englischen Presse, einer Erörterung der kritischen Frage nicht auszuweichen. Fürst Bülow zog es vor, die „Partei der ehrlichen Leute“ zu ergreifen, und es glückte ihm, mit einer freimütigen, den deutschen Standpunkt darlegenden Reichstagsrede einen überraschenden Erfolg in England zu erzielen. Bei dem Lobe der unionistischen Blätter mochten Parteitendenzen gegen das liberale Kabinett mitsprechen, dessen Abrüstungsvorschlag als unpraktisch und den fortgesetzten englischen Secrüstungen widersprechend bekämpft wurde. Aber auch die liberale Presse hob die Würde und Ehrlichkeit der Reichstagsdebatte hervor. Da auch Rußland und Österreich-Ungarn die Abrüstungsfrage für noch nicht genügend geklärt erachteten, schied sie aus der materiellen Debatte auf der Konferenz selbst aus, es kam nur zu einem auch von dem deutschen Vertreter, Frhr. v. Marschall, gutgeheißenen Beschluß, der den auf der ersten Haager Konferenz beschlossenen Wunsch, daß die Regierungen die Abrüstungsfrage prüfen möchten, wiederholte.

Ein weiteres Hindernis für die Bemühungen des Kanzlers nach der englischen Seite bestand darin, daß trotz Algeciras die marokkanische Frage nicht zur Ruhe kommen wollte. Die englischen Staatsmänner, namentlich Sir Edward Grey, hatten zu wie-

derholten Malen mehr oder weniger deutlich zu erkennen gegeben, daß neue deutsch-französische Handel wegen Marokko die deutsch-englischen Bemühungen für ein besseres gegenseitiges Verhältnis ungünstig beeinflussen würden. In Marokko selbst reichte sich ein störender Zwischenfall an den anderen. Erst Ermordung eines französischen Arztes in Marrakesch, dann Angriffe von Kabylen in der Gegend von Casablanca, wobei französische und spanische Hafenarbeiter getötet wurden und bei der Plünderung der Stadt auch deutsche Kaufleute zu Schaden kamen, weiter ein neuer Thronstreit zwischen dem Sultan Abdul Afis in Fez und seinem aufständischen Bruder Mulay Hafid in Marrakesch. Zu diesen Ereignissen in Marokko, die ebensoviel Gelegenheiten zu neuen Reibungen zwischen Berlin und Paris boten, kam im Herbst 1908 noch ein scharfer Kompetenzstreit zwischen dem Befehlshaber der französischen Okkupationstruppen, General D'Amade und dem deutschen Konsulat in Casablanca hinzu, der leicht eine ernste Spannung zwischen den beiderseitigen Regierungen hervorrufen konnte. Die französische Hafenpolizei hatte sich nämlich dreier deutscher Fremdenlegionäre, die sich unter dem Schutze des deutschen Konsuls befanden, auf ihrem in Begleitung eines Konsulatsoldaten vorgenommenen Transport nach dem Hafen mit Gewalt bemächtigt. Die deutsche Regierung verlangte ein Bedauern wegen des Eingriffes in die Funktionen des Konsuls und erklärte sich bereit, die übrigen Verstöße gegen völkerrechtliche Regeln — auch auf deutscher Seite lag der Fehler vor, daß der Konsul neben den drei deutschen Deserteurern auch einen russischen und einen österreichischen Fremdenlegionär unter seinen Schutz genommen hatte — einem Schiedsgericht zu unterwerfen.

Während des ganzen Verlaufs des Marokkostreites bildete die französische Ansicht, daß Frankreich ein europäisches Mandat zur Regelung der marokkanischen Angelegenheiten besitze oder doch beanspruchen dürfe, den Drehpunkt des deutsch-französischen Gegensatzes. Aber es war doch in den Jahren 1907—1909 viel mehr guter Wille vorhanden, um Konflikte zu vermeiden oder abzuschwächen. Zu den Symptomen einer versöhnlicheren Stimmung in Frankreich gehörte die Teilnahme französischer Jachten an den Kie-

ler Regatten in Kiel 1907. Unter den französischen Gästen befand sich der Vizepräsident der Deputiertenkammer und Leiter des marokkanischen Komitees, Herr Etienne, zu dem der Kaiser in einer längeren Unterredung seinen lebhaften Wunsch nach einer deutsch-französischen Annäherung aussprach. Auch Herr Pichon, damals wie heute Leiter der auswärtigen Angelegenheiten in einem Ministerium Clémenceau, wirkte beruhigend ein. In einer Rede gegen den alten Chauvinisten Delcassé äußerte er im Januar 1908: „Keine Einmischung in innermarokkanische Angelegenheiten, kein Protektorat! Wir gehen weder nach Fez noch nach Marrakesch.“ Dennoch konnte es zu einer wirklichen Entspannung nicht kommen, weil sich zu der wiedererwachten Revanchefucht die in der Presse und gelegentlich sogar im Senat ausgesprochene Furcht vor einem deutschen „Überfall“ gesellte, mit der merkwürdigen Begründung, daß für Deutschland kein anderer Ausgang übrigbleiben werde, um aus seiner „Isolierung“ herauszukommen.

Die deutsche Politik blieb zwar bei ihrer alten Auffassung, daß Frankreich kein europäisches Mandat für die innere Ordnung in Marokko besitze, aber ihre Methode war eine andere geworden. Sie verhielt sich bei den immer wieder auftauchenden Kompetenzfragen zunächst abwartend und ließ es im äußersten Falle bei freundlichen Erinnerungen an die Vorschriften der Algecirasakte bewenden. So konnten denn auch die Bemühungen, in den deutsch-englischen Beziehungen eine wärmere Temperatur zu schaffen, ohne ernste Störungen fortgesetzt werden.

Im Sommer 1907 hatte König Eduard wieder auf seiner Badereise nach Marienbad dem Kaiser einen Besuch gemacht, diesmal in Wilhelmshöhe. In einer Erwiderung auf einen Trinkspruch des Kaisers hieß es: „Euer Majestät wissen, daß es mein größter Wunsch ist, daß zwischen unseren beiden Ländern nur die besten und angenehmsten Beziehungen bestehen.“ Am Tage darauf traf er mit dem Kaiser Franz Joseph in Ischl zusammen. Seit 1903 hatte er es sich angelegen sein lassen, die Beziehungen zwischen den beiden Höfen in jeder Weise zu pflegen. Im Jahre 1904 war Prinz Georg von Wales, der jetzige König von England, mit seiner aus-

gesprochen deutschfeindlichen Frau Mary, deren Bruder, der Herzog von Leck, als Militärattaché bei der englischen Botschaft eine große Rolle in der Hofgesellschaft spielte, zu Besuch in der Hofburg. Im Jahre darauf folgte ein ganz intimer Besuch des Königs in Ischl, 1906 wirkte ebenda Eugenie, Erbkaiserin der Franzosen, vom Kaiser mit ritterlicher Aufmerksamkeit behandelt, mit Erinnerungen an die Zeit, da es für die Deutschen nur einen österreichischen Kaiser gab, im Sinne einer Abkehr von dem preussischen Deutschland, weshalb sie als Sendbotin des Königs galt. Den ersten unzweideutigen Versuch, den Kaiser in seiner Bündnistreue wankend zu machen, soll der König bei seinem Besuche in Ischl 1907 gemacht haben. Gegenüber diesen Gerüchten, die sich nach dem Besuche 1908 wiederholten, empfiehlt sich eine gewisse Vorsicht. Richtig ist, daß der König vertrauliche Gespräche unter vier Augen mit dem Kaiser gehabt hat und daß der Abschied beide Male ziemlich frostig war. Auch mag es zutreffen, daß der Kaiser die Beflisshenheit des Königs als Verlockungsversuch aufgefaßt und gelegentlich ein entrüstetes Wort darüber hat fallen lassen. Für den Inhalt der Zusicherungen und Zumutungen des Königs fehlt jedoch ein sicherer Anhalt. Wenigstens glaube ich nicht, daß in den Akten des auswärtigen Amtes ein solcher zu finden ist. Die Gerüchte rührten aus den feudalen Kreisen in Wien her, und man hatte in Berlin den Eindruck, daß dabei die mit der allgemeinen überheblichen Auffassung dieser Kreise übereinstimmende Tendenz mitspielte, die Dankeschuld an Österreich recht groß erscheinen zu lassen¹⁾.

Von Ischl begab sich der König 1907 nach Marienbad, wo er am 21. August den dort anwesenden französischen Ministerpräsidenten Clémenceau zu Tische lud, um ihn von den Ergebnissen sei-

¹⁾ Die äußerlichen Vorgänge bei den Wiener und Ischler Besuchen des Königs sind von einer Persönlichkeit aus der nächsten Umgebung des Kaisers in Dangers Armeezeitung vom 30. Januar 1919 geschildert. Über den Inhalt der intimen Gespräche enthält die Darstellung nichts Bestimmtes, es sei denn die Bemerkung Hardinges am Ende der Begegnung von 1908: A grand old man throughout, the emperor, a capital fellow, though perhaps he missed just now one of his long lifes best opportunities.

ner Zusammenkünfte von Wilhelmshöhe und Ischl in Kenntnis zu setzen. Bei dem Empfange des Herrn von Iswolski am gleichen Orte (5. September) wird der König nicht versäumt haben, den russischen Minister des Auseren aufrichtigsten Dank und Genugtuung wegen des am 31. August 1907 abgeschlossenen englisch-russischen Vertrages über Persien, Afghanistan und Tibet auszusprechen, denn dieser Vertrag sollte sich als Mittel von unschätzbarem Werte erweisen, um dem Hauptziel der emsigen diplomatischen Tätigkeit des Königs auf dem europäischen Festlande nahe zu kommen.

Was gingen uns Persien, Afghanistan und Tibet an? In Persien hatte zwar der deutsche Handel angefangen sich auszubreiten, aber Persien konnte so wenig wie Afghanistan oder Tibet Gegenstand deutscher politischer Bestrebungen sein, und es war sogar möglich, daß die Einteilung in Interessensphären dazu beitragen würde, die inneren Zustände in Persien zu verbessern und damit auch den bis dahin geringen deutschen Anteil am Handelsverkehr zu vergrößern. Der englisch-russische Vertrag enthielt die Bestimmung, daß die Unabhängigkeit Persiens geachtet werden sollte. Wenn auch in einem Austausch von Erklärungen neben dem Vertrag die speziellen Interessen Englands am Persischen Golf anerkannt worden waren, so hatte doch Sir Edward Grey gleichzeitig versichert, daß England nicht den Wunsch hege, den legitimen Handel anderer Mächte auszuschießen. Die offene Tür sollte also bestehen bleiben.

Dennoch war der Vertrag eines der wichtigsten diplomatischen Ereignisse der neueren Zeit, in dessen Folge sich die Stellung Deutschlands in Europa viel schwieriger gestaltete. Mit der freundschaftlichen Verständigung über die zentralasiatischen Länder, wo der Brennpunkt des alten scharfen englisch-russischen Gegensatzes lag, war England von der Sorge um die Nordgrenze Indiens befreit; ein von russischen Ränken verschonter gewaltiger, von Tibet bis zu den Küsten des Persischen Golfs reichender Gürtel sicherte hinfort seinen wertvollsten Besitz.

Es war zu erwarten, daß sich Rußland nach seinem Verzicht auf weiteres Vordringen nach Afghanistan und dem Persischen Golf

mit verstärktem Eifer den Balkanangelegenheiten widmen würde, offenbar zum Nachteil der österreichisch-ungarischen Interessen. Das Märzsteiger Programm für die Beruhigung Mazedoniens war formell noch in Kraft, praktisch aber hatte es keine Bedeutung mehr, und es stellte sich bald heraus, daß Rußland aus Asien nicht an die Seite Österreichs, sondern Arm in Arm mit England nach Europa zurückkommen würde. Zwischen London und Petersburg wurde über ein neues Aktionsprogramm für Mazedonien an Stelle des Märzsteiger verhandelt. Aber nicht genug damit. Rußland, das sich von den Erschütterungen seiner Niederlagen in Ostasien und der Revolution im Innern noch lange nicht erholt hatte und daher nicht imstande war, dem wirtschaftlichen Vordringen Österreich-Ungarns in den slawischen Nachbarländern mit dem nötigen Nachdruck entgegenzutreten, verlegte sich darauf, den mühsam verhaltenen Gegensatz in der Adria zu verschärfen und eine Interessengemeinschaft mit Italien gegen die stürmische Politik des Barons Aehrenthal herzustellen. Fürst G. Trubezkoy kennzeichnet dieses Bemühen in der nach seinem zeitweiligen Ausscheiden aus dem diplomatischen Dienst 1910 verfaßten Studie „Rußland als Großmacht“ treffend mit den Worten: „Rußland nahm mit Vergnügen die Möglichkeit wahr, gegen den österreichisch-deutschen Bazillus das italienische Gegengift anzuwenden.“

Unter solchen Umständen wurde die Zugehörigkeit Italiens zum Dreibunde immer mehr entwertet, die ausgleichende Tätigkeit Deutschlands gegenüber den Reibungen seiner beiden Bundesgenossen in der Adria erschwert und das Verhältnis zwischen Berlin und Petersburg ersichtlich getrübt. Vor allem aber bestand für uns nach der Liquidation des zentralasiatischen Streites an den für England empfindlichsten Stellen nicht mehr die Möglichkeit, als Land der Mitte in Europa unsere Haltung je nachdem, wie es uns am vorteilhaftesten schien, frei zu wählen. Das bedeutete das völlige Ende der alten Bismarckschen, von dem Thesenpolitiker von Holstein unter veränderten Umständen hartnäckig fortgesetzten Politik der zwei Eisen. Es blieb nichts anderes übrig, als unseren einzigen sicheren Freund an der Donau in seinen Händen mit den slawischen

Elementen an seinen Grenzen weit über unsere natürlichen eigenen Interessen mit allen Mitteln zu unterstützen und wenn möglich eine sichere Annäherung an England zu vollziehen. Was wir schon vorher freiwillig hätten tun können, mußten wir jetzt gezwungen zu tun versuchen.

Fürst Bülow hatte sich wiederholt im Reichstag über die russisch-englische Entente für Zentralasien, das erstemal schon Dreivierteljahr vor ihrem förmlichen Abschluß, geäußert, aber immer in dem Sinne, daß deutsche Interessen durch sie nicht berührt würden, auch Versicherungen von den beiden vertragschließenden Parteien vorlägen, daß etwa ins Spiel kommende deutsche Rechte geachtet werden sollten. Hat der Kanzler die hohe Bedeutung des persischen Vertrags für unsere künftige Politik in Europa verkannt oder nur gute Miene zum bösen Spiel gemacht, um unnütze Ausbrüche des Unmuts in Deutschland niederzuhalten? Ich weiß, daß ihm die neue Konstellation von Anfang an ernste Sorge machte und daß es ihm zunächst darauf anzukommen schien, die deutsch-englischen Annäherungsbestrebungen in jeder geeigneten Weise zu fördern.

Wer heute unsere damalige, nur auf das Bündnis mit dem innerlich auseinandertrebenden Nationalitätenstaate gestützte, im übrigen isolierte Lage nüchtern überdenkt, wird finden, daß ganz neue, vielleicht schwindlige Wege nötig waren, um aus dem Engpaß herauszukommen. Im September 1908 kam eine Deputation von 21 englischen Arbeiterführern nach Berlin, um in einer Versammlung der freien Gewerkschaften eine Friedensadresse zu überreichen, in der von der Kette menschlicher Brüderlichkeit, die das deutsche mit dem englischen Volke verbinde, die Rede war und die Frage aufgeworfen wurde, was die Arbeiter Deutschlands und Großbritanniens hindern könnte, zu tun, was Großbritannien und Frankreich gegen die Vergeudung ihrer Mittel in Rüstungen widereinander getan hätten. Der sozialdemokratische Abgeordnete Fischer erwiderte u. a., die deutschen, englischen und französischen Arbeiter müßten sich vereinen, um zu ermöglichen, daß an Stelle des alten Dreibundes ein neuer Dreibund, nämlich zwischen Deutschland, Frankreich und England, träte. In allen bürgerlichen Kreisen galt der Gedanke als

eine Ausgeburt des sozialistischen Weltverbesserungswahnes. War er wirklich nur dies?

Der Hauptgrund für die Unruhe in Europa und die Gefahr für den Frieden beruhte in dem alten, fortdauernden deutsch-französischen Streit um den Besitz von Elsaß-Lothringen. Ich habe damals oft aus französischem Munde gehört: „Gebt uns doch den französisch sprechenden Teil der Reichslande friedlich zurück, dann ist die Revanche tot und wir werden lange in Friede und Freundschaft leben.“ Die Marokkofrage war praktisch in Algeciras zugunsten Frankreichs entschieden worden. Die fortwährenden Proteste, Einwände und Erinnerungen an den Wortlaut der Algecirasakte wider französische Verstöße ließen auch diese Frage nicht zur Ruhe kommen. Kann jemand daran zweifeln, daß die Franzosen bei einer vernünftigen Schlichtung des alten Streites um Elsaß-Lothringen und gegen formelle Anerkennung ihres Protektorats in Marokko ungetrübterweise jede gewünschte koloniale Entschädigung geleistet hätten? Oder kann jemand glauben, daß England einer deutsch-französischen Ausöhnung entgegengetreten wäre? Daß das Sinnen und Trachten des Königs Eduard darauf gerichtet gewesen sei, einen Weltkrieg gegen Deutschland zu entzünden, ist eine Fabel. Was er und mit ihm das liberale wie das konservative Kabinett hauptsächlich erstrebten, war, die deutsche Flotte nicht zu groß werden zu lassen, weil sich sonst die ernsteste Gefahr für die englische Seeherrschaft erhob, und das Unglück für uns bestand darin, daß unsere Flottenenthusiasten es nicht zu der angebotenen Verständigung über eine Beschränkung des Schlachtschiffbaues kommen ließen, mochte auch unser Botschafter Graf Metternich immer wieder berichten: „Wozu? Wenn wir ein Schiff bauen, werden die Engländer immer zwei bauen, da ist kein Ende.“ Daß tatsächlich die Flottenfrage die Klippe war, an der alle Ausöhnungsversuche scheiterten, wird sich weiterhin noch bei Erörterung des englischen Verhaltens in den Balkanstreitigkeiten erweisen.

Also eine Utopie war der Gedanke eines Bundes England, Frankreich, Deutsches Reich an und für sich nicht. Allerdings hätten wir Opfer bringen müssen, ohne solche ging es nicht,

dazu war unsere Stellung in Europa schon zu sehr geschwächt, am meisten eben durch den Übergang Rußlands an die englische Seite. Am 13. Mai 1907 bemerkte der belgische Gesandte in Berlin in einem Bericht an seine Regierung:

„Internationale Abmachungen sind jetzt an der Mode. Sie vollziehen sich alle unter Ausschluß von Deutschland und zwischen Mächten, die aus einem oder dem anderen Grunde Deutschland feindlich gesinnt sind: England-Japan, England-Frankreich, England-Rußland, Frankreich-Japan¹⁾.“ Die Liste vermehrte sich noch durch die Mittelmeerabkommen, die im Anschluß an Reisen des Königs Eduard nach Carthago und Gaeta zwischen England, Frankreich, Spanien und Italien zustande kamen. Wir konnten ihnen nur unsere Ost- und Nordseeabkommen (Frühjahr 1908) gegenüberstellen. Die Erklärungen, die über den territorialen Besitzstand in der Ost- und Nordsee ausgetauscht wurden, waren im Wesentlichen nur der formelle Ausdruck friedlicher Stimmungen und bestätigten das Fehlen territorialer Streitigkeiten unter den Beteiligten. Diese Abkommen standen an politischem Wert hinter den vorher erwähnten Verträgen weit zurück.

Nicht zu verkennen ist natürlich, daß der große Wurf, eine vollständige Umorientierung der deutschen Politik nach dem Westen hin, ohne die größte staatsmännische Kraft und Geschicklichkeit nicht ausführbar gewesen wäre. Schon das Mißtrauen, das infolge mancher pomphaften Kaiserrede, mancher überraschenden Wendung gegen uns rege war, bildete eine Barre. Die Hauptwiderstände lagen aber bei uns selbst. Bei dem Gedanken, mit Frankreich über Elsaß-Lothringen zu verhandeln, hätte sich der vom großen Gefolge des mißverstandenen Bismarck gehütete militaristische Geist aufgebaut — in jenen kritischen Jahren entstand der Schlieffensche Feldzugsplan mit dem Durchmarsch durch das neutrale Belgien —, und die Alldeutschen wären rasend geworden. Das Bürgertum beiratschte sich an dem glänzenden Aufschwung von Handel und

¹⁾ „Zur europäischen Politik“, unveröffentlichte Dokumente, herausgegeben von B. Schwertfeger, Berlin 1919, Band 2, S. 35 u. 160.

Industrie und dachte nur oberflächlich daran, daß der ein Grund mehr war, um den Weltfrieden mit allen Mitteln zu sichern. Der übertriebene Glaube, daß nur die militärische Macht entscheide, wucherte fort, die notwendige politische Psychologie fehlte. Exempla docent: Ein so kluger Geheimdiplomate, wie Kiderlen, beging später, als die Marokkosache endgültig geregelt werden sollte, den Irrtum, zu glauben, daß nach Abschluß der Verhandlungen eine Periode aufrichtigster freundschaftlichster Beziehungen der Westmächte zu Deutschland folgen werde. Das Gegenteil trat ein. Die Pantherfahrt nach Agadir hatte, ähnlich wie die Tangerreise 1905, so verheerend auf die Stimmung in Frankreich und erbitternd in England gewirkt, daß es dem Botschafter Paul Cambon in London im November 1912 gelang, Sir Edward Grey die für uns so verhängnisvolle geheime Briefverpflichtung zum militärischen Schutze der französischen Nordküste abzurufen.

V. Der Vorbote des Weltkrieges.

Als im Mai 1908 in London ein für den 9. Juni bevorstehender offizieller Besuch des Königs Eduard bei dem Zaren in Reval angekündigt wurde, reichten 57 Mitglieder der Arbeiter- und der liberalen Partei des Unterhauses einen Protest gegen die Zusammenkunft bei dem Staatssekretär des Auswärtigen Sir Edward Grey ein. In seiner Antwort erklärte der Staatssekretär, die amtlichen Beziehungen zwischen beiden Regierungen wären durch den englisch-russischen Vertrag über Zentralasien gekennzeichnet, ein neuer Vertrag stünde nicht in Aussicht. Die unabhängige Arbeiterpartei unter Führung von Ramsay Macdonald veranstaltete Massenversammlungen, in denen der Zar als gemeiner Mörder und der englische Besuch in Reval als eine Schande bezeichnet wurde.

Die große Bedeutung der Reise König Eduards nach Reval gab sich schon darin kund, daß sich im Gefolge neben dem Unterstaatssekretär Hardinge der Admiral Fisher und General French befanden, während der Zar außer dem auswärtigen Minister v. Iswoltski auch den Ministerpräsidenten Stolypin mitbrachte. Die Trinksprüche bestätigten, daß es darauf abgesehen war, „beide Länder enger zusammenzuführen“ und „einige wichtige Fragen“ freundschaftlich zu regeln. Was im allgemeinen damit gemeint war, sprach die Northcliffepresse offen mit der Erinnerung an die epochemachende Reise des Königs Eduard 1903 nach Paris und mit der Genugtuung darüber aus, daß nun die französisch-russische Allianz und die französisch-englische entente cordiale durch ein russisch-englisches Einvernehmen ergänzt werde.

In Berlin glaubte man damals genügenden Anhalt dafür zu haben, daß in Reval den Russen empfohlen worden war, sich mit Beschleunigung wieder militärisch stark zu machen. Als bald nach der Revaler Zusammenkunft wurde in einem westfälischen Blatte von einer alarmierenden Rede berichtet, die der Kaiser in Döberitz gehalten hätte. Zum Gedächtnis an den Vorbeimarsch einer von dem Kronprinzen Wilhelm geführten Brigade vor dem todkranken Kaiser Friedrich auf der Rampe des Charlottenburger Schlosses pflegte der Kaiser Wilhelm eine Parade der damals von ihm vorgeführten Brigade abzuhalten. So auch am 29. Mai 1908 auf dem Döberitzer Übungsplatze. In der nur für die versammelten Offiziere bestimmten Ansprache hieß es nach dem Zeitungsbericht: es scheine, als ob man Deutschland einkreisen wolle, „sie mögen nur kommen, sie werden uns bereit finden“. Die Angabe wurde in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung nicht in Abrede gestellt, sondern nur in Zweifel gezogen und darum erst recht geglaubt. Unter vielen, namentlich französischen und englischen Kommentaren, befand sich in einzelnen liberalen englischen Blättern auch der Gedanke, es sei bedenklich gewesen, daß König Eduard den Admiral Fisher und den General French mit nach Reval genommen habe, weil dadurch der Eindruck einer aktiven antideutschen Bündnispolitik des Königs hervorgerufen worden sei; wer den Frieden wolle, dürfe auch nicht den Schein erwecken, eine Großmacht, obendrein die militärisch stärkste, einengen zu wollen.

Unter den wichtigen Fragen, die in Reval von den beiden Herrschern und zwischen Hardinge und Tswolfski besprochen wurden, stand obenan das mazedonische Reformprogramm, das auf eine neue internationale Kontrolle über die inneren Zustände der von Türken, Bulgaren, Serben und Griechen bewohnten und durch fortgesetzte Kämpfe unter den verschiedenen Nationalitäten zerrütteten Provinz Mazedonien hinaus lief. Den äußeren Anstoß zu dieser Verständigung hatte die Ankündigung des österreichisch-ungarischen Ministers des Auswärtigen, Baron Lehrenthal, in den Delegationen Anfang 1908 gegeben, daß geplant sei, die bosnische Eisenbahn von Uwatjch bis Mitrowiza durch den Sandschak Nowibasar zu ver-

längern, womit eine ununterbrochene Verbindung zwischen Wien über Ugram—Sarajewo—Mitrowiça—Ušküb bis Saloniki hergestellt werden würde. Obgleich sich Mehrenthal dabei auf ein für Osterreich-Ungarn im Berliner Vertrage von 1878 vorbehaltenes Recht berufen konnte, erhob sich doch ein großer Lärm, namentlich in der russischen und englischen Presse, gegen den Plan. Das Recht konnte nicht bestritten werden, ebenso auch nicht die wirtschaftliche Bedeutung, die einer solchen durchgehenden Linie zukam. Aber der Geist eines internationalen Zusammenarbeitens sei verletzt — so wandten die russischen und englischen Gegner ein — und der wirtschaftliche Vorteil werde sich bald in ein politisches Übergewicht verwandeln. Die Serben schäumten natürlich, aber auch in Italien war man wegen des adriatischen Handels und des Verkehrs mit der Levante beunruhigt.

Der nächste russische Gegenzug war der Vorschlag, eine ostwestliche Linie über Niça—Ušküb bis zur Adria bei San Giovanni di Medua zu bauen. Mehrenthal erklärte sich grundsätzlich mit der Adrialinie einverstanden, wohl wissend, daß die Verständigung über eine solche Linie sehr langwierig sein würde, und tatsächlich führten auch die bis 1911 dauernden Verhandlungen zu keinem Ergebnis.

In Reval war jedoch nichts Schriftliches vereinbart worden. England hatte sich wenigstens nicht in dem Grade und dem Tempo festgelegt, in dem es Rußland bei Wahrnehmung seiner Interessen im nahen Orient beistehen würde. Noch gab es eine Möglichkeit, ein aktives Auftreten Englands Schulter an Schulter mit Rußland im nahen Orient gegen Osterreich-Ungarn und infolgedessen auch gegen Deutschland zu vermeiden. Sie lag in einer Verständigung zwischen England und Deutschland über den beiderseitigen Flottenbau. Für das liberale Kabinett bildete das fortgesetzte, nach englischer Ansicht trotz aller deutschen Gegenversicherungen für bedrohlich gehaltene Wachstum der deutschen Flotte den größten Stein des Anstoßes, um wieder zu den alten freundlichen Beziehungen zu gelangen, und gerade in die Zeit zwischen Reval und dem Ausbruch der sogenannten bosnischen Krisis fiel ein wirklicher Versuch, dieses Hindernis hinwegzuschaffen.

Über die Zusammenkünfte des Königs Eduard mit dem Deutschen Kaiser in Friedrichshof am 11. August 1908 und mit dem Kaiser Franz Joseph in Ischl am Tage darauf berichtete der belgische Vertreter in Wien Ende August an seine Regierung:

„Wie ich aus guter Quelle erfahren habe, war König Eduard in bester Stimmung nach Kronberg gefahren, hat es aber unzufrieden verlassen. Seine Majestät fragte den Kaiser, ob er nicht angesichts des allgemeinen Friedenswunsches den Zeitpunkt für gekommen erachte, um die Rüstungen einzuschränken. Wilhelm II. hätte geantwortet, davon könnte nicht die Rede sein, wenigstens was Deutschland angehe, dieses hätte keinen Grund, seine Rüstungen zu verringern und überdies lägen Verpflichtungen gegenüber der Nation vor. Aus diesen Worten hätte König Eduard geschlossen, daß England bedroht wäre und sich nicht überrumpeln lassen dürfte. Der Kaiser Franz Joseph habe zwar dem König einen feierlichen Empfang bereitet, ihm aber zu verstehen gegeben, daß er über die Haltung Englands in der Frage der Sandscharbahn, sein Abschwanken nach der russischen Seite, erstaunt gewesen wäre, da er und seine Regierung sich doch immer bestreift hätten, nichts zu unternehmen, was England mißfallen könnte. Der König habe entgegnet, das Kabinett von St. James hegte keinen für Osterreich-Ungarn unfreundlichen Hintergedanken, aber wegen der deutschen Rüstungen müßte es doch auf der Hut sein, und in Reval hätte er nicht verfehlt, den Kaiser von Rußland von seinen Befürchtungen zu unterrichten. Schließlich bat er Franz Joseph, zwischen Berlin und London zu vermitteln. Franz Joseph hätte um Bedenkzeit gebeten.“ Der belgische Bericht berief sich sodann auf einen Bericht der Wiener Allgemeinen Zeitung, der ungefähr dasselbe über das Kronberger Gespräch, die ziemlich kategorische Ablehnung des englischen Vorschlages, die Flottenrüstungen einzustellen, enthielt und dessen Gewährsmann der französische Ministerpräsident Clémenceau war¹⁾.

Unrichtig ist an dieser Darstellung, daß der König selbst die Flottenfrage in seinen Kronberger Gesprächen mit dem Kaiser angeschnitten hätte. Er mochte es ursprünglich beabsichtigt, dann aber

¹⁾ Zur europäischen Politik 1897—1914, Bd. 3, S. 9 und 92.

den negativen Erfolg vorausgesehen haben und überließ es deshalb Sir Charles Hardinge, das Flottengespräch mit dem Kaiser zu führen. Das Ergebnis war so, wie es der belgische Bericht angibt. Tatsächlich war 1908 das Jahr, in dem die Entscheidung darüber fiel, ob das Wetttrüsten zur See zwischen England und Deutschland fortgesetzt oder zum Stillstand gebracht werden sollte. Welche Hoffnungen das Kabinett von St. James auf eine Verständigung über den Flottenbau setzte, läßt sich aus einer Unterredung erkennen, die der Schatzkanzler Lloyd George zu gleicher Zeit mit der Friedrichshofer Begegnung der Monarchen einem Vertreter der Neuen Freien Presse gewährte und die diese am 12. August 1908 veröffentlichte. Er sagte über eine solche deutsch-englische Verständigung: Sie sei der einzige Weg, um der über Europa lagernden Spannung ein Ende zu machen, eigentlich gebe es kein Streitobjekt zwischen beiden Völkern, die Übereinstimmung müßte sich allein darauf richten, den Bau von neuen Schiffen für die Zukunft zu beschränken. Dabei nannte er noch den Vorwurf, daß sich England für die Isolierung Deutschlands verschworen hätte, einen „empörenden Verdacht“. Wenn man damit jene merkwürdige Rede desselben Lloyd George vom 29. Juli 1908 vergleicht, in der er seinen eigenen Landsleuten die Ungerechtigkeit des sog. Zweimächtestandards vor Augen hielt, so muß man an die Aufrichtigkeit seiner Ansicht glauben, daß nur die Flottenbaufrage einer ernsthaften politischen Verständigung im Wege stand. In der Rede kamen folgende Sätze vor: „Biel erklärlicher als das englische Mißtrauen gegen Deutschland ist das deutsche Mißtrauen gegen England. Wir hatten eine überwältigende Übermacht zur See, trotzdem fingen wir an, Dreadnoughts zu bauen. Wozu? Wir brauchen sie gar nicht. Sehen Sie die Ungerechtigkeit unseres sogenannten Zweimächtestabes! Sehen Sie Deutschland an. Für Deutschland bedeutet die Armee dasselbe wie für England seine Flotte: den einzigen Schutz gegen feindliche Invasion. Trotzdem befolgt Deutschland keinen Zweimächtestandard, obgleich es zwischen zwei Militärmächten liegt, die seiner Armee eine weit überlegene Truppenzahl gegenüberstellen können.“ Auch hatte Sir Edward Grey im Sommer mit stärkerem

Nachdruck als sonst die Isolierungsabsicht der englischen Politik bestritten und Churchill, der Handelsminister, das Schnappen und Knurren in den Zeitungen und Klubs gegen Deutschland zur Entfesselung eines Krieges für ein höllisches Verbrechen erklärt.

Nach der kaiserlichen Ablehnung einer Flottenverständigung in Friedrichshof hat weder Lloyd George noch ein anderer englischer Staatsmann wieder eine so deutschfreundliche Rede gehalten. Gegen die bessere Einsicht des Kanzlers, wie sie in einem Briefe aus Rorderney vom Sommer 1907 ausgesprochen war, daß wir nämlich zur Beseitigung der Spannung mit England den Nachdruck mehr auf die Defensiv (Unterseeboote, Küstenbefestigungen, Minen) legen sollten¹⁾, wollte sich der Kaiser, einig mit dem Großadmiral v. Tirpitz, unter keinen Umständen in den Bau großer Schlachtschiffe dreinreden lassen. Nach dem Scheitern des englischen Versuchs, das den Keim des Weltkrieges in sich bergende Flottenproblem zu lösen, wandelte sich nun auch die in Reval mündlich angebahnte Entente für den näheren Orient mehr und mehr in einen Operationsplan gegen die Mittelmächte um. Rußland gewann einen mächtigen Helfer, der sich bisher, weil ohne eigene Interessen, bei den Balkanwirren neutral und für die Türkei im allgemeinen wohlwollend verhalten hatte, während das Mürzsteger Programm nur eine zeitweilige Abpaarung unter Mitbewerbern darstellte. Der Grund für die veränderte Haltung Englands konnte nur in der Absicht liegen, in Osterreich-Ungarn den Bundesgenossen des Deutschen Reiches zu treffen und beiden Mittelmächten den freien Ausgang nach dem Südosten sperren zu helfen. Die Kosten des neuen Operationsplanes hatte ja auch nicht England, sondern Rußland zu tragen.

Inzwischen war ein Ereignis eingetreten, das, selbst unmittelbare Folge der neuen englisch-russischen Balkanentente und ihres die türkische Herrschaft in Mazedonien bedrohenden Planes, dessen Ausführung und weiterhin die gesamte internationale Lage in Europa stark beeinflusste. Die Bedrohung der türkischen Herrschaft lag hauptsächlich darin, daß künftig auch die Justiz, wie bisher schon

¹⁾ „Zur Vorgeschichte des Weltkrieges“, S. 146.

die Finanzverwaltung, unter internationale Aufsicht gestellt werden sollte, ein Vorschlag, der auf die Muselmanen ebenso aufreizend wirken mußte wie die vorher von England ausgegangene Anregung, Mazedonien einem christlichen Gouverneur zu unterstellen. Das geheime „Ottomanische Komitee für Einigkeit und Fortschritt“ trat nun offen mit der Forderung auf den Kampfplatz, in Konstantinopel eine freiheitliche Verfassung zu errichten und gegen die fortgesetzten fremden Einmischungen das türkische Nationalitätsprinzip durchzuführen. Von Monastir dehnte sich die jungtürkische Bewegung in großer Schnelligkeit bis nach den levantischen Küsten aus und erfaßte namentlich auch das Heer. Die neue Verfassung, eine Wiederholung der 1876 aufgehobenen, wurde in Konstantinopel mit Jubel begrüßt. Schon am 8. August schlug eine russische Note an alle Mächte vor, infolge des in Konstantinopel eingetretenen Umschwungs die Reformation in Mazedonien bis auf weiteres einzustellen.

Während die russische Politik einen Schritt zurück tat, wirkte in Wien die in Reval vereinbarte russisch-englische Balkanentente so stark nach, daß man sich angesichts der fortgesetzten intensiven großserbischen Agitationen in Bosnien, der Herzegowina und im Banat zu verschärftem Handeln entschloß. Dem Baron Lehrenthal, in dem sich der feudale Übermut der alten österreichischen Zeit verkörperte, genügte der Bau der Sandschakbahn nicht mehr, eine neue Befestigung der wohlverworbenen Rechte Osterreichs gegen die serbischen Wühlereien sollte in Gestalt der förmlichen Einverleibung Bosniens und der Herzegowina, die der Berliner Vertrag Osterreich nur zu Besitz und Verwaltung überlassen hatte, errichtet werden. Ihm dabei Rat anzubieten, empfahl sich nicht, denn die alte österreichische Zeit war auch sehr empfindlich. Außerdem hatte die bündnistreue Haltung des Kaisers Franz Joseph gegenüber englischen Verlockungsversuchen die deutsche Politik zu Gegendiensten verpflichtet, wie diese denn überhaupt durch ihr gesteigertes eigenes Interesse am nahen Orient genötigt war, die von Bismarck übernommene, in Balkanangelegenheiten nur vermittelnde Haltung aufzugeben.

Die Wiener Vorbereitungen zu dem neuen Vorgehen wurden ganz geheim betrieben, so daß die Verkündigung der Annexion durch den Kaiser und König Franz Joseph (5. Oktober 1908) alle Welt überraschte. Erst kurz vorher hatten die auswärtigen Ministerien in Berlin und Rom vertrauliche Kenntnis bekommen. Außerdem war schon im September auf einer Zusammenkunft in Buchlau der russische Minister des Auswärtigen, v. Iswolski, in den Plan eingeweiht worden, aber nicht so, daß er mit einer sofortigen Ausführung der Absicht hätte rechnen müssen. Der Gedankenaustausch in Buchlau galt der Lage auf dem Balkan, die infolge der Konstantinopler Revolution mit dem Aufstieg der Jungtürken noch unsicherer geworden war. In Buchlau stellte Aehrenthal die Frage, wie das offizielle Rußland die Einverleibung aufnehmen würde. Die Antwort Iswolskis ging ungefähr dahin, ein solcher Akt werde an dem bisherigen Tatbestande nichts ändern, darum auch für Rußland keinen casus belli bilden können, wohl aber werde es für seine Zustimmung zu der Veränderung des Berliner Vertrages Kompensationen verlangen. Als solche bezeichnete er: Zurücknahme der österreichisch-ungarischen Garnisonen aus dem Sandschak, völlige Loslösung Bulgariens von der Türkei, wirtschaftliche Vorteile für Serbien und endlich auch die Öffnung der Meerengen. Während Iswolski der Unterhaltung zunächst nur einen akademischen Charakter beimaß und glaubte, daß der Einverleibung noch förmliche Verhandlungen über die Revision des Berliner Vertrages unter den Mächten vorausgehen würden, entnahm Aehrenthal dem Gespräch vor allem, daß im Falle einer sofortigen Annexionserklärung keine kriegerische Verwicklung mit Rußland zu befürchten sei, zumal wenn sich gleichzeitig auch der bulgarische Vasallenstaat für unabhängig erklärte. So wurde denn gleichzeitig in Wien und in Sofia, dort die Einverleibung Bosniens und der Herzegowina, hier die Unabhängigkeit des bulgarischen Fürstentums verkündet.

Hierdurch kam Herr v. Iswolski in große Bedrängnis. Die Petersburger Gesellschaft und Presse warf ihm vor, er habe sich von Aehrenthal überrumpeln lassen und eine Lage schaffen helfen, die ganz der russischen Protektorrolle über die Balkanstaaten zu-

wider sei. Mit verdoppeltem Eifer suchte er auf Reisen nach London und Paris und dann auch nach Berlin (am 28. Oktober, dem Tage der Veröffentlichung des Daily Telegraph-Artikels) eine Konferenz zur Revision des Berliner Vertrages ins Werk zu setzen. Es war klar, daß keine der am Berliner Vertrage beteiligten Großmächte eine prinzipiell ablehnende Haltung gegen den Konferenzvorschlag einnehmen konnte, das Vertragsrecht war verletzt, in erster Linie zum Schaden der Türkei, und konnte nur im Wege des consensus omnium gewahrt werden. Jeder Versuch aber, ein Programm aufzustellen, stieß auf eine Vielheit sich kreuzender Interessen. Nachdem die Annerion einmal vollzogen war, konnte sie ohne Demütigung der Großmacht an der Donau nicht mehr zur Erörterung gestellt werden. Die größte Gefahr für den Frieden drohte von Serbien. Der Traum eines Großserbien, das den größten Teil Bosniens und der Herzegowina umschloffe, schien durch die formelle Angliederung an Österreich-Ungarn für immer zerstört zu sein. Dabei mußten die Serben noch zusehen, wie ihre alten Gegner, die Bulgaren, ihr Land nebst dem von ihnen besetzten, ehemals türkischen Dstrumelien in ein unabhängiges Königreich verwandelten.

Die Erhitzung der serbischen Volksleidenschaften stieg in demselben Grade, in dem in Rußland die Opposition gegen die Politik Iswolskis an Umfang und Schärfe zunahm. Die Hauptträgerin der radikal-panslawistischen Bestrebungen war die Kadettenpartei. Ihr schlossen sich nach der österreichischen Annerionserklärung auch die Oktobristen und ein Teil der Rechten an. Schon Ende Oktober 1908 forderte das gemäßigte Dumamitglied Graf Bobrinski die Regierung auf, die Anerkennung der Annerion zu verweigern, wenn für Serbien und Montenegro keine ausreichenden Entschädigungen auf einer Konferenz beschlossen würden. Den ganzen folgenden Winter über blieb es ungewiß, ob die Wut des serbischen Volkes seine schwache Regierung zum Kriege treiben würde, trotz des notgedrungenen Versagens militärischer Hilfe aus dem großen Rußland¹⁾.

Je länger sich die Entscheidung über den Konferenzvorschlag hinzog, um so wilder gebärdeten sich die Serben, bis sie sogar

¹⁾ S. „Zur europäischen Politik 1897—1914“. Bd. 3, S. 11, 95.

zu rüsten begannen. Die deutsche Regierung schlug vor (Ende Februar 1909), daß sämtliche Großmächte in Europa außer Osterreich-Ungarn gemeinsame Vorstellungen in Belgrad machen sollten. Inhalt und Ziel der Vorstellungen sollte sein, daß die Serben, wenn sie ihre Forderung auf eine Gebietserweiterung aufrechterhielten und nicht alsbald die Rüstungen an ihren Grenzen einstellten, auf keinerlei Unterstützung von außen zu rechnen und allein die Folgen eines kriegerischen Konfliktes mit Osterreich-Ungarn zu tragen hätten. Die französische Regierung zeigte sich bereit, diesen Vorschlag zu verwirklichen und übernahm es, Rußland dafür zu gewinnen, nachdem England erklärt hatte, sich von einem solchen gemeinsamen Schritt nicht ausschließen zu wollen. Die Aktion wurde jedoch dadurch durchkreuzt, daß der russische Minister Iswo'ski alsbald in separato friedliche Vorstellungen in Belgrad machte.

Die serbische Antwort war unbefriedigend; sie knüpfte die Zusage, auf territoriale Kompensationen für jetzt zu verzichten, an die Bedingung, daß die Mächte Serbien die politische und ökonomische Unabhängigkeit garantieren sollen, d. h. Serbien wollte nicht direkt mit Wien verhandeln, sondern die anderen Mächte dazwischenschieben. Osterreich-Ungarn konnte darauf nicht eingehen. Es war kein unter internationaler Garantie stehendes Recht Serbiens verletzt worden. Osterreich-Ungarn hatte sich freiwillig bereit erklärt, an Serbien gewisse ökonomische Vorteile zu gewähren. Wie die Türkei, für die mit der Annexion Bosniens und der Herzegowina ein formales Recht verletzt war, sich mit Osterreich-Ungarn direkt verständigt hatte, so mußte sich erst recht Serbien, das nur über zerstörte Hoffnungen auf Gebietserwerb klagen konnte, direkt mit Wien auseinandersetzen, um Erleichterungen für die eingeengte Lage seines Wirtschaftsgebietes zu erlangen.

Das Auspringen Rußlands aus dem Kreis der Mächte hatte also den Eigensinn der Serben eher ermutigt als gedämpft und damit die Lage verschlechtert. Die Wiener Regierung schob den letzten entscheidenden Schritt, der nur den Charakter eines Ultimatums haben konnte, auf, um den Mächten Zeit zu einer Verständigung zu lassen, die den Serben jede Hoffnung auf Unter-

stützung zu rauben vermöchte. Es liefen zwei Verjuche nebeneinander her, die gleicherweise bezweckten, den Streit um die bosnische Frage materiell aus der Welt zu schaffen: ein englischer in Wien und ein deutscher in Petersburg. Der englische bezog sich darauf, eine Formel, die Osterreich-Ungarn befriedigen würde, für eine gemeinsame Erklärung der Mächte in Belgrad zu finden.

Der deutsche Vorschlag ging dahin, daß die Mächte in besonderen Notcn, jede für sich, auf die Mitteilung des österreichisch-ungarischen Protokolls über den neuen Zustand in Bosnien und der Herzegowina erklären sollten, sie erkannten die Annerion als vollzogene Tatsache an. Ging Rußland, dessen Haltung ja bisher auf die waghalsigen Begehrlichkeiten Serbiens von maßgebendem Einfluß war, darauf ein, so war dem serbischen Anspruch, daß die Mächte über die bosnische Frage zu Gericht sitzen und Kompensationen beschließen sollten, der Boden entzogen.

Die von Osterreich-Ungarn am 5. Oktober 1908 mit einem Springerpiel begonnene Partie hatte sich mit mancherlei Pausen langsam hingeschleppt. Anfang März 1909 stand sie infolge des diskreten Rückhalts, den England dem russischen Spieler gewährte, auf Remis mit einem Vorteil für unseren Bundesgenossen. Den entscheidenden Zug taten wir für ihn. Unser Botschafter Graf Pourtalès wurde am 21. März 1909 beauftragt, Herrn v. Iswolski einen letzten Vorschlag zu machen. Dieser ging davon aus, daß inzwischen sowohl der bulgarisch-türkische Streit wegen Ablösung des ostrumelischen Tributs und wegen Vergewaltigung der bulgarischen Teilstrecke der Orientbahn geschlichtet, als auch die türkische Anerkennung der bosnischen Annerion auf dem Wege direkter Verständigung zwischen Osterreich und der Pforte erlangt war, womit die von Iswolski immer wieder betriebene große Konferenz ihren Halt verloren hatte. Der deutsche Rat an Rußland lautete nun dahin, daß, wenn die Wiener Regierung den Vertragsmächten den Abschluß der Verhandlungen mit der Pforte anzeigte und gleichzeitig das Ersuchen um Anerkennung der bosnischen Annerion stellte, Rußland sich nicht von der Anerkennung d. h. dem Verzicht auf die Konferenz ausschließen sollte. Der Vorschlag war eine Brücke für

Herrn v. Tšowolski, um aus der verfahrenen Lage, in die er geraten war, herauszukommen. Er betrat diese Brücke und gab damit die Partie gegen Lehrenthal auf. Russische und französische Blätter sprachen von einer „Pression“ auf Rußland, tatsächlich hatte sich die deutsche Warnung in der Form freundschaftlicher Aussprache abgespielt, was Tšowolski auch öffentlich anerkannte. Die einzige scharfe Wendung in dem Erlaß nach Petersburg war in der Schlussbemerkung enthalten, daß, wenn Rußland nicht auf den Rat eingehe, Deutschland nichts mehr tun könne und den Dingen ihren Lauf lassen müsse.

Mit rückwärts gekehrtem Blicke könnte man versucht sein, die bosnische Krisis eine Generalprobe für den Weltkrieg zu heißen. Natürlich trifft der Vergleich nicht in allen Punkten zu, aber doch in einigen wichtigen. Das österreichische Ultimatum an Serbien vom Juli 1914 hieß damals Einverleibung der Länder Bosnien und Herzegowina. Die großserbischen Agitationen waren gleichermaßen das treibende Element 1908/9 für die Schwere der Krisis wie 1914 für den Anlaß des Weltkrieges. Rußland trat beide Male als Protektor des „Neoslawismus“ auf und gebrauchte Serbien als Sturmbock gegen Osterreich-Ungarn, das eine Mal mit unzureichenden Mitteln, das andere Mal mit militärischem Hochdruck; England setzte 1914 mit verstärktem Eifer gegen die Mittelmächte fort, was es in Reval 1908 vorsichtig begonnen hatte; die Haltung Deutschlands und Italiens war in beiden Fällen dieselbe, Deutschland der entschlossene Sekundant des Donaureichs, Italien im sacro egoismo abwartend, welche der beiden Mächtegruppen sich als die stärkere erweisen würde. Am wenigsten trifft der Vergleich für Frankreich zu.

Die vorwiegend vermittelnde Tätigkeit der französischen Diplomatie erklärte sich daraus, daß sie mit einem durch Krieg und Revolution geschwächten Bundesgenossen zu rechnen hatte, dessen reale Kräfte in ungünstigem Verhältnis zu seinen Machtansprüchen standen. In der Meerengenfrage, die Tšowolski am liebsten auf das Programm einer Konferenz zur Revisjon des Berliner Vertrages gesetzt hätte, stimmten die französischen Interessen nicht

mit den russischen überein. Irgendwie aggressiv gegen die Türkei vorzugehen, hatte die französische Politik keinen Grund. Der französische Kapitalmarkt mit seinem großen Besitz an türkischen Werten wünschte vielmehr, in möglichster Ruhe alle die Vorteile auszuschöpfen, die ihm die heftige Empörung in Konstantinopel über die Annerion Bosniens und die Auflösung der Suzeränität über Bulgarien, sowie die Abkehr der Türken von Deutschland, unmittelbar nach der Revolution von 1908, gewährte. Der Botschafter Frhr. v. Marschall, Frhr. v. d. Goltz Pascha und die Leiter der deutschen Unternehmungen im nahen Orient taten das ihrige, um das deutsche Ansehen in Konstantinopel bald wiederherzustellen. Dabei half ihnen am meisten, daß die jungtürkischen Führer, mit Einschluß der in Paris erzogenen, die neuen russisch-englischen Reformvorschläge bald als eine schwere Bedrohung der Türkei empfanden.

Wäre es den panslawistischen Kriegsdrangern in Rußland gelungen, die Oberhand zu bekommen, und infolgedessen der serbische Krieg mit russischer Hilfe doch ausgebrochen, so wäre er wahrscheinlich nicht ohne tätige Beteiligung Frankreichs und Englands ausgefochten worden. Der belgische Gesandte in Paris berichtete seiner Regierung unter dem 5. April 1909: „Man ist sich hier klar darüber, daß Deutschland und Osterreich die größere Geschicklichkeit entwickelt haben und daß Frankreich einen besseren Gebrauch von gleichwertigen Kräften, um dieselben Befürchtungen einzulösen, hätte machen können. Jedoch steht es nach Nachrichten aus bester Quelle fest, daß in Paris wie in London Verpflichtungen eingegangen waren, um Rußland zu unterstützen, wenn der Krieg ausgebrochen wäre“¹⁾.

Ein Zusammenprall der großen Mächtegruppen in dem System der Gegengewichte war also vermieden worden. Daß aus der bosnischen Krise neben den über die erlittene diplomatische Niederlage tief erregten und zu allen Opfern bereiten panslawistischen Kreisen Rußlands ein äußerst erbittertes, von den Tschechen offen und heimlich unterstütztes Serbien zurückblieb, war die große Zukunftsa-

1) „Sur europäischen Politik 1897—1914“, S. 146.

gefahr für das Nationalitätenreich an der Donau und für den Weltfrieden.

Am 2. Januar 1909 las der Kaiser den um ihn zur Neujahrsgratulation versammelten Kommandierenden Generalen eine in der Deutschen Revue erschienene Studie des gewesenen Generalstabschefs Grafen Schlieffen vor, in der auf Grund der im japanischen Kriege gemachten Erfahrungen der moderne Massenkrieg in all seiner Ausdehnung und Furchtbarkeit kurz und packend dargestellt und zugleich ein Bild der damaligen politischen Lage in Europa entworfen ist. Mögen die Hauptsätze in ihrer klassischen Einfachheit hier folgen:

„In der Mitte stehen ungeschützt Deutschland und Osterreich, ringsherum hinter Wall und Graben die übrigen Mächte. Der militärischen Lage entspricht die politische. Zwischen den einschließenden und eingeschlossenen Mächten bestehen schwer zu beseitigende Gegensätze. Frankreich hat die 1871 geschworene Rache nicht aufgegeben. Wie die Revancheidee ganz Europa unter die Waffen gerufen hat, so bildet sie auch den Angelpunkt der gesamten Politik. Der gewaltige Aufschwung seiner Industrie und seines Handels hat Deutschland einen weiteren unverjöhnlichen Feind gebracht. Der Haß gegen den früher verachteten Konkurrenten läßt sich weder durch Versicherungen aufrichtiger Freundschaft und herzlicher Sympathie mildern, noch durch aufreizende Worte verschärfen. Nicht Gefühlsregungen, sondern das Sollen und Haben bestimmen die Höhe des Grolls. Rußland wird ebenso durch die ererbte Antipathie des Slawen gegen den Germanen, die überlieferte Sympathie mit den Romanen wie durch sein Anleihebedürfnis an dem alten Verbündeten festgehalten, und wirft sich jetzt auch der Macht in die Arme, die ihm am meisten schaden kann. Italien, an jeder Ausdehnung nach Westen verhindert, hält die Verdrängung der Fremden, die einst über die Alpen in die fruchtbaren Gefilde der Lombardei herabstiegen, noch nicht für vollendet. Es will sie weder an den Südsabhängen des Gebirges noch an den Küsten des Adriatischen Meeres dulden. Es ist nicht ausgemacht, daß diese Leidenschaften und Begehlichkeiten sich in gewaltames Handeln umsetzen werden. Aber

das eifrige Bemühen ist doch vorhanden, alle diese Mächte zum gemeinschaftlichen Angriff gegen die Mitte zusammenzuführen. Im gegebenen Augenblick sollen die Tore geöffnet, die Zugbrücken herabgelassen werden und die Millionenheere über die Vogesen, die Maas, die Königsau, den Njemen, den Bug und sogar über den Tsonzo und die Tiroler Alpen verheerend und vernichtend hereinströmen. Die Gefahr erscheint riesengroß.“

Ist an dem Gefahrenbilde durch den Ausgang des bosnischen Streites viel geändert worden? Mit dieser Frage soll und kann der starke diplomatische Erfolg der Staatsmänner der Mittelmächte nicht geschmälert werden. Aber es war doch ein Irrtum, zu meinen, daß nun das Einkreisungsnetz zerrissen sei. In den realen Triebkräften der Völker gegeneinander hatte sich durch den großen Diplomatenkampf nichts Wesentliches zum Besseren verändert. Rußland brauchte nur mit neuen französischen Milliarden sein Heer zu verstärken und strategische Wege und Bahnen nach seiner Westgrenze anzulegen, was es auch tat, und die Gefahr blieb, wie sie war: riesengroß.

Ruhig und fest an der Seite Osterreich-Ungarns war vom ersten Augenblick an die Parole des Fürsten Bülow. In dem für den erkrankten Staatssekretär v. Schön einberufenen Herrn v. Kiderlen hatte der Kanzler den besten Spezialisten für eine Aufgabe rein diplomatischer Art wie diese, die einen anschlägigen Kopf und eine äußerst gewandte Feder erforderte. Im Hintergrund stand ungesehen der immer noch wachsame und für des Reiches Wohl grübelnde alte Herr v. Holstein, der gleich bei den ersten Zeichen einer internationalen Krisis den Kanzler brieflich aus dem Harz zu festem Auftreten an der Seite Osterreich-Ungarns angefeuert hatte. Durch den unbestreitbaren Erfolg, der sogar unsere nationalistisch überhitzten Zeitungs- und Parteipolitiker veranlaßte, ihren Zorn über die neuen Zugeständnisse an Frankreich in dem Casablancaabkommen (9. Februar 1909) zu zügeln, stieg das Ansehen des Fürsten Bülow außerordentlich in ganz Europa. Es war der Höhepunkt seines Wirkens in der auswärtigen Politik.

VI. Der Novembersturm.

Vor dem Besuch des Kaiserpaares in London (November 1907) wurde eingehend hin und her überlegt, ob es rätlich wäre, daß der Kanzler den Londoner Gesprächen und Festlichkeiten beiwohnte. Bei der letzten Begegnung in Wilhelmshöhe hatte der König den Kaiser gebeten, bei seinem Besuch in London den Kriegsminister v. Einem mitzubringen, da dessen englischer Kollege Lord Haldane dies wünsche, um den bei seinem Berliner Aufenthalt in Berlin vom letzten September mit v. Einem gepflogenen Gedankenaustausch fortzusetzen. Zu Bülow hatte Sir Charles Hardinge, Unterstaatssekretär im foreign office und persona gratissima beim König, in Wilhelmshöhe gesagt, den König würde es sicher freuen, wenn der Kanzler mit nach England käme, was auch vom englischen Volke gut aufgenommen werden würde. Dagegen ließ sich sagen, daß seit einem Menschenalter kein englischer Premierminister oder Minister der Auswärtigen Angelegenheiten in Berlin gewesen war. Sollte der Kaiserbesuch in London den erwünschten guten Verlauf nehmen, mußte alles vermieden werden, was als Übertreibung erschien oder Mißtrauen erwecken konnte, Mißtrauen auch in Frankreich. Deshalb entschied sich der Kanzler, die Reise nicht mitzumachen, wobei ihm als äußerer Grund diente, daß er wegen der bevorstehenden Wiedereröffnung des Reichstags in Berlin schwer abkömmlich wäre. Der Besuch an der Themse verlief ohne Mißklang. In Windsor herzliche familiäre Trinksprüche, in der Londoner Guildhall warme Begrüßung des Lord Mayors, Erscheinen einer Abordnung der Universität Oxford unter Führung Lord Curzons mit Überreichung des Diploms für den Ehren doktor des Zivil-

rechts, Empfang einer Abordnung englischer Journalisten usw. Kein Geringerer als Sir Edward Grey lobte öffentlich den guten verständlichen Geist, der während des Besuchs im Lande geherrscht habe, und fügte hinzu: „Die Hälfte der Schwierigkeiten für die Diplomatie und mehr noch als die Hälfte verschwindet, nachdem beide Nationen zu der Überzeugung gelangt sind, daß keine der anderen übel will.“

Nach dem Aufenthalt in Schloß Windsor und London begab sich der Kaiser auf vier Wochen zur Erholung nach Highcliffe Castle auf der Insel Whigt. Er wird in seinem Leben nicht viel ruhig-angenehmere Tage verbracht haben als hier. Und doch wurden sie für ihn der Ausgangspunkt für die schwerste Krisis seiner Regierungszeit bis zum Kriege!

Ehe ich davon erzähle, sind noch einige den ruhigen Gang der Geschäfte störende Fälle von persönlichem Regiment zu erwähnen. Im Februar 1908 hatte der Kaiser sich bewogen gefühlt, dem englischen Marineminister Lord Tweedmouth einen Brief zu schreiben, in dem er sein Verständnis für den Zweimächtestandard ausdrückte und den deutschen Flottenbau vor falschen Auslegungen zu schützen suchte. Der Brief kam durch eine grobe Indiskretion der „Times“ ans Licht. An und für sich kann es keinen großen Unterschied machen, ob ein Monarch mündlich oder schriftlich mit einem fremden Minister gelegentlich in Verkehr tritt. Die Königin Viktoria und auch König Eduard haben es oft genug getan, der König z. B. mit Delcassé. Der Kaiser hatte auch die Vorsicht gebraucht, dem König den Abgang seines Briefes an Tweedmouth anzuzeigen und ihn um Einsicht in das Schreiben zu bitten. Wenn es nicht gerade dieser Kaiser und nicht gerade dieses Thema Gegenstand der Betrachtungen gewesen wäre, hätte sich niemand über die Briefgeschichte aufgeregt. König Eduard dankte brieflich kurz und kühl für die Mitteilung und nannte in seiner Antwort die kaiserliche Kundgebung an einen englischen Minister „a new departure“. Anfragen im Oberhaus kam Lord Tweedmouth mit der Erklärung zuvor, daß der Kaiserbrief privater und persönlicher Natur und sehr freundlich gehalten

sci. Die Angelegenheit hatte schließlich noch das Gute, daß sich auch Lord Lansdowne und Lord Rosebery gegen die Sucht kehrten, unter Mißbrauch einer privaten, persönlichen Korrespondenz die Öffentlichkeit aufzuregen.

Ebenso glimpflich ging es noch mit einem mündlichen Ausspruch des Kaisers in der amerikanischen Botschaft in Berlin ab. Auf den Botschafter Tower sollte Hill folgen. Tower war schwer reich, Hill arm, das Gehalt verhältnismäßig gering, kaum höher als die Summe, die Tower für seine Wohnung ausgab. Der Kaiser äußerte Zweifel, ob sich Hill in Berlin wohlfühlen würde. Darin wollten amerikanische Blätter ein unpassendes Dreinreden in amerikanische Angelegenheiten sehen. Aber der Präsident Roosevelt kam dem angegriffenen Kaiser klug zu Hilfe, mit dem Hinweis, daß die Haltung des Senats, der die Übernahme der Wohnungskosten der Botschafter auf die Staatskasse abgelehnt hatte, in der Tat zu nachteiligen Zuständen führe, wenn ein zu großen Einschränkungen genötigter Diplomat auf einen reichen, die Nation äußerlich glänzend vertretenden folge.

Zu solchen immer noch ziemlich harmlosen Ciarnischungen kamen wirkliche selbstherrliche Eingriffe in den Gang der auswärtigen Politik hinzu. Anfang 1908 hatte, wie oben beschrieben, Baron Lehrenthal ohne vorher die deutsche Regierung zu fragen, den Plan der Verlängerung der bosnischen Bahnen nach dem Sandschak Roswibasar aufs Tapet gebracht, zum großen Verdrusse der Russen, die ihrerseits eine ostwestliche Linie über Nißch, Aoküb bis zur Adria bei San Giovanni di Medua in Vorschlag brachten. Deutschland blieb zwar hinter seinem Verbündeten, hatte aber zu jener Zeit keinen Anlaß, sich in den Vordergrund zu stellen, es konnte die weitere Entwicklung abwarten. Da fuhr der Kaiser während seines Aufenthalts in Korfu (April 1908) dazwischen. Er ließ, ohne vorher den Kanzler oder den Staatssekretär zu fragen, durch Turkan Pascha an den Sultan bestellen, er möge das Donau-Adria-Projekt genehmigen. Das Auswärtige Amt wurde angewiesen, diesen Schritt in Wien, Petersburg und Rom zur Kenntnis zu bringen. Der Freund

des Kaisers, Fürst Fürstenberg, wurde nach Wien geschickt, um einer Verstimmung in der Hofburg und am Ballplatz vorzubeugen. Bis her hatten wir in Wien gesagt, wir schlossen uns dem an, was man dort für gut hielt. Jetzt schrieben wir in Wien unseren Standpunkt vor.

In Sizilien ließ der Kaiser zu einem ihm vom Fürsten Fürstenberg vorgestellten Pariser Rothschild seinen Grimm gegen die „Taps“ aus und beauftragte den Fremdling, in Paris zu sagen, daß es bald Zeit wäre, die militärischen Aktionen Frankreichs in Marokko mit der Algecirasakte in Übereinstimmung zu bringen. Es war so, als ob der Kaiser die saure Arbeit mit den Parlamenten dem Kanzler überlassen und den diplomatischen Betrieb allein im Gang erhalten wollte. Fürst Eulenburg lag am Boden. Aber die von ihm geübte Schmeichlerkunst vom inneren Kanzler und der Allerhöchsten Leitung des Auswärtigen schien praktische Gestalt anzunehmen. Achilleusstatue, goldig-prunkhaft für Korfu, Fürstenparade in Wien, Mummenschanz auf der Hofkönigsburg, sog. Festspiele in Wiesbaden mit banaler Kunst, Jagdaufenthalt in Ostpreußen, später Regatten, Nordlandfahrt, und im Herbst, wenn möglich, Erhöhung der Zivilliste! Als Kanzler hätte ich mir keinen besseren Abgang denken können, als im Widerstande gegen solche nach innen aufreizende, nach außen Hoffnungen und Schadenfreude erregende Herrschermethoden.

Anfang November 1908 sollte der Reichstag seine Arbeiten wieder aufnehmen. Eine ungewöhnlich schwere und langwierige Aufgabe war zu lösen. Nicht weniger als acht Gezeigentwürfe, die insgesamt 475 Millionen Mark jährlich dem Reichsäckel zuführen sollten, lagen bereit. Steuern auf Branntwein, Bier, Wein, Tabak, Elektrizität, Inzerate, Erbschaften (mit Einschluß des Kindes- und Gattenerbes). Die letzte dieser Steuern war die gefährlichste für den Zusammenhalt des Blocks. Von Debatten über Auswärtiges hatte der Kanzler nichts zu fürchten, wenn nicht etwa Ahrenthals Schlag, Bosnien und die Herzegowina dem Donaurreiche einzuverleiben, eine scharfe internationale Krisis hervorrufen würde.

Ein Verhängnis kam über Nacht und verbreitete im deutschen Volke Trauer und Schrecken.

Am 28. Oktober 1908 früh erhielt ich mit besonderem Boten eine Wolffsche Depesche im Durchdruck aus London: Kaisergespräche aus dem Daily Telegraph. Auf einem Zettel von der Hand des Direktors Mantler stand ungefähr, die Sache sei sehr eilig, die Ausgabe der Depesche sei noch aufgehalten, weil es sich wohl empfehle, gleichzeitig eine Berichtigung zu bringen. Man war ja an manches gewöhnt, aber was da in der Depesche dem Kaiser in den Mund gelegt war, schien mir alles Dagewesene zu übertreffen. Natürlich dementieren. Man mußte nur erst wissen, aus welcher Mücke dies Mastodon entstanden sein mochte. Im Amt ging ich sofort zum Staatssekretär und legte ihm das Schriftstück vor. „Können wir es noch unterdrücken?“ „Unmöglich, in einer Stunde wird es die B. Z. am Mittag schon herausbringen. Wir müssen es sofort mit einer kräftigen Verwahrung abschütteln.“ „Dementi!? Wir haben ja, während ich noch beurlaubt war, das ganze Manuskript hier gehabt, durchgesehen und gebilligt!“ Nun war guter Rat teuer.

Beratung beim Reichskanzler. Er sah sofort ein, daß man der deutschen Öffentlichkeit nicht künstlich vorenthalten konnte, was staunend das Ausland zu erfahren im Begriff war, vorausgesetzt, daß sich der Inhalt des Artikels mit dem Inhalt der im Auswärtigen Amt durchgesehenen Maschinenblätter deckte. Daran aber konnte nach den altemäßigen Vorgängen kein Zweifel sein. Das Manuskript war von London direkt an den Kaiser gezaugelt, der sich in Rominten befand. Dem Kaiser gefiel die Zusammenstellung von Äußerungen aus seinen vorjährigen Gesprächen in England. Alles war richtig und versprach nach Ansicht des Kaisers eine günstige Wirkung in der Öffentlichkeit. Auf den Rat des Beraters des Auswärtigen Amtes am Hoflager, Geandten v. Rücker-Zenisch, ließ er sich bestimmen, nicht sogleich die Veröffentlichung des Manuskripts zu genehmigen, sondern vorher die Ansicht des Reichsanzlers zu hören. In dem Begleitbriefe zu der Sendung nach Nordney regte der Geandte sorgfältige Prüfung an. Der zur Dienstleistung

beim Reichskanzler befohlene Gesandte v. Müller trug den Eingang vor, ohne den Inhalt der Maschinenschrift durchgelesen zu haben, und Fürst Bülow verfügte kurzerhand, das Auswärtige Amt in Berlin solle den Inhalt prüfen und berichten, „welche Zusätze Änderungen, Weglassungen angezeigt wären!“ Im Auswärtigen Amt kam das Schriftstück an den Geh. Leg.-Rat Klehmet, einen sehr gewissenhaften Beamten, der in enger, zu enger Beschränkung seines Auftrages auf etwaige tatsächliche Irrtümer den Artikel Zeile für Zeile durchlas, einige Ungenauigkeiten notierte und, weil es sich um eine geheime Kaiserjache handelte, keinen Kollegen beteiligte, etwa den englischen Referenten, damals Frhrn. v. d. Busche-Haddenhausen, oder den Pressereferenten, der sich aber in den kritischen Tagen gerade auf dem Lande befand.

Darauf legte das corpus delicti rückwärts dieselben Stationen unangefochten wieder zurück, wie es hergekommen war: Klehmet, stellvertretender Staatssekretär, Gesandter v. Müller, zur Dienstleistung in Norderny befohlen, der Kanzler, der Gesandte am Hoflager v. Rücker-Femisch, der Kaiser. Wenn nur einer der Beamten außer Klehmet in dem Manuskript geblättert hätte! Schuldig wollte keiner sein, jeder nahm an, daß die Hauptsache, die politische Zweckmäßigkeit eines solchen Artikels, schon vom Vordermann genügend geprüft sei.

Unterdrücken war, wie gesagt, unmöglich, Bertuschen hätte die Sache nicht besser, sondern leicht noch schlimmer gemacht. Beim ersten Lärmruf schon erhob sich die Frage, ob der Kanzler die in dem Artikel aufgeführten Unterhaltungen gekannt und gebilligt, oder ob er etwa gar ihre Veröffentlichung gutgeheißen habe. Jeden Augenblick konnte aus dem Hauptquartier, ich glaube, es war damals in Wernigerode, die Nachricht in die Presse kommen, daß die Aussprüche alle echt und vom Kanzler gebilligt seien. Es half nichts, der Kanzler mußte in die Bresche, das Versagen des amtlichen Apparates zugestehen, seine Entlassung anbieten und nach Ablehnung den Kaiser so gut wie möglich decken. Nun brach der Sturm erst recht los. Alles, was sich im Laufe von zwei Jahrzehnten an Verdruß,

Niedergeschlagenheit, Groß, Empörung gegen das persönliche Regiment angesammelt hatte, wirbelte in die Höhe.

Wer heute die in dem Artikel enthaltenen Äußerungen des Kaisers isoliert von allem, was vorher war und nachher kam, beurteilen wollte, würde wohl sagen: ruhmredig, kindlich, unklug im höchsten Grade! Zuviel war schon zusammengekommen, und das Volk fühlte unbewußt, daß das Naive in diesem Falle gerade das Schlimmste war, denn es ist unabänderlich.

Der Urheber des Gedankens, Äußerungen des Kaisers zu Engländern in einem englischen Blatte zu veröffentlichen, scheint der Besitzer von Highcliffe Castle, der General a. D. Stuart Wortley gewesen zu sein. Jedenfalls war er es, der das sogenannte Daily-Telegraph-Interview, das der englische Journalist Harold Spender zusammengestellt hatte, dem Kaiser zur Genehmigung einschickte. Die Absicht des Herrn von Highcliffe Castle und auch seines journalistischen Helfers, mit einer solchen Veröffentlichung guten deutsch-englischen Beziehungen zu dienen, konnte keinem Zweifel unterliegen. Die unglückselige Wirkung in der deutschen Öffentlichkeit ging von vier Angaben aus:

1. Der Kaiser habe es seinerzeit abgelehnt, die in Holland und Frankreich gefeierten Abgesandten der Buren zu empfangen,

2. er habe, als der Burenkrieg auf der Höhe war, es ferner abgelehnt, durch Einmischung in den Krieg an der Seite Rußlands und Frankreichs England bis in den Staub zu demütigen, auch dem König von England von seiner ablehnenden Antwort Kenntnis gegeben,

3. in den schwarzen Wochen der britischen Waffen habe er einen Feldzugsplan ausgearbeitet und nach Prüfung durch seinen Generalstab seiner Großmutter geschickt, und dieser Plan sei dem glücklichen Plan von Lord Roberts sehr nahe gekommen, endlich

4. die machtvolle deutsche Flotte sei nötig, um in kommenden, vielleicht nicht fernen Tagen bei der Lösung der Frage des Stillen Ozeans mitzusprechen.

Abgesehen von dem letzten Gedanken, der nur eine schädliche Tirade enthielt, war in jeder Angabe etwas Richtiges und doch

alles im ganzen falsch. Am Scheitern des Empfanges der Buren-
generale waren die Generale selbst schuld¹⁾. Der russische Versuch
einer Vermittlung war keineswegs so entschiedener und heroischer
Art, wie angegeben²⁾. Ebenso kann die Strategie in Briefen nur
sehr beschränkt gewesen sein. Weder der englische Kriegsminister
Lord Salisbury, noch der Chef des Generalstabes v. Moltke und sein
Vorgänger Graf Schlieffen haben von dem Feldzugsplan eine Spur
entdecken können. Nur hüte man sich zu glauben, daß sich der
Kaiser des starken Farberauftrages und des Gebrauches großer
Worte, der seine natürliche Gewohnheit war, bewußt gewesen sei.
Niemand im Auslande scheint diese Eigenart besser erkannt zu
haben als König Eduard, der ihn deshalb auch nicht immer ernst
nahm und stets mit new departures rechnete.

Manches deutsche Blatt regte sich nach dem Erscheinen des Ar-
tikels besonders darüber auf, daß die russische Anregung, im Buren-
kriege zu vermitteln, von deutscher Seite dem Kabinett St. James
hinterbracht worden war, weil dadurch das Vertrauen in die deutsche
Politik Schaden erlitt. Der Wink nach London war wirklich das
Schlimmste nicht. Vielleicht werden auch die Russen und Franzosen
nicht versäumt haben, eine Andeutung dessen, was vorgefallen war,
in einer ihnen geeignet scheinenden Wendung unter dem Siegel der
Verschwiegenheit in London zu machen³⁾. Das wirklich Belastende lag
in den Äußerungen über den Feldzugsplan und über die Zukunft-
schlacht im Großen Djean.

¹⁾ S. meine Schrift „Zur Vorgeschichte des Weltkrieges“, S. 116.

²⁾ Ebenda, S. 58 ff.

³⁾ Einen Anhalt dafür, daß es tatsächlich berechtigt war, einer Verdächtigung
des deutschen Verhaltens in London vorzubeugen, kann man in dem Buche: *The
Eclipse of Russia* von E. J. Dillon (London 1918) finden. Hier wird S. 318 f.
erzählt, die beiden russisch-französischen Versuche einer Einmischung seien made
in Germany gewesen, der Kaiser habe den Zaren dazu angeflüstert, seine wahre
Absicht sei dahin gegangen, einen Kontinentalbund gegen England zu gründen,
dessen Teilnehmer sich gegenseitig ihren Besitzstand garantieren sollten, also Frank-
reich auch den deutschen Besitz von Elsaß-Lothringen. Wie sich die Sache wirklich
verhielt, habe ich in dem Buche: *Zur Vorgeschichte des Weltkrieges*, S. 59 ff.
mitgeteilt.

In der Reichstagsſitzung vom 10. November 1908 ſtanden Anfragen aller Fraktionen, mit Ausnahme des Zentrums und der Polen, über die Enthüllungen des Daily Telegraph auf der Tagesordnung. Haus und Tribünen waren aufs höchſte geſpannt, wie ſich der Kanzler aus der ſchwierigſten aller parlamentariſchen Lagen herausziehen würde. Der Zank unter den Parteien war verſtummt. Zuerſt ſprach Baſſermann ſachlich, würdig, ohne übertriebenes Pathos, dann Wiemer, dann Singer, der die Begleiterſcheinung des perſönlichen Regiments, der Byzantinismus, für mitſchuldig erklärte, dann Herr v. Heydebrand und Fürſt Haſfeld, Träger eines der vier höchſten Hofämter, beide mit der Aufforderung zu einheitlicher Verſtändigung und zur Bewahrung des Vertrauens in ſchweren Stunden. Endlich erhob ſich Fürſt Biſlow. Mit einer forſchen Attacke durfte er bei dem düſteren Ernſte im Hauſe und der leidenschaftlichen Erregung im Lande nicht kommen. Aus dem ausgearbeiteten Feldzugsplan wurden „Aphorismen“ über Kriegsführung, die Japaner erhielten die Verſicherung, daß die Ausdrücke über den Stillen Ozean zu ſtark gewählt wären und niemand an Angriff dächte, dem Kaiſer galt die Mahnung, auch in Privatgeſprächen Zurückhaltung zu beobachten, ſonſt könnte weder der gegenwärtige noch ein künftiger Kanzler für eine einheitliche Politik und für die Autorität der Krone gutſtehen, an den bei Behandlung des Manuskripts vorgekommenen Fehlern trage er keine Schuld, übernehme aber die ganze Verantwortung. Die Rechte war zufrieden, das Zentrum ſchwieg, auf der Linken war Murren. Den Beſchluß des Tages machte der Frhr. v. Hertling. Ihm ſchienen geſchriebene Garantien für die Zukunft weniger wichtig, als eine Änderung des Verhältniſſes von Perſon zu Perſon.

Am 11. November konnte ſich die Debatte nicht auf der Höhe des vorangegangenen Tages halten. Das iſt gewöhnlich ſo, wenn mehrere Garnituren und auch die kleinen Fraktionen zu Worte kommen ſollen. Aber immer noch taten ſich zwei Abgeordnete hervor: der Volksparteiler Haußmann und Wolfgang Heine, der ernſteſten und gediegenſten einer unter den Sozialiſten. Jener mit dem ingrimmigen Wort: „Der Mund, der einmal ſagte: Schwarz-

seher dulde ich nicht, hat selber Millionen von Schwarzsehern geschaffen.“ Dieser mit der an den Kern des Kaiserproblems rührenden schlichten Wahrheit: „Wenn der Kaiser auch noch soviel verspricht, er kann gar nicht anders, wie er nun einmal ist... Schwerer Schaden an nationalen Werten ist angerichtet worden.“

Der Kanzler wünschte, daß Riederlen, Stellvertreter des Staatssekretärs, seit einem halben Menschenalter nicht mehr mit dem Reichstag vertraut, ein paar Worte zugunsten des vielgescholtenen Auswärtigen Amtes spreche. Mit seiner Berufung auf das Mißverhältnis zwischen den Arbeitskräften und der hochgestiegenen Zahl der Journalnummern kam der tapfere Schwabe im ungeeigneten Augenblick, es gab unerzogene Abgeordnete, die ihn wegen seines Außern — er trug eine gelbliche Weste, Hornbrille und schnäbelte unverfälscht — auslachten. Sollte Bülow noch ein gutes Wort für den Kaiser einlegen? Die Rednerliste war erschöpft. Ein kurzes Schlusswort mit der Mahnung, in allen Bitternissen doch die Kaiserkrone hochzuhalten, war vorbereitet. Ober würden neue Stürme im Hause ausbrechen? Riederlens Beispiel schreckte. Abgeordnete eilten zum Pulte des Kanzlers heran: „Durchlaucht, sprechen Sie!“ Der Präsident zögerte, wartete. Der Abgeordnete Diedrich Hahn, der Bauernkundler, rief warnend dazwischen: „Es wird Ihnen gehen wie Böttcher¹⁾“. Da niemand vom Regierungstisch mehr das Wort erbat, wurde die Debatte geschlossen.

Eine Adresse an den Kaiser war nicht zustande gekommen. Die Konservativen wollten nicht so weit gehen, und darauf traten auch die Nationalliberalen zurück. Was nun weiter? Der Kaiser war seit dem 5. November unterwegs auf Reisen, erst in Eckartsau beim Erzherzog Franz Ferdinand, um ein paar Duzend Hirsche zu schießen, darauf in Schönbrunn beim Kaiser Franz Joseph, endlich in Donaueschingen, in dessen Nähe er den Grafen Zeppelin zum größten Deutschen des zwanzigsten Jahrhunderts ernannte

¹⁾ Der Staatssekretär Staatsminister v. Böttcher hatte im Frühjahr 1897 eine scharfe Rede Eugen Richters im Reichstage gegen das persönliche Regiment unerwidert gelassen und trat bald darauf zurück. S. „Der neue Kurs“, S. 158.

und Füchse jagte. Im Fürstenschloß ergöhte man sich mit Kabarettunterhaltung, während in Berlin die Kaijernot beraten wurde. Daneben bemühten sich getreue und aufrechte Diener des allerhöchsten Herrn — denn er hatte auch solche, wie den Oberhofmarschall Grafen August Eulenburg, den Militärkabinettschef Grafen Hülsen-Häseler u. a. — ihn auf die böse Lage vorzubereiten, die ihn in Berlin erwartete.

Am 17. November war in den Parterreräumen der Wilhelmstraße 76 großer Lag. Die Zimmer reichten bei weitem für den Journalistenbesuch nicht aus, die Korridore füllten sich, und auf der Straße vor den Türen des Auswärtigen Amts und des Reichskanzlerhauses bewegten sich wartende Kollegen hin und her. Der Kanzler wurde aus Potsdam von seinem ersten Vortrag beim Kaiser nach dem Sturm zurück erwartet. Als ich mich zur Ankunftszeit nach dem Kanzlerhaus begab, konnte ich mich der Fragenden kaum erwehren. Der Kanzler ging aus dem Wagen sogleich ins Eßzimmer, wo ihn die Fürstin erwartete. Wir, Loebell und ich, trafen beide sehr ernst, die Fürstin mit sorgenvoll auf die Hand gestütztem Haupte, am Eßtisch. Der Fürst sagte uns vorerst nur das Nötigste, die Genehmigung des Entwurfes für den Reichsanzeiger. Um nicht aufgehalten zu werden, ging ich durch eine Hintertür im Garten nach meinem Zimmer im Auswärtigen Amt zurück, um die Mitteilung des Reichsanzeigers schnellstens durch W. L. B. verbreiten zu lassen. Die Hauptstelle der Kundgebung lautete: „Seine Majestät der Kaiser gab Seinen Willen dahin kund: Unbeirrt durch die von Ihm als ungerecht empfundenen Übertreibungen der öffentlichen Kritik, erblicke Er Seine vornehmste Kaiserliche Aufgabe darin, die Stetigkeit der Politik des Reiches unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten zu sichern. Demgemäß billigte Seine Majestät der Kaiser die Ausführungen des Reichskanzlers im Reichstage und versicherte den Fürsten von Bülow Seines fortdauernden Vertrauens.“

War das die allseits gewünschte Bürgschaft für die Zukunft? Jedenfalls alles, was in Güte erreicht werden konnte. Wenn auch niemand glauben durfte, daß nun die Kaiserkrisis überwun-

den, d. h. kein Rückfall mehr zu erwarten sei, so war es doch nach der überwiegenden Ansicht in der Presse für den Augenblick ein Stillstand, und für später — wer weiß?

In der Audienz vom 17. November hatte der Kaiser eine erzrungene Ruhe beobachtet. Vergebens versuchte der Kanzler unter Anführung von mancherlei Fällen, in denen plötzliche Entschlüsse, autokratische Eingriffe in die verschiedensten Gebiete, unbesonnene oder verletzende Reden immer wieder die Kritik herausgefordert hatten, überzeugend auf den Kaiser einzuwirken. Er gab nur einsilbige Antworten und ließ von aufdämmernder Erkenntnis der zwanzigjährigen Selbsttäuschung über das persönliche Hervortreten wenig merken. Die Genehmigung der Notiz für den Reichsanzeiger wurde widerwillig erteilt und in späterer Zeit gelegentlich sogar in Abrede gestellt.

Acht Tage darauf gab der Berliner Magistrat zu Ehren des Kaisers ein Mahl im Rathaus. Bei der Tafel ließ sich der Kaiser vom Reichskanzler einen Redeentwurf zum Vorlesen überreichen, darin stand auch der Satz: „Aufsteigende Wolken sollen ihren Schatten niemals trennend zwischen mich und mein Volk werfen.“ Auf die Anwesenden machten die ministeriellen Bekleidungsstücke und die Anspielung auf die Krisis den Eindruck, als wenn damit eine neue Ära gekennzeichnet werden sollte.

Auf das Verhängnis im englischen „Daily Telegraph“ wäre beinahe noch eine Katastrophe in der amerikanischen Monatschrift „Century Magazine“ gefolgt. Bei den Kieler Regatten 1908 hatte der Kaiser unter anderen fremden Gästen auch den amerikanischen Clergyman und Schriftsteller William Bayard Hale zu einem langen politischen Gespräch empfangen. Hale verarbeitete einen großen Teil des vom Kaiser Gehörten zu einem Artikel, der für die angesehene Monatschrift Century Magazine bestimmt war. Einen anderen Teil der kaiserlichen Auslassungen scheint er nur in Aufzeichnungen zu vertraulichen informativischen Zwecken niedergelegt zu haben. Darüber kam der Herbst 1908 heran. Da erschien die Zusammenstellung der Highcliffes Gespräche im Daily Telegraph, von der sich der Kaiser die beste Wirkung auf die

öffentliche Meinung in England versprach. Im Auswärtigen Amt erinnerte man sich, von der Existenz der langen Kieler Unterredungen mit Hale und von dessen Absicht, Teile davon im Century Magazine zu veröffentlichen, Kenntnis erlangt zu haben. Hale wurde dringend gebeten und fand sich angesichts des in Deutschland gegen den Kaiser ausgebrochenen Sturmes auch sofort bereit, alles in seinen Kräften Stehende zur Unterdrückung seiner Berichte zu tun. Dies gelang bei dem Century Magazine. Da aber auch andere Newyorker Blätter von dem Inhalt der Kieler Gespräche erfahren hatten, kamen doch wichtige Bruchstücke heraus, besonders durch die Zeitung The World, die sogar Aufzeichnungen Hales in dessen Handschrift faksimiliert brachte. Und der Inhalt? Ergüsse des Kaisers von leidenschaftlicher Abneigung gegen England, das die Sache der weißen Rasse durch sein Bündnis mit Japan verraten habe, Phantasien über die Zukunft des Stillen Ozeans, Deutschland und die Vereinigten Staaten vereint, um im Bunde mit Chinesen und Mohammedanern die gelbe Gefahr und zugleich die britische Seeherrschaft zu überwinden usw. Nach der Ansicht des Kaisers sollte alles dies nur für den Präsidenten Roosevelt bestimmt gewesen sein, der auch als erster davon durch Hale unterrichtet wurde. Da dieser gegen die Veröffentlichungen protestierte, ließ es die englische Presse bei einigen Bosheiten gegen den Kaiser bewenden und hatte die sehr unangenehme Geschichte keine sichtbaren bösen Folgen mehr. Vergessen wurde sie nicht, namentlich nicht von den Japanern.

Aber auch die Erfahrung, die so deutlich die Gefährlichkeit einer widerspruchsvoll wechselnden und immer unbedachten persönlichen Stimmungspolitik erwies, brachte keine Ein- und Umkehr hervor. Trotz der symbolischen Szene im Berliner Rathaus blieb der Kaiser von dem Gefühl beherrscht, im Reichstage ungerecht behandelt und gerade in einem Falle, in dem er konstitutionell verfahren war, ungenügend verteidigt worden zu sein. Er erlitt einen Zusammenbruch der Nerven und mußte zu Bett liegen. Zehn Tage lang durfte er keine Eingänge bearbeiten, keine Pressausschnitte entgegen nehmen. Von Personen aus der nächsten Umgebung des Kaisers konnte man

hören, er werde in dem Sinnen über sein tragisches Geschick immer wieder auf den Gedanken kommen, daß ihn kein Berufener eindringlich gewarnt habe, sein Herz werde sich vielleicht gegen Bülow „versteinern“. Aber auch Bismarck, der große Warner, blieb ungehört.

Die ersten Äußerungen des Kaisers nach der Genesung zeigten Unwillen, Mißmut, Verlangen nach einem eisernen Wesen, der Deutschland nottue. Wenn diese Stimmung explodiert wäre, hätten die Fenster im ganzen Reiche geklirrt.

VII. Fürst Bülow's Ausgang.

Als Vorbereitung für den Hauptgegenstand der Reichstagsdebatten 1908/9 war im ganzen Reiche eine wirksame Propaganda eingerichtet worden, um überall Verständnis für die Notwendigkeit einer möglichst gründlichen Beseitigung der Notlage der Reichsfinanzen zu wecken. Handel und Wandel waren in stetigem Fortschritt begriffen und das Reich sollte knausern und darben? Reform der ganzen Finanzgebarung, Schuldentilgung, Sparjamkeit, keine Kulturfeindlichen, besonders keine unsozialen Steuern — solche Schlagworte fanden ein großes Publikum. Das Aufgebot des Idealismus brachte eine starke nationale Bewegung hervor. Von einer wirklichen Reform in großem Stile konnte trotzdem nicht gesprochen werden. Ihr stand zu viel Überkommenes entgegen. Finanzhoheit der Einzelstaaten über die direkten Steuern, Matrikularbeiträge der Einzelstaaten an das Reich und vom Reich wieder gewisse Überweisungen an die Einzelstaaten — das stieß sich und rieb sich und verhinderte die Durchführung eines Systems, in dem die sozialen Forderungen vorwalten. Immerhin war der Sydow'sche Plan nicht des sozialen Geistes bar. Dieser zeigte sich in höheren Steuerfähen für teurere Waren (Zigarren und Zigaretten) und in der Forderung einer Reichserbschaftsteuer.

Im Hauptauschuß und in den Unterausschüssen schleppten sich die Beratungen von Monat zu Monat hin und unter dem Druck des Ansturms festgeschlossener Interessengruppen und unter dem Einfluß parteitaktischer Erwägungen, bei denen mitunter die

Sorge um das Mandat die Wahrung des Gemeinwohls zurückdrängte, verloren sich die Debatten mehr und mehr ins Uferlose. Bei der bürgerlichen Linken kam wieder der dogmatismus intolerant — ein Wort, das Laurès einmal gegen die deutschen Sozialisten angewandt hat — zum Vorschein, z. B. bei der Wanderolesteuer. Um nicht ganz steckenzubleiben, mußte die Blockmehrheit in der entscheidenden Besitzsteuerfrage Notbrücken von einer Lesung zur andern bauen. Der Anblick der Zerfahrenheit der Kommissionsberatung, die Möglichkeit, daß der Kanzler genötigt sein würde, ein nur quantitativ genügendes Steuerbudget aus den Händen einer neuen schwarzblauen Mehrheit anzunehmen, schuf unter den auf den Block Eingeschworenen im Lande eine der Regierung unfreundliche Stimmung. Der Kanzler fing an, seine eigenen Anhänger zu verlieren.

Im Mai wäre die Schlacht vielleicht unter dem Beistand der wieder ermutigten Kämpfer im Lande noch zu gewinnen gewesen, wenn der Kanzler eine Stellung hoch über den Fraktionen genommen und sachliches Geschütz aufgefahren hätte. Schlug auch dies fehl, so wäre es doch nicht schlecht gewesen, zu fallen wie der alte Schwerin, mit einer guten Fahne in der Hand. Aber gerade im Sachlichen war Bülow nicht stark, es gab kein Gebiet, das seinen Fähigkeiten und Neigungen ferner lag als das der Finanzen. Daher und wohl auch wegen des gestörten inneren Verhältnisses zwischen Kaiser und Kanzler ließ er unter dem Einflusse des Reichsschatzsekretärs, der mehr auf die Vorgänge in den vier Wänden des Kommissionszimmers als auf die Stimmung im Lande sah, die Dinge gehen, wie sie eben gingen. Ende Mai zeigte sich auf einmal eine starke Beschlußfreudigkeit in der Kommission, eine Reihe neuer Steuergesetzentwürfe wurde eingebracht, um den Betrag zu decken, den die dem Bunde der Landwirte verhaßte und von den Konservativen hartnäckig verweigerte Erbanfallsteuer bringen sollte. Ein Eiltempo löste den Schneckengang ab. Die Tagesfrage in der Presse lautete nun: „Wird Bülow bleiben oder gehen?“

Der Kaiser hatte sich nach seiner Erkrankung (Ende November) fast vier Wochen lang ununterbrochen in seiner Potsdamer

Residenz aufgehalten. Bald nachdem er die gewohnte Beschäftigung wieder aufgenommen hatte, tauchte in engen, dem Hofe nahestehenden Kreisen das Gerücht auf, die Darstellung der Bülowleute über die unglückselige Veröffentlichung von Kaisergesprächen im Daily Telegraph entspreche nicht der Wahrheit, der wahre Schuldige sei Bülow, er habe die Gespräche aus Briefen des Kaisers aus Highcliffe Castle gekannt und in Briefen an den Kaiser ihren Inhalt gebilligt. Auch wollten einzelne Würdenträger oder Gäste an der Hoftafel aus dem Munde des Kaisers gehört haben, Bülow habe seine Verfehlungen eingestanden. Also auch abgesehen von der nachlässigen Behandlung des Manuskriptes sollte dem Kaiser bitteres Unrecht geschehen sein.

Was wochenlang gegen die amtliche Darstellung der Vorgänge im November herumgeredet worden war, trat Anfang Februar in einem Artikel des Regierungsrats a. D. Rudolf Martin in der „Gegenwart“ an die Öffentlichkeit. Dem ersten Gegenwarts-Artikel folgte im März ein zweiter sowie ein Buch „Fürst Bülow und Kaiser Wilhelm II.“ von demselben Verfasser und mit der gleichen Tendenz. In der Presse wurden die Martinschen Behauptungen nur vereinzelt ernst genommen und im übrigen totgeschwiegen oder als unglaubwürdig abgelehnt. Um so eifriger wühlte eine kleine Gruppe, die sich um Martin und den Botschaftsrat a. D., Frhr. v. Eckardstein, gebildet hatte und sich „die Kaiserlichen“ nannte, um bekannte Abgeordnete, namentlich des Zentrums, Mitglieder des bayerischen Königshauses, Bundesregierungen usw. von dem mit dem Kaiser angeblich getriebenen falschen Spiel zu überzeugen und den Fürsten Bülow zu stürzen¹⁾.

¹⁾ Diese Angaben sind dem Ende 1909 erschienenen Buch „Deutsche Macht: haber“ von R. Martin entnommen. Sie sind offenbar richtig. Was der Verfasser aber alles sonst noch weiterschweifig erzählt, ist eine groteske Geschichtsklitterung, zusammengesetzt aus lauter fadenscheinigen Hypothesen. Fürst Bülow soll als Oberkommandirender, meine Wenigkeit als Generalstabschef von langer Hand einen Feldzug gegen den Kaiser vorbereitet und mit Lug und Trug durchgeführt haben. Das Material zu dem Artikel des Daily Telegraph sei dem Schloß:

Daß der Kaiser selbst mit den „Kaiserlichen“ sympathisierte, läßt sich nicht bestreiten. Noch am 25. September 1909 behauptete die Kreuzzeitung im Sinne des Kaisers, daß sich Bülow in der Beurteilung des politischen Erfolges des Daily Telegraph-Artikels völlig geirrt und dann, als er die heillose Wirkung sah, d. h. um nicht als politischer Trottel dazustehen, lieber sich selbst und seine Behörde einer Pflichtverletzung beschuldigt habe, eine Lesart, die bald aus guten Gründen im Interesse des Kaisers von der Kreuzzeitung fallen gelassen wurde.

Um den Gerüchten ein Ende zu machen und zwischen sich und dem Kaiser Klarheit zu schaffen, führte Fürst Bülow eine Aussprache am 11. März 1909 herbei. Sie dauerte über anderthalb Stunden. Über ihren Verlauf ist mir folgendes im Gedächtnis geblieben: Bülow sprach wie ein älterer Freund. Der Kaiser möge ihn gehen lassen, wenn er glaube, daß der Kanzler im November nicht seine Schuldigkeit gegen Krone und Land getan habe. Möglich, daß von ihm sonstige Fehler gemacht worden seien. Der Kaiser erwiderte: Er wünsche keine Trennung, die Geschichte mit dem Manuskript habe er verziehen, aber er hätte im November besser verteidigt werden müssen; er habe doch seinerzeit alles über seine englischen Gespräche brieflich mitgeteilt, und Bülow habe ihm brieflich zugestimmt und gedankt. Der Kanzler bestritt das und bat um den Brief, worauf der Kaiser sagte, es sei auch mündlich nach seiner Rückkehr aus England geschehen. Bülow erinnerte dann daran, daß der Kaiser doch schon früher in Reden und Handlungen unvorsichtig gewesen sei, z. B. mit der Swinemünder Depesche und in der Lippe'schen Thronfolgefrage. Der Kaiser wollte sich auf die Depesche an den Prinzregenten Luitpold (mit dem Angebot von 100 000 Mark an Stelle eines von der bayerischen Zentrumspartei verweigerten

herren von Highcliffe von Berlin aus zugestuft worden, Harold Spender hätte in meinem Auftrage die letzte Redaktion besorgt, wir hätten das Interview, unser Werk, noch nach seinem Erscheinen für eine gelungene Aktion gehalten, kurz ein politischer Kriminalroman, wie Martin selbst richtig sagt. Den „Kaiserlichen“ schien es zu gehen wie Verschwörern, die, fahndend mit dem Henkerschwert, von ihrem eigenen Schatten genarrt werden.

Etatpostens für die Museumsverwaltung) nicht besinnen und stellte auch den Streit mit Lippe in Abrede.

Dieses Nichtwissen oder Nichtwissenwollen von allbekannten Tatsachen hätte Besorgnis erregen können, wenn nicht sonst auch Fälle vorgekommen wären, in denen sich der Kaiser in irgendwelcher ärgerlichen Aufwallung ähnlich verhalten hätte. Es war für ihn die Form, um auszudrücken, daß er nicht auf das Thema einzugehen wünschte.

Die Audienz vom 11. März endigte in Veröhnung. Der Kaiser sprach sich hinterher sehr froh aus, allerdings mit der Variante, daß Bülow sein Unrecht eingesehen und um Verzeihung gebeten habe. Daher die niemals geweinten Tränen Bülows, des reuigen Sünders, die sofort unter Beihilfe der „Kaiserlichen“ in die Spalten einzelner Blätter vergossen wurden.

Bei diesem Stande der inneren Beziehungen war es wahrscheinlich, daß der Bruch über kurz oder lang eintreten würde. In jener Zeit ließ sich der Kaiser wiederholt Ballin aus Hamburg kommen, um sich mit diesem ebenso zuverlässigen wie klugen Manne, der wahrhaftig keine Kamarillapflanze war, im engsten Kreise zu unterhalten, auch über den Kanzler. Das eine Mal — es war zwischen Ostern und Pfingsten — äußerte der Kaiser, wie ich von Ballin weiß: Bülow dürfte nicht wegen eines Konfliktes mit ihm, dem Kaiser, gehen; machten andere Umstände sein Bleiben schwierig, so werde er ihn nach den Erfahrungen im Novembersturm nicht halten. Eine feine Diagonale zwischen dem eigenen sachlichen Interesse und dem zurückgebliebenen persönlichen Groll. Was konservative Führer später, nach Bülows Rücktritt, vorbrachten, um von ihrer Partei das Odium des Kanzlerstürzens zu nehmen, daß nämlich die Absicht des Kanzlerwechsels längst festgestanden habe, war eine falsche Nuance der Wahrheit. Die Konservativen wußten so gut wie Ballin, daß Bülow nicht mehr unter allen Umständen gehalten werden würde, brauchten sich also auch vor kaiserlicher Ungnade nicht zu fürchten, wenn es gelänge, den Fürsten Bülow, den Rüttler am geheiligten Klassenwahlrecht in Preußen, durch ihr Ab-

schwanken von der Blockmehrheit zu stürzen. Bei Caprivis Abgang war es ähnlich.

Am 16. Juni hielt er seine letzte Rede im Reichstage. Es war ein Rückblick auf die Blockzeit, beinahe schon ein Abschied, am Schlusse die hypothetische Ankündigung des Rücktritts. Am 24. Juni lehnte der Reichstag die Erbanfallsteuer in zweiter Lesung mit 195 gegen 187 Stimmen ab. Diese starke Minderheit ließ noch eine schwache Hoffnung auf die dritte Lesung zu. In einer Aufzeichnung über die augenblickliche Lage stand der Satz: Ich fürchte, Seine Durchlaucht wird den Strohtod der Voten sterben statt aufrecht das Antlitz der Sonne entgegen. Die kluge Fürstin riet, alsbald nach Kiel zu fahren und dem Kaiser Vortrag zu halten. Da auch Loebl der Meinung war, daß mit dem alten Block nichts mehr zu machen und eine baldige Entscheidung über Bleiben oder Gehen besser sei als geduldiges Zuwarten, setzte der Fürst gleich ein Telegramm an den Kaiser auf, in dem er für den nächsten Tag um Audienz bat. Der Kaiser ging unschwer auf den Gedanken eines Kanzlerwechsels für den Fall ein, daß nicht etwa noch eine andere parlamentarische Konstellation eintrete. Eine solche herbeizuführen, war kaum noch möglich. Allenfalls konnte man daran denken, daß der Kanzler zur Bedingung für das Eingehen auf die schwarzblauen Beschlüsse die Beseitigung der schwankenden Matrikularbeiträge machen sollte. Das hätte entweder den Block zwischen Rechtsparteien und dem Zentrum gesprengt oder das Zentrum zu einem großen Zugeständnis genötigt. Dafür war aber bei den das Ende ihrer Finanznöte herbeisehnenden und über das wahre Verhältnis des Kaisers zu Bülow genügend unterrichteten Bundesregierungen der nötige Rückhalt nicht mehr vorhanden.

Der Schlußakt der Krisis brachte nichts Neues mehr. Nach dem Bescheide des Kaisers vom 26. Juni führte Fürst Bülow die Geschäfte weiter, ohne wieder im Reichstag zu erscheinen. Nachdem der Staatssekretär des Innern, Herr v. Bethmann Hollweg, der künftige Kanzler, die Zustimmung des Bundesrats zu den Beschlüssen der neuen Mehrheit erklärt hatte, erhielt der vierte Kanzler seinen Abschied. Bei der parlamentarischen Niederlage am Ende

seiner Amtszeit wirkte folgendes zusammen: der programmatifche Unverstand der Linksliberalen bei der Behandlung von Monopolen und indirekten Steuern, Verpuffenlassen des Elans im Lande für eine bessere Finanzreform, die Schwäche Bülow's in der Sache — mit bloßer diplomatischer Menschen- und Parteienbehandlung war in einer so schwierigen Materie nicht durchzukommen —, eine außerordentlich geschickte Taktik des Zentrums, die eigensinnige Rückständigkeit der Konservativen und ihre richtige Bitterung für den Umschwung der Stimmung des Kaisers nach dem Novembersturm.

VIII. Epilog.

„Bei der Mannigfaltigkeit und Vieldeutigkeit der Eindrücke, die von der Gestalt des letzten deutschen Kaisers ausstrahlen, muß man sich dahin bescheiden, daß es über diesen Mann einen unparteiischen Beurteilen unter den Zeitgenossen kaum geben kann. Im Glück hat er Schmeichler und Nachbeter genug angezogen; in seinem Unglück stehen die Ankläger scharenweis gegen ihn auf. Gerechte Richter wird er bei Lebzeiten nicht finden, und auch nach seinem Tode werden die Meinungen heftig hin- und herschwingen, bis das Pendel dem Ruhepunkt der historischen Betrachtung zustrebt. Verglichen mit den Stimmen der Gegenwart, kann das Urtheil der Geschichte über den Menschen wohl milder lauten, über den Herrscher wahrscheinlich kühler, ruhiger, in der Sache aber noch strenger.

Kam er schon mit einer geistigen Abweichung an die Macht? Mit einem Hang zur Überhebung, zur Hybris? Oder war er nicht doch nur die ins Kronprinzliche vergrößerte Form der Eibildung, wie sie jeder hochgestimmte Jüngling hegt: Die Welt wartet auf mich. Alle Heilande und Volksebeglückter kommen aus dieser Illusion. Sie fühlen nicht die eigene Unzulänglichkeit; sie sehen nur die unvollkommene Umwelt, die sie besser machen wollen. Hieraus folgt ein Bedürfnis nach widerspruchsfloser Zustimmung für ihr eigenes Wirken. Dieses Bedürfnis ist der zunächstliegende Schlüssel zu dem Charakter dessen, den man zuerst im Jahr 1888, aber auch noch bis in dieses Jahrhundert, den jungen Kaiser genannt hat. Denn wie ein Merkmal dauernder Jugendlichkeit blieb die triebhafte Neigung zum Ausdruck seiner Stimmungen, zur Erlangung des Beifalls der Menschen an ihm haften. Er ist, lange be-

vor das Schlagwort aufkam, Expressionist gewesen und hat seine Zeit expressionistisch machen helfen. Der Ahnherr von Sanssouci würde diesem Nachfahren auf die Schulter getippt haben: Vous ne connaissez pas assez, mon enfant, la maudite race à laquelle nous appartenons.

Während der einfache Sterbliche bei Anläufen zur Weltverbesserung bald auf Widerstände trifft, die seinem Willen Richtung geben, ihn stählen oder auch zerbrechen, bildet sich um einen äußerungsfreudigen Monarchen zu leicht und zu andauernd ein äußerer Schein jener innerlich begehrten widerspruchslosen Zustimmung. Die Andersmeinenden werden aus dem Gesichtskreis entfernt, oder sie treten freiwillig in den Schatten hinter diejenigen, die sich nach der kaiserlichen Sonne drängen. Ein Herrscher, der den Wunsch auf den Lippen trägt: que tout le monde ici soit heuroux de ma joie, der nicht gern sorgenvolle Gesichter sieht, braucht sich keineswegs in eine liebedienerische Höflingschicht einzusperrten; er mag viele Leute sprechen, die verschiedenen Lebenskreisen und Ländern entstammen: aus seinen Unterrednern wird er auf die Dauer nur sich selbst heraushören, mehr und mehr in seiner eigenen Welt leben, sich an der Wirklichkeit nicht so, wie es gesund wäre, reiben und stoßen. Die gegen ihn einziehende und zunehmende Opposition schlägt nur wie von fern und nur gelegentlich an sein Ohr. Kritik, auch über ihr Ziel hinauschießende Kritik, die nur den eigenen Nizel sucht, hat ja nicht auf sich warten lassen; ein ernstlicher, nachhaltiger, erzieherischer Kampf ist aber nicht aufgenommen worden. Das Ausbleiben wahrhafter Widerstände kann, auch bei glänzenden Anlagen, das seelische Gefüge der Persönlichkeit schließlich nicht unberührt lassen. Ein unterbewusstes Trogen, 'Ich habe doch recht!' verfälscht das Selbsturteil über Äußerungen oder Handlungen, deren ungünstige Folgen auf eine dem vorherrschenden Bedürfnis nach Zustimmung peinliche Weise zutage treten, verfälscht es bis zu der Frage: Habe ich das gesagt? getan?, ja, bis zu der Behauptung: Das habe ich nicht gesagt, nicht getan! Starke, frühere Äußerungen werden aufrichtig von dem Urheber selbst vergessen, weil sie für sein Innenleben durch andere, stärkere überdeckt sind. Daraus ergeben

sich Lücken in der Rück Erinnerung und in der Stetigkeit des Charakters.“

Diese Betrachtungen sind von einem stillen gedankenreichen Mann verfaßt, mit dem ich mich im Laufe der Jahre häufig über das Kaiserthema unterhalten habe. Mancher Leser wird sich schon durch die eigene Art, wie er seine Gedanken vorträgt, angeregt fühlen, ihrem Inhalt, fortschreitend vom Allgemeinen ins Besondere, weiter nachzugehen. Andere mögen, noch mitten in den fürchterlichen Nachwehen beim Zusammenbruch einer äußerlich glänzenden dreißigjährigen Regierung nach stärkeren Worten und strengerem Urteil Verlangen tragen. Aber schon in der erwähnten Gewohnheit unseres Volkes, den Kaiser noch bis nahe an sein fünfzigstes Jahr den jungen zu nennen, liegt, wie mir scheint, mehr geahnt, als klar erkannt, eine verborgene Wahrheit, die uns den Grundfehler oder besser vielleicht das Grundleiden Wilhelms II. richtiger kennzeichnet als verdamnende Rede.

Von Anfang seiner Regierung an trat Wilhelm II. als Heilbringer für das deutsche Volk auf, tief durchdrungen davon, daß er es einer herrlichen Zukunft entgegenführen werde. Nicht einmal die bitteren Erfahrungen in den Novembertagen 1908 vermochten dem Geist des nunmehr Fünfzigjährigen eine andere Richtung zu geben, in seinem Charakter Selbstbescheidung und wahre Demut zu wecken. Mit anderen Worten: Er hat weder in seiner geistigen noch in seiner Willensbildung eine Entwicklung gehabt, er ist stehengeblieben, immer der junge, semper idem in dem Sinne, daß er aus keiner Beobachtung, keinem Mißgriff, keinem Fehlschlag eine Lehre für seinen Herrscherberuf gezogen hat. Geistige Regsamkeit, leichtes und gewandtes Eingehen auf jedes Gespräch, sicheres Gedächtnis für Eindrücke, die wohlgefällig waren, alles Fähigkeiten, die ihn schon in jungen Jahren zierten. Zum Lernen gab es für ihn keine Zeit. Erfahrungswesen galt ihm wie dem Baccalaurus im zweiten Teil des Faust als „Schaum und Dunst“ und wie dieser konnte auch er sagen: „Ich aber frei, wie mirs im Geiste spricht, Verfolge froh mein innerliches Licht.“

Diese Erscheinung wird verständlicher, wenn man zunächst die

Jugendeindrücke Wilhelms II. ins Auge faßt. Die Verdunkelung des Sternes der Hohenzollern beim Ausgang Friedrich Wilhelms IV., die noch während der Regentschaft und in den ersten Jahren König Wilhelms anhielt, konnte dem kindlichen Prinzen nicht zum Bewußtsein kommen. In die Seele des noch nicht achtjährigen Knaben aber fiel die Siegesnachricht von Königgrätz. Die Phantasie des nur vier Jahre älteren wurde durchglüht von einem Ereignis, das auch festere Gemüter entflammte: Sedan! Der Zwölfjährige hörte zu sich sagen, daß auch er von der Vorsehung auserlesen wurde, deutscher Kaiser zu sein, Träume der Erneuerung versunkener Geschichtsherrlichkeit wahr zu machen. Der ernüchternde Blick in die wirklichen Hergänge bei der Wiederherstellung des Reiches war dem jugendlichen Kronanwärter verschlossen. Er fühlte nur: alle Hindernisse seien zerronnen vor dem Monarchen, dem er später den Beinamen des Großen zu verleihen suchte, und vor dem gewaltigen Bismarck. Diesen hat er anfangs ohne Arg und Falsch bewundert, aber doch nicht so sehr als den nach seinem politischen Wert erkannten Staatsmann der deutschen Nation wie als ein von höherer Macht erkorenes Rüstzeug zum Ruhm der Hohenzollern. Daß der Hauptanteil an Deutschlands damaligen Erfolgen, an dem unerhörten Aufstieg des regierenden Hauses, dem kaiserlichen Großvater gebühre, entsprach nicht bloß dem unerfahrenen Empfinden des Prinzen Wilhelm, er konnte dies in höfischer Umgebung auch von anderen hören. Dem Fürsten Bismarck, der wohl spürte, von wieviel dynastischer Empfindlichkeit er unlauert blieb, der bis zu seinem Rücktritt für die Übermacht der eigenen Größe Nachsicht erwirken mußte, genügte es, in den Gefinnungen des jungen Prinzen, den er früh als gelehrigen Schüler und erst spät als herrschsüchtigen Legitimisten erkannte, lange Zeit unbestritten die zweite Stelle einzunehmen. Bald nach der Entlassung Bismarcks kam von Wilhelm II. ein amtliches Schriftstück, worin der Fürst als Gründer des Reiches bezeichnet war, mit der verblüffenden Bemerkung zurück: „Das ist Großpapa gewesen!“ Eine Umformung der geschichtlichen Rolle Wilhelm des Ersten durch die Familientradition steigerte sich in späteren Äußerungen seines Enkels bis zur Annahme geheimnisvoller Unmittelbarkeit

mit dem Göttlichen. Die althehrwürdige Formel „von Gottes Gnaden“, einst in dem „Dei gratia“ Karls des Großen die Anerkennung der jedem irdischen Herrscher ziemenden Bescheidenheit, wurde zum Schiboleth für einen transzendenten Monarchismus.

Dem ins Mystische gesteigerten Glauben an die Herrlichkeit des Hohenzollernhauses fehlte das beste Stück der preussischen Tradition. Zwar hat Wilhelm II. sein preussisches Königtum gelegentlich in Worten und Gebärden stark betont. Er ist einer auserlesenen Schar von Brandenburgern wiederholt als ihr Markgraf gekommen. Er hat friederizianische Schaustücke wieder aufleben lassen. Er hat Erinnerungen an Preußens Berganzenheit gepflegt zur Ehre seiner Gegenwart. Aber von dem Geist harter Entagung, einfacher Lebensführung, unscheinbarer Pflichttreue, wie er sich in stärkeren Gestalten seiner Ahnenreihe verkörpert, ist er nicht erfüllt gewesen.

Die ganze Monarchenlaufbahn Wilhelms II. durchzieht dieselbe Sucht, sichtbar voranzustehen und Mittelpunkt in der Welt zu bilden, die schon in ihren Anfängen seinem Vater große Sorgen bereitet hat. Seit kurzem besitzen wir ein wertvolles Zeugnis von des Kaisers Friedrich eigener Hand. In einem Briefe aus Portofino, 28. September 1886, bat der damalige Kronprinz Friedrich Wilhelm den Fürsten Bismarck, zu verhindern, daß Prinz Wilhelm seine Ausbildung im Verwaltungsdienst mit dem Auswärtigen Amt beginne. Er wünschte, daß sich der Prinz mit den inneren Verhältnissen seines Landes vertraut mache, ehe er sich mit seinem ohnehin zur Übertreibung neigenden, sehr raschen Urtheil nur einigermaßen mit Politik befaße. Angesichts der mangelnden Reife sowie der Unerfahrenheit seines ältesten Sohnes, verbunden mit seinem Hang zur Überhebung, müsse er es als geradezu gefährlich bezeichnen, ihn jetzt schon mit auswärtigen Fragen in Berührung zu bringen. Zum Schluß bittet der Vater den Fürsten Bismarck nochmals um seinen Beistand in dieser ihn sehr bewegenden Angelegenheit¹⁾.

¹⁾ Zum ersten Male im Wortlaut abgedruckt im Berliner Tageblatt vom 2. Dezember 1918, herausgegeben von Ernst Goetz (Leipzig) nach einer vor Jahrzehnten von Moritz Busch erhaltenen Abschrift. Zwei andere sehr scharfe Worte

Im Zusammenhang mit den prophetischen Befürchtungen des Kaisers Friedrich sei ein anderes Beispiel von voreiliger Überhebung erwähnt, über das sich vielleicht noch Überlebende des Bismarckschen Kreises äußern können. Hugo Jacobi, der Freund des Hauses in Friedrichsruh, erzählte mir nicht lange vor seinem Tode: Fürst Herbert Bismarck habe ihm gegenüber den Ursprung der Entfremdung zwischen seinem Vater und Kaiser Wilhelm II. in folgende beide Vorkommnisse verlegt: Nach der brieflichen Warnung des Altreichskanzlers an den damaligen Prinzen Wilhelm vor zu enger Verbindung mit den Parteibestrebungen Waldersees und Stöckers (Winter 1887/88) habe der Prinz das Verhältnis zu den beiden erklärt und dazu bemerkt, er erwarte, daß man nun falschen Gerüchten über seinen Anteil an den sog. Walderseeversammlungen entgegenrete, und wehe seinen Gegnern, wenn er zur Macht gelange! Ferner habe der Prinz in jenem Winter dem Fürsten Bismarck eine Art Proklamation geschickt, die bei den preussischen Gesandtschaften hinterlegt und am Tage seiner Thronbesteigung den deutschen Fürsten ausgehändigt werden sollte. Bismarck habe hierauf unter Hinweis auf mögliche Indiskretionen und besonders darauf, daß noch zwei vor dem Prinzen Thronberechtigten am Leben seien, um Zurücknahme des Schriftstückes gebeten. Diese beiden Vermahnungen habe der junge Prinz bitter empfunden.

Ob die eigentümliche Erscheinung eines Stillstandes auf einer jugendlichen Entwicklungsstufe und die unbeirrbar Beharrlichkeit in dem Glauben, ein Werkzeug der Vorsehung zum Heil seines Volkes und der Menschheit zu sein, von Kindheit an im Keime vorhanden gewesen oder durch Krankheit erworben ist, wird niemand entscheiden können. Natürliche Vorsicht verbietet einem Laien, selbst gut beglaubigte Anomalien im Befinden des Kaisers für beweiskräftig zu nehmen. Es bleibe deshalb auch alles beiseite, was in der Caprivizeit und in den ersten Jahren der Kanzlerschaft des Fürsten Hohenlohe in

des Vaters über hoffnungslos mangelnde Reife des Sohnes, jedoch unvollkommen beglaubigt, siehe bei Dr. Paul Tesdorpf: Die Krankheit Wilhelms II., S. 27—29.

Geheimberichten über die Notwendigkeit einer Operation des fortdauernden Ohrenleidens des Kaisers und einer durchgreifenden Nervenkur gemeldet wurde¹⁾. Erst recht ganz zu schweigen von den wilden Phantasien, in denen sich Berliner Artikel eines Polizeiagenten in der ausländischen Presse über Zustände bei Hofe ergingen²⁾.

Klar und deutlich, selbst für schwache Augen, liegen vor uns die weiten Räume der Unwirklichkeit, in denen der Geist Wilhelms II. umherirrte. Aus dem Zentrum seines Wesens, der göttlichen Sendung, die ihm zum Wohle seines Volkes und der Menschheit nach seiner Meinung aufgetragen war, ging es hervor, daß er sich regelmäßig bei schlimmen Folgeerscheinungen seines Redens und Tuns gedrängt fühlte, jede Schuld von sich abzuweisen.

Die erste Erklärung, die er wenige Tage vor der Flucht über die holländische Grenze über seine Rolle vor Kriegsausbruch abgab, war nicht einwandfrei³⁾. Durch Bethmann Hollweg und Jagow sei er in der kritischen Zeit vor Kriegsausbruch künstlich von Berlin ferngehalten worden, sie hätten ihn wider seinen Willen nach Norwegen geschickt, ihn dort ohne Nachricht gelassen und die ganze Politik der letzten Wochen vor dem Kriege allein gemacht usw. Mit einer solchen nachträglichen Beschwerde, die den Eindruck erwecken könnte, als ob der Krieg vermieden worden wäre, wenn er auf die Nordlandreise (6.—26. Juli) verzichtet hätte, glaubte er seine Lage gegenüber seinem Volke und vor den Feinden zu verbessern! Tatsächlich hatte ihm der Kanzler geraten, nicht auf die Nordlandreise zu verzichten, weil die Lage damals keineswegs hoffnungslos war — sie verschärfte sich erst nach der Überreichung des österreichisch-ungarischen Ultimatus — und der Verzicht auf die gewohnte Reise unnötiges Aufsehen er-

¹⁾ In dem noch nicht veröffentlichten dritten Bande der Gedanken und Erinnerungen soll für die menschliche Beurteilung des Kaisers sein Gesundheitszustand als entschuldigender Umstand angeführt sein. In einer Zuschrift an die Deutsche Zeitung (26. Februar 1919) wird behauptet, Fürst Bismarck hätte in der Zeit vor seiner Entlassung ärztliche Gutachten eingezogen, die dem dritten Bande beigegeben wären.

²⁾ Siehe Neuer Kurs, S. 74.

³⁾ Der Kaiser über den Kriegsausbruch von Prof. Dr. Georg Wegener, Köln. Btg. vom 30. Nov. 1918.

regt hätte. Ähnlich wie der Kaiser hier den Fortgeschickten, den Duldbenden spielt, wollte er auch bei Absendung der Krügerdepesche eigentlich nur der leidende Teil gewesen sein. Als in den Neujahrsbetrachtungen der deutschen Presse 1909 im Anschluß an die bitteren Lehren der Novemberdebatten über den Artikel des Daily Telegraph auch mehrfach an die unglückliche Krügerdepesche von 1897 erinnert wurde, berief er sich in einem Randvermerk auf das Zeugnis des Admirals Hollmann dafür, daß er sich widerwillig von Hohenlohe und Marschall habe „majorisieren“ lassen. „Hollmann hat bisher zu keinem Menschen davon gesprochen. Ich habe ihn jetzt davon entbunden, damit die Wahrheit endlich ans Licht komme.“ Hollmann hat, soviel mir bekannt, niemals von der Erlaubnis zu sprechen Gebrauch gemacht. Auch lebte Marschall noch, der stets behauptet hat, daß die Krügerdepesche aus dem Impuls des Kaisers hervorgegangen und daß der von dem Kolonialdirektor Kayser entworfene Text eine erhebliche Milderung dessen war, was der Kaiser wünschte. In Gedächtnis Wilhelms II. stellte sich die vermeintliche Majorisierung erst ein, als die Depesche anfang, als Unglückswerk der Geschichte anzugehören. Wie wenig ihn Erinnerungen an die Swinemünder Depesche, an den Lippeschen Streit, an andere Unbesonnenheiten berührten, haben wir oben bei Darstellung des Verlaufes der Audienzen Bülow's am 17. November 1908 und am 11. März 1909 gesehen.

Wo immer sich eine Gelegenheit ergab, in rosigem Lichte zu wandeln, ergriff er sie mit Lust. „Ich bin Optimist durch und durch“ (Bekennnisworte zu dem Schriftsteller Ludwig Ganghofer) und „Schwarzseher dulde ich nicht“, solche Äußerungen entsprachen durchaus seinem innersten Wunsche, als Mann von Gottes Gnaden dazustehen, und setzten sich bei seiner Umgebung in das auch für Gäste geltende Leitwort um: Majestät muß Sonne haben! Und wie oft sah er Sonnenschein, auch wo keiner war! Man erinnere sich z. B. der Kaiserfahrten durch die Ostmarken im Jahre 1905, als die Polen durch Worte wie „sarmatische Frechheit“ schwer verletzt, Posen für eine treudeutsche Stadt erklärt und ein ohne Zweifel mißverständenes, in die Hand des Kaisers gegebenes „Gelöbniß“ des

Papstes, daß alle preußischen Polen treue Untertanen des Königs von Preußen wären, als eine sichere Bürgschaft für die Zukunft verkündet wurde. Der kaiserliche Feldzugsplan, der Lord Roberts in Transvaal siegen half, die Mitteilung an den Zaren vor Björkö (Sommer 1905), daß der Marokkostreit mit Frankreich geregelt sei, alles Irrtümer, Übertreibungen, Illusionen, selbstgebaute Potemkinsche Dörfer. Viel jugendliche Phantasie und fast gar kein Sinn für das Wirkliche. Daraus und aus dem fortwährenden Bedürfnis, in unfteter Hast sich von einer Kundgebung in die andere zu stürzen, entstand jene sogenannte Lohengrinpolitik oder, wie Holstein schon Mitte der neunziger Jahre sagte, die Politik à l'opérette.

Den Mörglern und Schwarzsehern mochte er wohl zur Rechtfertigung vor sich selbst entgegenhalten: Was will das Volk? Blüht und gedeiht nicht unter meiner gesegneten Regierung alles in deutschen Landen? Machen wir nicht Fortschritt um Fortschritt auf fast allen Gebieten zum Neide fremder Völker? Daß er manches persönliche Verdienst dabei gehabt, können wir nicht leugnen. Ebenso dürfen wir ihm nicht zurechnen, was die Schmeichlerschar aus ihm gemacht hat, den Alleskönner, der in Assyriologie so gut Bescheid weiß wie im Schiffsbau, und der in Dutzenden von Kunst- und Wissenszweigen, obgleich in allen nur Dilettant, als ernstster Kenner gelten sollte. Zu manchen guten Eigenschaften für seinen Herrscherberuf, unter denen der ehrliche Drang, sich als wahrer Volksbeglückter zu erweisen, voransteht, gehört auch diese, daß ihm jede Art von Günstlingswirtschaft grundsätzlich zuwider war. Er wollte durchaus nicht umschmeichelt sein, und kaum ein anderer Vorwurf erregte seinen Zorn so sehr, als der, daß er eine Kamarilla dulde und für das Hoffschranzentum eingenommen sei. Kleinliche Eitelkeit, wie überhaupt jede Kleinlichkeit lag ihm fern, und wenn es oft schien, als ob er sich in Weihrauchwolken wohl fühle, so wollte er diese in seinem romantischen Idealismus doch nicht als Tribut für persönliches Verdienst, sondern als Beiwerk der ihm verliehenen majestätischen Sendung angesehen wissen.

In seinen öffentlichen Reden wie in seinen schriftlichen Äußerungen bestätigt sich die Wahrheit, daß sich die Eigenart des Menschen

im Stile ausdrückt. Einfache Mitteilungen schreiten in feierlichem Gewande daher, so in dem eben zitierten Randvermerk: „Ich habe Hollmann jetzt davon entbunden, damit die Wahrheit ans Licht komme.“ Im mangelhaft geordneten Satzgefüge der mehr oder weniger extemporierten Reden herrscht die gleißende Phrase vor. Wunderliche Gedankensprünge, wie dieser: „Aus den japanischen Siegen darf man nicht den Schluß ziehen, daß Buddha unserem Herrn Christus über sei“ sind keine Seltenheit. Das Königtum von Gottes Gnaden wird mit einem Kleinod verglichen, das Kaiser Wilhelm I. wieder emporgehoben und zu helleren Strahlen verholfen habe. „Brave und tüchtige Ratgeber,“ die aber alle „Handlanger seines erhabenen Willens“ waren, „haben die Ehre gehabt,“ seine Gedanken auszuführen. Am sichersten ist der diktatorische Ton getroffen: Reichsgewalt bedeutet Seegevalt, und vollends das Wort vom Zerschmettern seiner Gegner. Ein ganz übeles Beispiel von unechter theatralischer Wortmalerei bietet der kürzlich im Wortlaut bekannt gewordene Brief an den Kaiser Franz Joseph über die Verabschiedung Bismarcks, begonnen am 3. März und beendet am 5. April 1890¹⁾. Nur eine Stelle am Schluß: „Der Mann, den ich mein Lebenlang vergöttert hatte, für den ich im Elternhause wahre Höllenqualen moralischer Verfolgung ausgestanden; der Mann, für den ich allein nach dem Tode Großpapas mich in die Bresche geworfen, um ihn zu halten, wofür ich den Zorn meines sterbenden Vaters und den unauslöschlichen Haß meiner Mutter auf mich lud, der achtete das alles nichts und schritt über mich hinweg, weil ich ihm nicht zu Willen war! Welch ein Dolchstoß für mein Herz!“ In diesem peinlich romanhaften Stil sind noch andere Teile des acht große Druckseiten umfassenden Briefes geschrieben.

Das über Realitäten in mystischem Wahne hinwegschreitende, autokratische Gebaren dieses Kaisers hat ein Menschenalter lang den ganzen Erdbkreis beunruhigt und den politischen Fortschritt des

¹⁾ Oesterreichische Rundschau vom 1. Februar 1919: Briefe Kaiser Franz Josephs I. und Kaiser Wilhelms II. über Bismarcks Rücktritt. Herausgegeben vom Direktor des Haus-, Hof- und Staatsarchivs Dr. Hans Schlitter.

deutschen Volkes von innen gehemmt und seine friedliche Stellung nach außen gefährdet. Ein gerechtes Urteil wird sich aber nur finden lassen, wenn man von der ihn beherrschenden Wahnvorstellung, ein vorausbestimmter Heilbringer zu sein, und von den Grenzen seiner subjektiven Verantwortlichkeit ausgeht, die seiner Geistesstärke von Natur oder durch pathologische Zustände gesetzt waren. Wo war Augenmaß, wo Selbstkritik, wo Menschenkenntnis? Der Kaiser auf dem Thron gleich allzuoft einem Nachtwandler, der alles im Mondlicht verklärt oder zu Schreckbildern verunstaltet sah, von Erfolgen träumte, die keine waren, oder Gefahren erblickte, die bei Lage niemand zu schrecken brauchten.

Eines aber darf auch die erbittertste politische Feindschaft eines Deutschen nicht in Zweifel ziehen: die vollkommene Lauterkeit seines friedlichen und gütigen Bestrebens als Herrscher und Mensch. Wilder Haß der Feinde hat aus Wilhelm II. einen blutrünstigen, eroberungsjüchtigen Tyrannen gemacht und verlangt, daß er ausgeliefert und von einem internationalen Gerichtshofe als bössartiger Kriegsheizer und Greueltäter verurteilt werde. Unter allen Potentaten, gekrönten und gewählten, wird es keinen geben, der aufrichtiger als er den Weltfrieden zu hüten bestrebt war. Schon sein starkes religiöses Empfinden ließ ihn die Rolle eines Weltfriedenshortes viel begehrenswerter und auch glanzvoller erscheinen als die eines Kriegsgottes. Er war, wenn man einen scharfen Ausdruck gebrauchen will, viel mehr Theaterheld als Kriegsheld. Der Oberhofprediger v. Dryander, der schon in der Bonner Studienzeit sein Seelsorger war, bezugte am letzten Kaisergeburtstag in einem Artikel der Kreuzzeitung, daß nach seiner doch wohl auf genauer Kenntnis der Psyche des Kaisers beruhenden Überzeugung dieser der friedliebendste Monarch seiner Zeit war¹⁾.

¹⁾ „Die Erhaltung des Friedens war trotz gelegentlichen temperamentvollen Äußerungen, die anders gedeutet werden konnten, das bestimmte Ziel der Politik Wilhelms II.; der Kaiser wollte der Friedenskaiser sein.“ G. v. Jagow, Staatssekretär a. D., Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges, Berlin 1919, S. 17. — „Die Angst vor jedem gewaltigen Ereignis, namentlich vor'm Kriege, war in Wilhelm II. so ausgeprägt, daß selbst das Bedenken, nach so vielen versäumten besseren

Das kriegerische Ansehen, das er sich selbst mit seinen vielen raffelnden Reden verliehen hat, entsprach vielmehr seinen histri-
onischen Anlagen als seiner wahren Gesinnung. Keiner war das Ge-
löhnis empfunden, das er bei der Enthüllung des Denkmals seines
Vaters in Bremen am 22. März 1905, kurz vor der widerwillig
unternommenen Langerfahrt, aussprach, niemals nach einer öden
Weltherrschaft zu streben. „Denn was ist aus den großen soge-
nannten Weltreichen geworden? Alexander der Große, Napoleon I.,
alle die großen Kriegshelden, im Blute haben sie geschwommen und
unterjochte Völker zurückgelassen, die beim ersten Augenblick wieder
aufgestanden sind und die Reiche wieder zum Zerfall gebracht
haben.“ Allerdings folgt gleich darauf wieder der die ganze Wirkung
verderbende Fanfarenton der Überhebung: „Unser Herrgott hätte
sich niemals so große Mühe mit unserem Volke gegeben, wenn er
uns nicht noch Großes vorbehalten hätte. Wir sind das Salz der
Erde!“ Die Hohenzollernweltherrschaft, von der er träumte, sollte
nicht auf Eroberungen gegründet sein, aber eine Friedens- und
Weltrichterrolle zu spielen, wie sie mit durch seine eigenen Fehler
Woodrow Wilson zugefallen ist — das wäre sein Ideal gewesen,
obgleich er mit seiner Unstetigkeit und seinem Mangel an historisch-
politischem Sinn ihm in praxi ebenso wenig hätte nahekommen
können, wie es Wilson mit unzulänglicher Kenntnis Europas und
parteiischem Dünkel zu erreichen versucht hat.

Gelegenheiten wiederum ins Hintertreffen zu geraten, nicht genügt hätte, sie zu
überwinden. Das wußte das Ausland besser als das Inland, ja das Wissen war eine
der wichtigsten Grundlagen der englischen Politik, die längst die Pose des Frie-
densfürsten als Charaktermangel erkannt hatte. Gerade Wilhelm II., mag man
sonst über ihn denken wie man will, als wilden Mann hinzustellen, der nur seiner
Lust wegen den Krieg vom Saune gebrochen habe, gehört lediglich ins Gebiet
der gegnerischen Mache.“ R. v. Kienitz, „Die Ursache des Krieges“, Preussische
Jahrbücher, Januar 1919, S. 62. — Ferner Karl Helfferich, Staatssekretär a. D.,
Zur Vorgeschichte des Weltkrieges, Berlin 1919, S. 226 (Mitteilungen über ein
Gespräch mit dem Kaiser vom 28. August 1914). — Endlich die Zeugnisse für die
Redlichkeit der Friedensbemühungen des Kaisers vor Kriegsausbruch bei Th. von
Bethmann Hollweg, Reichskanzler a. D., Betrachtungen zum Weltkrieg,
Bd. 1, Berlin 1919.

Für keinen unbefangenen Richter wird sich eine subjektive Schuld des Kaisers am Ausbruche des Krieges nachweisen lassen. In seinen menschlichen Gefühlen war er gegen den Krieg. Derbe soldatische Augenblickswallungen gegen den Feind, besonders aus der Zeit kurz vor Kriegsbeginn, sind kein Gegenbeweis. In keiner seiner vielen weltpolitischen Kundgebungen findet sich von Eroberungswillen und Ländergier eine erkennbare Spur. Französische und russische Machthaber gibt es genug, die nicht das gleiche von sich behaupten können. Auch kann ich mich nicht erinnern, in seinen vielen Randvermerken auf Zeitungsauschnitten irgend etwas vom Eroberungswillen oder Kriegseifer bemerkt zu haben. Eine Verurteilung Wilhelms II. wegen Anstiftung des Krieges wäre ein schmähtlicher Justizfrevel. Verblendete Sieger, die darauf bestehen, den verabscheuten Kaiser vor ihr Tribunal zu schleppen, ähnlich wie römische Feldherren in ihren Triumphzügen unterworfenen Fürsten in Käfige eingesperrt dem Volke zeigten, werden vor dem Weltgericht der Geschichte die Verurteilten sein. Die Machtpolitik, die dem deutschen Kaiserreiche unter Wilhelm II. vorgeworfen wird, war Gemeingut aller europäischen Großmächte, jedoch mit dem zugunsten Deutschlands sprechenden Unterschiede, daß seine Machtpolitik ebenso wie die Englands niemals eine Erweiterung seines territorialen Besitzstandes in Europa erstrebt hat, wogegen alte französische Rheingelüste, russisches Vordrängen nach Konstantinopel, italienische nationalistische Wünsche seit einem halben Jahrhundert verborgene und offene Kriegserreger waren.

In den beispiellosen Leiden der Gegenwart ist dem deutschen Volke das Bild verbläßt, das ihm die Person des Kaisers in den letzten Tagen vor Kriegsausbruch darbot. Noch bevor der Kriegszustand erklärt worden war, stand im „Vorwärts“ ein Artikel, der die stete Redlichkeit seines auf unge störte Bewahrung des europäischen Friedens gerichteten Willens unumwunden anerkannte. Er selbst sprach in seinen beiden, von einem der Balkone des Schlosses herab gehaltenen freien Reden die Hoffnung auf den Sieg aus, wenn es nicht noch in letzter Stunde gelinge, die enormen Opfer an Gut und Blut zu ersparen, und in der ersten fügte er hinzu: „Und nun

empfehle ich euch Gott, geht in die Kirche, kniet nieder vor Gott und bittet um Hilfe für unser braves Heer!“ Heuchelei und Verstellung hätten in solcher Lage, unter der Wucht seiner Verantwortlichkeit vor Gott, der Grundauffassung von seiner göttlichen Sendung ganz und gar widersprochen. Es war, in seiner Sprache ausgedrückt, echtes frommes, sich keiner Schuld bewußtes Gefühl und wurde so von Hoch und Niedrig im ganzen Volke verstanden¹⁾.

Seine wirkliche Schuld am Kriege besteht darin, daß er mit seinen vielen prahlerisch-drohenden Kundgebungen von unserer Zukunft auf dem Wasser, dem Dreizack in unserer Faust, von der japanischen Gottesgeißel, vom deutschen Arm, der bis in die entferntesten Teile der Erde langt, usw., desgleichen mit unbedachten Worten in Privatgesprächen unsere Gegner glauben gemacht hat, er sinne auf Eroberungen und wolle den Krieg. Diese Schuld am Kriege besteht aber nur gegenüber seinem eigenen Volke.

¹⁾ Die zweite Ansprache hatte eine Vorgeschichte. Am Vormittag des 1. August teilte mir Aug. Stein von der Frankfurter Zeitung mit, daß er zuverlässig erfahren habe, eine Minderheit in der sozialdemokratischen Partei werde sich vielleicht im Reichstage bei Bewilligung der Kriegskredite von der Mehrheit trennen, die unglücklichen Kaiserworte von den vaterlandlosen Gesellen, der Rotte, nicht würdig den Namen Deutsche zu tragen, wirkten noch immer fort und gefährdeten die notwendige Einigkeit. Da ich wußte, daß der Kanzler mittags Vortrag beim Kaiser haben würde, ließ ich mich sogleich bei ihm melden. Beim Vortrag schlug ich vor, den Kaiser so schnell als möglich zu einer neuen Kundgebung zu veranlassen, die die früheren lodrenden Beleidigungen gegen die sozialdemokratische Arbeiterpartei wieder auslöste, etwa in der Form, daß es jetzt für ihn keinen Unterschied der Parteien mehr gebe, und er sich jedem Deutschen in gleichem Maße verbunden fühle. Dem Kanzler v. Bethmann Hollweg war natürlich sofort klar, wieviel von der inneren Geschlossenheit des ganzen Volkes abhing, und es gelang ihm ohne Mühe, den Kaiser zu einem solchen Widerruf zu bestimmen. Allerdings fiel dieser in der noch am selben Nachmittag gesprochenen zweiten Balkonrede so aus, wie es seiner Auffassung vom Gottesgnadentum entsprach. Den Worten: wenn es zum Kriege komme, höre jede Partei auf, wir seien nur noch deutsche Brüder, fügte er hinzu: „In Friedenszeiten hat mich ja wohl die eine oder die andere Partei angegriffen, das verzeihe ich von ganzem Herzen.“ Erst nach Verlesung der Thronrede im Weißen Saale kam der Versöhnungsgedanke in einem frei gesprochenen Zusatz in der für seine Schlagkraft nötigen Kürze und Reinheit heraus: „Ich wiederhole, ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“.

Die tiefste Tragik des einstigen Friedenskaisers in schimmernder Wehr wird darin bestehen, daß er niemals begreifen wird, welchen tatsächlichen, wenn auch ungewollten Anteil er an der Lage hatte, die zum Kriege führte, und daß er immer glauben wird, keinerlei Schuld zu tragen und bitterstes Unrecht zu leiden.

Der junge Kaiser und der alte Fritz! Im Todesjahre des Einsiedlers von Sanssouci schrieb Mirabeau in seinem Werke: *Sur la Monarchie prussienne sous Frédéric le Grand* als Bewunderer des absolutistischen Genies Friedrichs und zugleich als Vorkämpfer einer neuen freiheitlichen Zeit: „Wenn jemals ein unverständiger Fürst diesen Thron besteigt, wird man diesen fürchterlichen Riesen plötzlich zusammenbrechen, wird man Preußen fallen sehen, wie Schweden gefallen ist“¹⁾. Unter einem König von spießbürgerlichem Mittelmaß kamen schwere Zeiten über Preußen, sie wurden überwunden. Ein geistvoller König folgte, endete in geistiger Unnachtung. Unter dem dritten, einem guten und weisen, der sich von dem Genie eines großen Staatsmannes leiten ließ, stieg Preußen-Deutschland, mehr gefürchtet als geliebt, zur höchsten Macht empor. Unter dem Enkel kam zu der politisch-militärischen Macht noch eine fast beispiellose Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte mit stetig steigendem Rationalwohlstand hinzu. Es muß doch wohl ein unverständiger Fürst gewesen sein, der bei allem guten Willen mit selbstherrlichem Übermaß so viel dazu beitrug, daß sich die Prophezeiung Mirabeaus doch noch erfüllt hat.

¹⁾ Vergl. Siegmund Feldmann „Mirabeau in Berlin“ *Vossische Zeitung* 15. Jan. 1919.

Namenverzeichnis.

- Abdul Aziz** 38.
Abeken, Heinrich, Geh.-Rat 36.
Aehrenthal, Baron, österr. Minister 42, 48 ff., 53 f., 58, 64 f.
Alexander der Große 94.
Alfons XIII., König von Spanien 4.
d'Almada, franz. General 38.
Alesquith, englischer Ministerpräsident 4.

Balfour, englischer Minister 4.
Ballin, Generaldirektor 22, 80.
Barth, Abgeordneter 30.
Bassermann, Abgeordneter 11, 70.
Bebel, August 14.
v. Bethmann Hollweg, Reichskanzler 81, 89, 94, 96.
Bismarck, Fürst 11, 21, 36, 42, 45, 74, 86 ff., 92.
Bismarck, Fürst Herbert 88.
Bobrinski, Graf, Dumanmitglied 55.
Bötticher, v., Minister 71.
Brand, Schriftsteller 19.
Breitscheid, Abgeordneter 30.
Bucher, Lothar 36.
Bülow, Fürst 1 ff., 8 ff., 12 f., 19, 24 ff., 32 ff., 36 ff., 43, 52, 60, 62 ff., 67 ff., 72 ff., 76 ff., 90.
Busch, Moriz 36, 87.
Buesche-Haddenhausen, Frh. v. d. 67.

Cambon, Paul, franz. Gesandter 46.
Campbell-Bannermann, englischer Ministerpräsident 4.
Caprivi, Graf, Reichskanzler 10, 81, 88.
Churchill, englischer Minister, 52.

Clémenceau, französischer Ministerpräsident 39 f., 50.
Curzon, Lord 62.

Deimling, v., Oberst 6.
Delcassé, französischer Minister 39, 63.
Dernburg, Staatssekretär 8 f., 12, 14.
Dillon, E. J., englischer Schriftsteller 69.
Dryander, D. v., Oberhofprediger 93.

Eberstein, Frh. v. 8.
Edarstein, Frh. v., Botschaftsrat 78.
Eduard VII., König v. England 5, 39 ff., 43 f., 47 ff., 63, 69.
Einem, v., Kriegsminister 28, 62.
Elbe, Frau v. 19, 21.
Etienne, Vizepräsident der französischen Kammer 39.
Eugenie, Kaiserin 40.
Eulenburg, Graf August, Oberhofmarschall 72.
Eulenburg, Fürst Philipp 10 f., 14, 15 ff., 65.

Farenheid, Fr. v. 22.
Feldmann, Siegmund, Schriftsteller 97.
Fischer, sozialdemokratischer Abgeordneter 43.
Fisher, englischer Admiral 47 f.
Franz Ferdinand, Erzherzog 71.
Franz Joseph, Kaiser 4, 39 f., 50, 53 f., 71, 92.
French, englischer Feldmarschall 47 f.
Friedheim, Geheimrat 17.
Friedrich der Große 84, '

Friedrich, Kaiser 48, 87 ff., 92, 94.
Friedrich Wilhelm 111. 94, 97.
Friedrich Wilhelm IV. 86, 97.
Fürstenberg, Fürst 65.
Ganghofer, Ludwig, Schriftsteller 90.
Georg, Prinz v. Wales 39.
Gerlach, v., Abgeordneter 30.
Goluchowski, Graf, österreichischer Mi-
nisterpräsident 3.
Goltz, Frh. v. d., Pascha 59.
Goeb, Ernst (Leipzig) 87.
Goegen, Graf, Gouverneur 8.
Grey, Sir Edward 4, 37, 41, 46 f., 63.
Grillparzer, Dichter 24.
Haceler, Graf, Generalfeldmarschall
31.
Hahn, Diederich, Abgeordneter 71.
Hahnke, v., General 17 f.
Halbanc, englischer Kriegsminister 4 f.,
62, 69.
Hale, William Bayard, amerikanischer
Schriftsteller 73 f.
Harden, Maximilian, Schriftsteller 15 ff.,
28.
Hardinge, Sir Charles 40, 47 f., 51,
62.
Haxfeld, Fürst 70.
Haugmann, Abgeordneter 70.
Heine, Wolfgang, sozialdemokratischer
Abgeordneter 70.
Helfferich, Staatssekretär 94.
Hertling, Frh. v. 70.
Heydebrand, v., Abgeordneter 30, 70.
Hill, amerikanischer Botschafter 61.
Hohenau, Graf Wilhelm, General 18.
Hohenlohe, Fürst, Reichskanzler 88,
90.
Hohenlohe-Langenburg, Fürst, Statt-
halter 35.
Hohenlohe-Langenburg, Erbprinz,
Staatssekretär 6, 8.
Hollmann, Admiral 90.
Hollstein, v., Wirkl. Geh. Rat 21, 42, 61,
91.
Hülßen-Haceler, Graf, General 9, 17,
72.

Jacobi, Hugo, Journalist 88.
Jagow, v., Staatssekretär 89, 93.
Jaures, französischer Sozialist 77.
Jawolst, russischer Minister 41, 47 f.,
51 ff., 81 ff., 84 ff.

Karl der Große 87.
Kaiser, Kolonialdirektor 36, 90.
Kiderlen-Wächter, v., Staatssekretär
35 ff., 46, 61, 71 f.
Kienig, R. v., Schriftsteller 94.
Klehmert, Geh. Leg.-Rat 67 f.
Kopp, Fürstbischof 30.

Landsdowne, englischer Minister 4, 64.
Lascelles, englischer Botschafter 5.
Lindau, Rudolf 36.
Lloyd George, englischer Minister 4,
51 f.
Loebell, v., Chef der Reichskanzlei 8 f.,
24, 72, 81.
Luitpold, Prinzregent 70.

Macdonald, Ramsay, englischer Ab-
geordneter 47.
Mantler, Direktor der W. L. B. 66.
Margarete, Prinzessin von Hessen 5.
Marshall, Frh. v., Staatssekretär 37,
59, 90.
Martin, Leg.-Rat 78 f.
Mary, Prinzessin von Wales 40.
Metternich, Graf, Botschafter 37, 43.
Mirabeau, Graf 97.
Mirsbach, Graf 31.
Moltke, Graf, Generalfeldmarschall 9 f.,
69.
Moltke, Graf Runo, General 16 ff., 28.
Mühlberg, v., Unterstaatssekretär 35.
Mulay Hafid 38.
Müller, v., Gesandter 67.

Napoleon I. 94.
Raumann, Friedr., Abgeordneter 27.
Nikolaus II., Zar 69, 91.

Baasche, Abgeordneter 28.
Dichon, französischer Minister 39.
Plessen, v., General 17.

Pobjielski, v., Minister 8.
 Posadowsky, Graf, Staatssekretär 27.
 Pourtalés, Graf, Botschafter 57.
 Radziwiłł, Fürst 33.
 Reventlow, Graf Ernst, Geschichtschreiber 21.
 Richter, Eugen, Abgeordneter 25, 71.
 Richthofen, Frh. v., Staatssekretär 6.
 Roberts, Lord, englischer Feldmarschall 68, 90.
 Roeren, Abgeordneter 12.
 Roosevelt, Präsident der Vereinigten Staaten 64, 74.
 Rosebury, Lord 64.
 Rothschild (Paris) 65.
 Rüder:Jenisch, v., Gesandter 66f.
 Schlieffen, Graf, Generalkommandeur 45, 60.
 Schlitter, Dr. Hans, Archivdirektor 92.
 Schön, v., Botschafter 35f., 61.
 Schorlemer, Frh. v., Landwirtschaftsminister 31.
 Schulenburg = Grünthal, Graf v. d. 31.
 Schwarzkopf, Oberpräsident 33.
 Schwertin, Feldmarschall 77.
 Schwertfeger, Oberst 45.
 Singer, sozialdemokratischer Abgeordneter 70.
 Spahn, Abgeordneter 11, 26.
 Spender, Harold, englischer Journalist 68, 79.
 Stead, englischer Pazifist 5.
 Stein, August, Schriftsteller 96.
 Stengel, Frh. v., Staatssekretär 12.
 Stöcker, Adolf 88.
 Stolypin, russischer Ministerpräsident 47.

Studt, Kultusminister 27.
 Sydow, Handelsminister 76.
 Tschammer, v., Generallandschaftsdirektor 31.
 Tschirschky, v., Staatssekretär 3, 5, 10, 35.
 Ted, Herzog v. 40.
 Tesdorpf, Dr. Paul, Schriftsteller 88.
 Tiele-Winkler, Graf 31.
 Tirpitz, v., Großadmiral 52.
 Lower, amerikanischer Botschafter 64.
 Trubezkoi, Fürst 42.
 Turkan Pascha 64.
 Tweedmouth, Lord, englischer Marineminister 63.
 Valentini, v., Chef des Zivilkabinetts 31.
 Viktoria, Königin von England 63, 68.
 Viktoria, Kaiserin 92.
 Waldersee, Graf v., Generalfeldmarschall 88.
 Wedel, Graf, Botschafter 4, 35.
 Wegener, Prof. Dr. Georg 89.
 Wiener, Abgeordneter 70.
 Wilhelm I. 86, 92, 97.
 Wilhelm II. 2ff., 8ff., 16ff., 31ff., 35, 39, 50, 60, 62ff., 72ff., 81, 83ff.
 Wilson, Präsident der Vereinigten Staaten 94.
 Windthorst, Abgeordneter 11.
 Wisluba, Kolonialbeamter 12.
 Witte, Graf, russischer Ministerpräsident 2.
 Wortley, Stuart, englischer General 68f.
 Zeppelin, Graf 71.